

Das Parlament

Berlin, 07. März 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 10-11 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Seine größte Rolle

Wolodymyr Selenskyj Aufgaben kommt für ihn nicht infrage: Seit vorvergänger Woche ist der ukrainische Präsident – wie auch sein Volk – in einer Ausnahme-situation. Den prä-sidialen Zwirn hat Selenskyj ablegen müssen. Aus der belagerten Haupt-stadt Kiew ruft der 44-Jährige im mili-tärischen Olivgrün nun seine Land-leute in seiner Rolle als Oberbefehls-haber leidenschaftlich zum Widerstand gegen die russischen Invasoren auf. Der im April 2019 als Staatsoberhaupt vereidigte ehemalige Schauspieler und Regisseur nimmt auch die EU in die Pflicht. Vergange-ne Woche forderte er in einer Rede mehr Unterstützung: „Ohne euch steht die Ukrai-ne alleine dar.“ Zuvor hatte Selenskyj die unverzügliche Aufnahme der Ukraine in die EU beantragt.



picture-alliance/dpa/ABACA

scr

ZAHLE DER WOCHE

547.982

Geflüchtete aus der Ukraine sind in den letzten Tagen laut UN-Flüchtlingshilfswerk allein in Polen registriert worden (Stand: 2. März). Insgesamt haben bereits über eine Million Menschen das Land den Angaben zufolge verlassen. Tausende fanden auch in Deutschland Zuflucht.

ZITAT DER WOCHE

»Sie sind einer von uns, und wir wollen sie drin haben.«

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach sich vergangene Woche für eine Aufnahme der Ukraine in den Staatenverbund aus.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Bundeswehr Verteidigungsexperten Strack-Zimmermann im Interview Seite 2
- Energie**
Die Folgen des Krieges für die Versorgung in Deutschland Seite 4
- Verteidigung**
Die Militärausgaben sollen stark steigen Seite 6
- Medien**
EU verbietet russische Staatssender RT und Sputnik Seite 8

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Neue Entschlossenheit

UKRAINE Russlands Krieg ist eine Zäsur für Europa - und für die deutsche Sicherheitspolitik

Der Beschluss hat keine direkten Konsequenzen. Aber er dokumentiert, in welcher Lage der russische Präsident sein Land gebracht hat. 141 Staaten der Welt haben in der vergangenen Woche Russlands Angriff auf die Ukraine verurteilt und den Abzug russischer Truppen aus dem Land gefordert. An die Seite Russlands stellen sich in der Vollversammlung der Vereinten Nationen nur Syrien, Nordkorea, Belarus und Eritrea. Der Krieg in der Ukraine erschüttert die Welt, und er erschüttert den europäischen Kontinent. Auf einen solchen Rückfall in kriegerische Großmachtspolitik ist man nicht eingestellt gewesen. Der Konflikt hat unabsehbare Folgen. Sie gehen weit über diesen Krieg hinaus, weil sich zeigt, auf welchem schwankendem Grund die europäische Friedensordnung der vergangenen drei Jahrzehnte steht. Die Länder der Europäischen Union haben gemeinsam mit den USA sehr schnell Geschlossenheit hergestellt und weitreichende Sanktionen gegenüber Russland auf den Weg gebracht. Nach verbreiteter Lesart hat der russische Präsident Wladimir Putin den Behauptungswillen der liberalen Demokratien des Westens unterschätzt. Seine zweite Fehleinschätzung betrifft offenkundig den Widerstand der Ukrainer, denen er in seiner Fernsehansprache eine eigene Staatlichkeit noch absprechen wollte. Militärexperten rechnen mit einer Zunahme der Gewalt. Zu erwarten ist massiver Beschuss ukrainischer Großstädte durch Artillerie und Luftwaffe der russischen Streitkräfte, auch auf zivile Einrichtungen. Auch eine lang andauernde Belagerung der Hauptstadt Kiew ist nicht mehr ausgeschlossen. Die Nachrichtenbilder von Zerstörungen in ukrainischen Städten zeigen, dass dieser Krieg sich nicht auf militärische Ziele beschränkt, wie es die russische Seite anfangs vorgab tun zu wollen.

Flüchtlinge Europa stellt sich unterdessen auf die Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge ein. Nach Zahlen der Vereinten Nationen haben bis zum Ende vergangener Woche mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine Zuflucht in der EU gesucht, etwa die Hälfte davon in Polen. Die Hilfsbereitschaft ist groß, in vielen Städten Europas, darunter auch in deutschen, gab es Großdemonstrationen gegen die russische Aggression. Der Tag des Angriffs Russlands auf die Ukraine, teilt die Welt in ein Davor und ein Danach, so wird es in diesen Wochen nun häufig beschrieben. Und auch für die deutsche Politik ändert sich das Koordinatensystem fundamental. Das Bild der Sonderrolle Deutschlands für Russland hat bereits in den vergangenen Jahren viele Risse bekommen. Mit Blick auf den amtierenden russischen Präsidenten will man sich keinen Illusionen mehr hingeben. Das zeigte sich über die Fraktionsgrenzen hinweg in einer Sondersitzung, zu welcher der Bundestag auf Verlangen von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am vorvergangenen Sonntag kurzfristig zusammenkam. Bereits in den Stunden und Tagen zuvor hatte die Bundesregierung Positionen revidiert – von der Frage des Ausschlusses Russlands aus dem Zahlungssystem Swift bis zum Einfrieren des Gaspipeline-Projekts Nord-Stream 2. In der Debatte zeigte sich die Bereitschaft, mit weiteren Gewissheiten abzuräumen: In der Russland- und Ostpolitik ohnehin, aber weit darüber hinaus auch in der Verteidigungs-, Rüstungs- und der Energiepolitik. Von einer „Zeitenwende“ sprach Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung. Angesichts einer Weltlage, in der das Land am Küchentisch wieder über die Bedrohung durch Atomwaffen spricht, wollte der Kanzler erkennbar ein Zeichen setzen. „Wir müssen deutlich mehr in die Sicherheit unseres Landes investieren, um auf diese Wei-



Ein Mitglied der territorialen Verteidigungskräfte der Ukraine in der beschädigten Regionalverwaltung in Charkiw nach einem Beschuss in der Innenstadt.

se unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen.“ Dafür werde man von nun an Jahr für Jahr zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung investieren. Dieses Nato-Ziel ist bei Sozialdemokraten und Grünen lange umstritten gewesen, ebenso wie die nukleare Teilhabe Deutschlands im Rahmen des Bündnisses. Scholz stellte sich ausdrücklich hinter den Ersatz „für die veralteten Tornado-Jets“ der Bundeswehr als Träger taktischer US-Atomwaffen. Er kündigte an, ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für das Militär aufzulegen. Das Ziel sei „eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt“.

»Wir müssen deutlich mehr in die Sicherheit unseres Landes investieren.«

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)

Ertüchtigung Unterstützung signalisierte die größte Oppositionsfraktion. Wenn Scholz eine umfassende Ertüchtigung der Bundeswehr wolle, werde die Union auch gegen Widerstände den Weg mit dem Kanzler gehen, sagte Unionsfraktionschef Friedrich Merz. Man werde „nicht im Kleinen herummäkeln“, sagte der CDU-Vorsitzende. Allerdings müsse die Frage neuer Schulden „in Ruhe und im Detail besprochen“ werden. Merz hielt mit Blick auf vermeintliche Gewissheiten fest: Einseitige Abrüstung habe nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit geführt. Auch die Ampel-Koalitionspartner bezogen neue Positionen. Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert

Habeck von den Grünen verteidigten Waffenlieferungen an die Ukraine – ein Bruch mit dem Grundsatz, Rüstung nicht in Konfliktgebiete zu exportieren. Habeck argumentierte, er achte die Position des unbedingten Pazifismus, „aber ich halte sie für falsch, denn schuldig werden wir trotzdem“. Deutschland könne die Ukraine nicht allein lassen. Finanzminister Christian Lindner (FDP) lenkte den Blick auf die Energiesicherheit und die Abhängigkeit von russischem Gas. „Erneuerbare Energien lösen uns von Abhängigkeiten.“ Und weiter: Neue Schulden für die Ausstattung der Bundeswehr bedeuteten in dieser Weltlage „Investitionen in die Freiheit“.

Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel sprach von einer Mitverantwortung des Westens für die Eskalation, auch wenn dies nichts an der „Verwerflichkeit des russischen Einmarsches“ ändere. Die Herausforderung, eine europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die das Ost-West-Blockdenken überwinde, sei indes nicht vom Tisch. Für die Linksfraktion räumte die Vorsitzende Amira Mohamed Ali Fehleinschätzungen ein. „Wir sehen die Lage heute anders und sagen klar: Putin ist hier der Aggressor und muss sofort aufgehalten werden.“ Waffenlieferungen und das „Hochrüsten“ der Bundeswehr werde man aber weiter nicht mittra-

gen. Wie grundlegend sich die Prämissen verändert haben, zeigte vergangene Woche eine Äußerung ihres Parteikollegen Bodo Ramelow: Thüringens Ministerpräsident dachte öffentlich über eine allgemeine Wehr- und Dienstpflicht nach – ein Vorschlag, der zunächst erneut aus der Union ins Spiel gebracht wurde. Vertreter der Koalition wiesen diese Idee zurück: Die Bundeswehr brauche keine Wehrpflichtigen, sondern vor allem Investitionen in Ausrüstung. Minister Habeck bekräftigte unterdessen, den Umstieg auf erneuerbare Energien noch stärker beschleunigen zu wollen. Er will aber auch Laufzeitverlängerungen für Kohle- und Kernkraftwerke nicht mehr ausschließen.

Ein sozialdemokratischer Kanzler, der die Bundeswehr aufrüsten will, ein FDP-Finanzminister, der dafür neue Schulden aufzunehmen bereit ist, ein Wirtschaftsminister der Grünen, der die Versorgungssicherheit noch vor Klimaschutz-Ambitionen stellt: In den Parteien des Ampelbündnisses verschieben sich unter dem Eindruck des Krieges die Prioritäten. Die Frage, inwieweit sich Teile von SPD, Grünen und FDP mit diesem Kurswechsel schwer tun, könnte die Koalition in den kommenden Wochen und Monaten noch beschäftigen.

Solidarität Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) bezeichnete zu Beginn der denkwürdigen Sondersitzung des Parlaments den russischen Überfall als einen „klaren Bruch des Völkerrechts und ein Angriff auf die Prinzipien der freiheitlichen Welt“. Der Deutsche Bundestag und die Menschen in Deutschland stünden fest an der Seite der freien und demokratischen Ukraine. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP), der die Sitzung nach dreieinhalb Stunden schloss, sagte: „Wir trauern mit den Opfern der Ukraine.“ Und er ergänzte: „Aber es trauern auch Mütter und Väter in Russland um ihre Söhne, die in einem sinnlosen Angriffskrieg durch ihren eigenen Präsidenten geopfert worden sind.“ Es ist kein Krieg der Russen gegen die Ukrainer, sondern einer, den die russische Führung entfesselt hat: „Putins Krieg“, wie der Kanzler es ausdrückte. Alexander Heinrich



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Eine Mutter und ihre Töchter versuchen am Bahnhof im westukrainischen Lwiw einen der Züge in Richtung Polen zu erreichen, um sich vor dem Krieg in Sicherheit zu bringen.

© picture-alliance/SOLO Syndication/Jamie Wiseman

Auf der Flucht über die Grenze

REPORTAGE Täglich machen sich zehntausende Ukrainer auf den Weg nach Polen. Sie werden herzlich empfangen

Der Krieg beginnt in Lwiw kurz nach fünf Uhr morgens mit ungewöhnlich viel Verkehr: Die Prachtmeile „Prospekt Swoboda“ in der westukrainischen Stadt füllt sich mit Panikkäufern, die schon kurz nach Russlands Angriff auf die Ukraine in die 24-Stunden-Supermärkte am Stadtrand aufbrechen. Im ganzen Land beginnt gleichzeitig ein Ansturm auf die letzten Fahrkarten für Züge aus der Hauptstadt Kiew in die polnische Grenzstadt Przemysl.

Im über 200 Jahre alten, traditionsreichen Hotel „George“ im Zentrum Lwiws haben sich ganze Firmenabteilungen aus Kiew einquartiert. Hipp gekleidete junge Leute sitzen auch dann noch ruhig im Frühstücksraum, als die Sirenen zum Luftalarm heulen. Wo ein Schutzbunker für den Notfall ist, weiß keiner. Also wird das Geheul ignoriert. Zwei Angriffe gab es bisher in der Gegend von Lwiw, doch keinen in Zentrumsnähe. Die russische Armee will offensichtlich zivile und militärische Flugplätze ausschalten. Und der Kreml zeigt damit, dass er auch unter der Grenze zur Nato-Ostflanke in Polen zuschlagen kann.

Furcht vor russischen Spionen Vor dem Hotel jedoch haben sich die Straßen merklich geleert. Auch die Cafés in der schmalen Innenstadt sind kaum besucht, nur noch vereinzelt spielen Straßenmusiker für die paar verbliebenen Touristen vor allem aus dem arabischen Raum. In den Außenbezirken dagegen staut sich der Verkehr, Tausende versuchen sich mit dem Auto Richtung Karpatengebirge oder gleich nach Polen in Sicherheit zu bringen. „Alles wird schon wieder gut, wir haben eine starke Armee“, sagt Andrei, der einen Doppelkinderwagen vor einem Babyklei-

dergeschäft schaukelt. Noch will der Familienvater abwarten, seine Frau und die Zwillinge erst in ein paar Tagen in die Berge in Sicherheit bringen. „Ich bleibe hier und verteidige meine Stadt Lwiw“, sagt der Mittdreißiger bestimmt. Ein Problem jedoch sieht er schon jetzt: 2014/15 sind Zehntausende aus den Separatistengebieten Donezk und Luhansk nach Lwiw geflüchtet, darunter viele gutbetuchte Bürger. „Ich fürchte ihren Verrat“, sagt der Mann. Russland habe seit Jahren gezielt Spione aus dem Donbass und unter der alteingesessenen russischen Minderheit angeworben.

»Das wird alles schon wieder gut, wir haben eine starke Armee.«

Andrei aus Lwiw

Wegen eines Raketenangriffs bei Schitmir würden keine Züge mehr fahren, verbreitet sich ein Gerücht am Bahnhof. Von Panik ist am ersten Kriegstag zwar noch keine Spur, Kioske und Bahnhofbuffets sind dennoch ausverkauft, nur noch Mineralwasser ist erhältlich. Wider Erwarten verkehren die Züge von Kiew in die polnische Grenzstadt Przemysl doch noch, allerdings mit viel Verspätung. Auf dem Bahnsteig warten gut gekleidete Reisende mit eher wenig Gepäck, darunter auffallend viele junge Eltern mit Kindern. Sergej und Marina harren schon seit über zweieinhalb Stunden aus. Sie wollten eigentlich von Lwiw aus nach Polen fliegen, Marina zur Fabrikarbeit nach Wrocław, Sergej über Warschau weiter in die Niederlande, wo er als IT-Techniker arbeitet. Doch der Luftraum ist gesperrt. „Ich habe Angst, dass sie mich jederzeit in die Armee berufen können“, sagt Sergej. Und Marina erzählt verzweifelt: „Ich wäre am liebsten bei meinen Eltern geblieben, aber damit verlore ich meine Arbeitsstelle in Polen.“ Sergej will erst einmal in Warschau Station machen und versuchen, seine Eltern außer Landes zu schaffen. Er ist einer der letzten wehrfähigen Ukrainer, die das Land noch verlassen können.

Seit dem zweiten Kriegstag dürfen Männer im Alter von 18 und 60 Jahren die Ukraine nicht mehr verlassen.

Tränen im Zug Als der hochmoderne „Intercity Plus“ aus Kiew endlich einfährt, entleeren sich die sieben Waggons zur Hälfte mit Reisenden, die Lwiw noch als sicheren Hafen sehen. Fahrkarten- und Covidpass-Kontrolle beim Einstieg entfallen. Auf der zu Friedenszeiten etwa einstündigen Weiterfahrt ins 90 Kilometer entfernte Nachbarland Polen preisen Werbefilme die touristischen Schönheiten der Ost- und Westukraine – Burgen, Berge, Steppe. Der Zug gleitet so fast schwerelos durch Dörfer und Felder. Bleischwer indes sind die Gespräche der Reisenden, untereinander – und mit ihren Liebsten, die in der Ukraine zurückgeblieben sind. Am Grenzbahnhof Schehyni ist es draußen bereits stockdunkel. Nur ein Kilometer ist es bis nach Polen – und damit in die Sicherheit – doch der Zug bleibt lange stehen. Wasili zeigt auf dem Smartphone Fotos seiner Kinder auf dem Schlitten im Schnee; die Reisende gegenüber dagegen ist ganz weit anderswo. Tränen laufen über ihre Wangen, sie verschmieren die schwarze Wimperntusche, es ist ihr egal.

Kaum ist der Zug mit über vierstündiger Verspätung am polnischen Grenzbahnhof Przemysl eingetroffen, öffnen sich automatisch die Türen, und der Schaffner hilft

beim Aussteigen. Schwere Koffer und Kinderwagen werden auf den Bahnsteig gehoben. Die Passkontrolle geht zügig und betont freundlich vonstatten. Ein Covid-Zertifikat muss erneut man nicht vorzeigen. „Das geht schneller“, sagt ein polnischer Grenzer. Das Gepäck wird nur oberflächlich kontrolliert.

Und dann stehen die Flüchtlinge aus der Ukraine plötzlich am kaum beleuchteten Hinterausgang des Bahnhofs in der kalten polnischen Nacht. Freiwillige Helfer versuchen sie hier abzufangen, bieten Gratisbusfahrten nach Krakau, Wrocław oder gar Warschau an. Viele der übermüdeten Ankömmlinge reiben sich ungläubig die Augen, und gehen stattdessen weiter durch eine Unterführung ins Hauptgebäude. Dort hat die polnische Feuerwehr eine Mitfahr- und Übernachtungsbörse eingerichtet. Wer will, kann die Handynummer hinterlassen und auf einer Liste eintragen, wohnen viele Personen müssen, oder ob sie in Przemysl übernachten wollen. Selbst Visitenkarten von Arbeitsvermittlern liegen hier aus. In der Haupthalle des Bahnhofs ist zudem ein riesiger Esstisch aufgestellt. In den Seitengängen verteilen Feuerwehr-

leute Suppe und Mineralwasser, aber auch Windeln und Kinderspielzeug.

Überwältigende Hilfsbereitschaft Die zehnjährige Kira hat ein Kissen in der Form einer Himbeere bekommen. Sie liegt auf einem gelben Feldbett in einer Nebenhalle und versucht einzuschlafen. „Mein Hamster musste zuhause bleiben, mein Vater auch“, berichtet das Mädchen. Ihre Mutter wehrt derweil entnervt einen Pressefotografen ab. „Berichtet besser über diese unglaubliche Solidarität der Polen als über uns Flüchtlinge“, sagt sie.

Die spontane Unterstützung vor Ort ist in der Tat warmherzig und selbstlos. Nichts erinnert mehr an Polens Aufnahmeverweigerung während der Flüchtlingskrise 2015. Seit Kriegsbeginn sind laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen Stand Donnerstag mehr als 1,2 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Polen hat seither fast 650.000 Kriegsflüchtlinge aufgenommen. In den vier Nachbarländern Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldau haben zusammen über 390.000 Ukrainer Zuflucht gefunden.

An den Grenzen bilden sich indes lange Schlangen. Am schlimmsten ist es an der

Grenze zu Polen: Dorthin wollen die meisten der Flüchtlinge, weil hier bereits über eine Millionen ukrainische Gastarbeiter leben. Doch nach Polen gibt es nur neun Grenzübergänge. Am längsten wartet man am Checkpoint Schehyni-Medyka – bis zu 50 Stunden, berichten Flüchtlinge.

Im Grenzzort Medyka auf der polnischen Seite wird das Gewühl mit der hereinbrechenden Nacht noch unübersichtlicher. Hier warten Hunderte von Autos, teils mit laufendem Motor, auf ankommende Freunde und Verwandte. Die meisten der Fahrzeuge gehören ukrainischen Gastarbeitern in Polen. Doch auch viele Pkws und Kleinbusse kommen zum Beispiel aus Frankreich, Deutschland oder Tschechien. An der östlichen Ausfahrtstrasse der 60.000-Einwohnerstadt Przemysl kontrolliert die Polizei. Freiwillige Kämpfer, welche die Ukraine unterstützen wollen, genießen Priorität bei der Weiterfahrt ins 14 Kilometer entfernte Grenzdorf; gewöhnliche Ukrainer, die ihre Verwandten abholen wollen, müssen warten. Die Regierung in Warschau wird währenddessen nicht müde zu betonen, alle Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine seien willkommen. 98 Prozent der Ukrainer wollen laut Vize-Innenminister Maciej Wasik in Polen bleiben.

Paul Flückiger

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent.

»Berichtet besser über die Solidarität der Polen als uns Flüchtlinge.«

Ukrainerin über die Hilfsbereitschaft in Przemysl

»Anständig zu sein, heißt Angst zu haben«

RUSSLAND Immer mehr Menschen begehren auf gegen Putins Krieg, trotz harter Repressionen

Der Moskauer Angestellten Katja fällt es schwer, ihre Emotionen in Worte zu fassen. „Ich fühle mich vollkommen hilflos. Das ist ganz schrecklich.“ Katja schämt sich für das Handeln der russischen Regierung, bereits 2012 hat sie gegen Präsident Wladimir Putin demonstriert. „Dieser Krieg wird in unserem Namen geführt. Aber natürlich sind alle, die bei Verstand sind, dagegen.“ Massenproteste gibt es allerdings in Russland nicht mehr. Zu gefährlich. „Die Zeiten haben sich geändert.“

Übermächtige Propaganda Denn viele wissen schlicht nicht, was Putin derzeit in der Ukraine anrichtet. Sie glauben der Propaganda: Die Ukraine habe auferzogen, Militär an der Grenze zusammengezogen und Russland müsse sich verteidigen. Einen Krieg gegen die Ukraine zu führen, befrworten dabei nur wenige.

Marina Tereschtschenko ist Journalistin und kommt eigentlich aus dem seit 2014 besetzten Luhansk, von dort ist sie nach Sewerodonezk geflohen, auf ukrainisch kontrolliertes Gebiet. Als in der vergangenen Woche russische Truppen dorthin vorrückten, nahm sie einen Koffer und ihre Katze und floh weiter ins 300 Kilometer weiter westlich gelegene Dnipro. Wie die meisten Menschen im Osten der Ukraine hat sie Verwandte in Russland. Ihre Ange-

hörigen leben in Surgut, das ist hinter dem Ural, weit im Norden. Sie hat sie angerufen und war entsetzt. „Niemand greift euch an“, hörte sie da, „wartet nur, wenn Russland kommt, wird alles gut.“ Marina Tereschtschenko brach das Gespräch ab. Ähnlich geht es ihrem Mann. Dessen Verwandte leben in Belarus: „Wir befreien die Ukraine“, erzählten sie ihm am Telefon. Der Kreml verbreitet seit Jahren die Lüge, die Ukraine werde von Faschisten regiert. Gemeint sind damit Demokraten. Viele Menschen in Russland glauben das. „Ihnen wurde Jahrzehnte lang das Hirn gewaschen“, sagt Tereschtschenko, „es wird Jahre dauern, ihnen die Augen zu öffnen.“

900.000 unterzeichnen Petition In ganz Russland versuchen Menschen dennoch, mit Protestaktionen ihre Mitbürger aufzuklären. Oft sind es kleinere Gruppen, die sich finden, manchmal ein paar Hundert, wie in St. Petersburg. Immer wieder gibt es spontane und unkoordinierte Aktionen Einzelner gegen den Krieg. Doch die Polizei greift hart durch: Wer gegen das Demonstrationsverbot verstößt, dem drohen harte Strafen. Lew Ponomarjow, mit 80 Jahren ein Urgestein der russischen Menschenrechtsszene, hat eine Petition gegen den Krieg auf den Weg gebracht. In den ersten zwei Tagen hatten mehr als

900.000 Menschen unterzeichnet, auch Katja: „Das sind natürlich immer noch wenige Hashtags wie #netvojne, #neinzumKrieg. Einer der ersten, der seine Stimme erhob, war der populäre Rapper Oxxxymiron. In einem Video forderte er eine Friedensbewegung ähnlich der in den USA in den 60er- und 70er-Jahren gegen den Vietnamkrieg. „Die Regierung der USA wollte diese Bewegung damals als unpatriotisch verunglimpfen“, erläuterte der Rapper, „aber die Geschichte hat gezeigt, dass die Menschen im Recht waren.“ Und Manischa, 2020 russische Vertreterin beim Eurovision Song Contest, postete bei Instagram: „Die heutige Aggression geschieht gegen meinen Will-

en, gegen den Willen meiner Familie, ich glaube, auch gegen den Willen unserer Völker.“ Manischas Schwiegermutter kommt aus der Ukraine.

Sanktionen werden spürbar Dass etwas nicht in Ordnung ist, merken immer mehr Russen. Es wird schwieriger, Geld abzuheben. Geschäfte schließen, Russland ist mit jedem Tag isolierter. Noch schiebt die Propaganda das dem „aggressiven Westen“ in die Schuhe. Ob das langfristig Erfolg hat, wird sich zeigen. Denn noch gibt es nicht genug Nachrichten über tote Soldaten, die die Wut in den Familien und das Verlangen, das Sterben zu stoppen, schüren könnten. Die Moskauerin Katja ist skeptisch und fürchtet, dass es viel zu lange dauern wird, den Schaden noch zu begrenzen: „Ich denke, es wird in der nächsten Zeit sehr schlimm. Und dann fügt sie noch hinzu: In Russland heute anständig zu sein, heißt Angst zu haben.“ Wie zur Bestätigung hat die Duma, das russische Parlament, am vergangenen Freitag die Verbreitung von Falschinformationen über die Armee unter hohe Strafe gestellt. 15 Jahre Haft drohen im Extremfall.

Thomas Franke

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent.



Ukrainische Flüchtlinge warten in einer Autoschlange vor dem Checkpoint Schehyni an der Grenze zu Polen.

© picture-alliance/ | P. Palmarчук

Die Bänder stehen still

WIRTSCHAFT Die Folgen des Krieges belasten auch deutsche Unternehmen. Minister Habeck kündigt Hilfen an

Sanktionen, Lieferstopps, vorübergehende Standortschließungen: Auch wenn Russland als das flächenmäßig größte Land der Welt mit seinen rund 144 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern nicht Deutschlands wichtigster Handelspartner ist, so haben der Angriff auf die Ukraine durch die russische Armee und die Reaktionen darauf dennoch einen massiven Einfluss auf die deutsche Wirtschaft.

Während viele Branchen weiterhin mit den Folgen der Corona-Pandemie kämpfen, verstärkt der Krieg in Europa bereits bestehende Probleme. Die ohnehin hohen Energiepreise werden weiter steigen und die vorhandenen Lieferengpässe werden sich weiter verschärfen, da sind sich Wirtschaftsfachleute allerorten einig.

Doch nach Einschätzung von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Grüne) kann Deutschland die Belastungen schultern. Die Hoffnung sei zwar gewesen, ab dem zweiten Quartal 2022 einen stärkeren Aufschwung zu sehen, sagte Habeck Ende vergangener Woche. Doch alle Unternehmen würden die Sanktionen gegen Russland voll mittragen.

Eine Rezession in Deutschland wird es laut Habeck nur geben, sollte die Produktion zum Erliegen kommen. Der Wirtschaftsminister kündigte zudem ein Kreditprogramm der Förderbank KfW an. Das Programm solle ähnlich gestaltet werden wie KfW-Hilfen in der Corona-Pandemie.

Export und Import Zwar ist Deutschland weniger vom Handel mit Russland abhängig als umgekehrt. Doch ein genauere Blick zeigt, dass es auf die Art der Güter ankommt, die im beziehungsweise exportiert werden. Während deutsche Unternehmen vor allem hochtechnische Endprodukte nach Russland liefern, ist die Wirtschaft hierzulande in hohem Maß von Rohstoff-Importen aus Russland abhängig. Nach Angaben der German Trade and Invest, der deutschen Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing, waren Erdöl und Erdgas mit 32,6 bzw. 28,6 Prozent die am häufigsten aus Russland importierten Güter im Jahr 2020 (Anteil am Gesamtimport von 21,5 Milliarden Euro). Doch auch Metalle sind ein wichtiger Rohstoff, auf den Deutschland angewiesen ist. Wie „Der Spiegel“ berichtet, sind sogenannte Nicht-Eisen-Metalle zusammen mit Eisen und Stahl neben den

Energieträgern die einzigen relevanten Güter im Export nach Deutschland und machten 2020 rund zwölf Prozent aus. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) kappte Ende vergangener Woche bereits seine Exportprognose für das laufende Jahr. Das bisher angenommene deutsche Exportwachstum von sechs Prozent für 2022 sei nicht mehr zu schaffen, sagte DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier.

Handelsbeziehungen Doch nicht nur hierzulande bekommt die Wirtschaft die Folgen des Krieges zu spüren. Auch die deutschen Unternehmen in Russland sind vom Einmarsch von Putins Armee in das Nachbarland beeinträchtigt. Der Chef der deutsch-russischen Auslandshandelskammer (AHK), Matthias Schepp, äußerte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur die Befürchtung, dass sich nun immer mehr deutsche Unternehmen aus Russland zurückziehen könnten.

Laut Schepp war bereits im Jahr 2021 ein Rückgang um acht Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten, was unter anderem an den seit 2014 bestehenden Sanktionen und den ohnehin schwierigen Geschäftsbedingungen in Russland liege. Nach Angaben russischer Steuerbehörden waren zuletzt noch 3651 Firmen mit deutschem Kapital im Land tätig. In den vergangenen zehn Jahren hätten sich aber bereits 42 Prozent der deutschen Unternehmen aus ihren Geschäften zurückgezogen. AHK-Chef Schepp fügte hinzu, dass die jüngsten Drohungen russischer Politiker, das Eigentum westlicher Unternehmen zu verstaatlichen, diesen Effekt noch verstärken könnten.

Automobilbranche Große Wucht entfaltete die Meldung, dass der VW-Konzern die Produktion seiner Autos in Russland und den Export aller Marken seines Konzerns – dazu gehören unter anderem Audi, Seat, Skoda und Porsche – in das Land „bis auf weiteres“ einstellt. Weil wichtige Teile fehlen, die die Autobauer von Zulieferern aus der Ukraine bekommen, drohen auch die Bänder anderer Automobilkonzerne stillzustehen. Wie das „Manager Magazin“ berichtete, fehlen in der Autoproduktion vor allem Kabelsätze und Bordnetze des Zulieferers Leoni. Dieser hatte bislang in der Westukraine produziert. Nach Angaben des Branchenverbandes VDA unterhalten deutsche Unternehmen der Automobilindustrie 49 Fertigungsstandorte von Zulieferern



Der Volkswagen-Konzern hat den Export seiner Autos nach Russland vorübergehend eingestellt.

© picture-alliance/dpa/ZB/Sebastian Kahmert

und Herstellern in der Ukraine und Russland. Die Einschränkungen machten sich auch an den Börsen bemerkbar: Der Index für den europäischen Autosektor fiel in der Spitze um 3,2 Prozent auf den tiefsten Stand seit mehr als einem Jahr. Im Dax verlieren Porsche, Continental, Volkswagen, BMW und Mercedes-Benz zwischen 5,5 und drei Prozent.

Landwirtschaft Nach Angaben des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) war für das laufende Jahr davon ausgegangen worden, dass Russland und die Ukraine zusammen rund 100 Millionen Tonnen Weizen und Mais exportieren. Das entspricht

einem Anteil von rund 25 Prozent der weltweiten Exporte. Während Staaten in Nordafrika, Asien und im Nahen Osten durch den Lieferausfall bei Weizen und Mais massive Probleme in der Nahrungsmittelversorgung bekommen könnten, sieht die Situation für Deutschland in diesem Punkt besser aus. „Deutschland und die Europäische Union sind nicht zwingend auf Importe aus dieser Region angewiesen“, sagte DRV-Geschäftsführer Henning Ehlers. Deutschland habe bei Weizen einen Selbstversorgungsgrad von mehr als 100 Prozent, „das ist in der aktuellen Situation sehr beruhigend“, fügte Ehlers hinzu. Doch obwohl sich die

weltweite Teuerung für Weizen kaum auf den deutschen Brotpreis durchschlagen werde, sieht es laut DRV im Futtermittelbereich anders aus, da noch große Mengen Mais in der Ukraine und Russland lagerten, die jetzt auf dem internationalen Markt fehlten. Außerdem gehören beide Länder zu den Hauptproduzenten von Sonnenblumenkernen und -öl, Fachleute rechnen bei diesen Produkten mit Engpässen und Preissteigerungen. Der Deutsche Bauernverband befürchtet wegen Lieferproblemen unter anderem von Dünger und Saatgut damit, dass die Frühjahrsbestellung der Äcker nicht mehr möglich sein wird.

Luftverkehr Die Airlines hatten mit Ausblick auf eine abflauende Pandemie auf eine Erholung ihrer Branche gehofft. Doch da aufgrund der Luftraumsperrungen Russland nicht mehr an- und überfliegen werden kann, müssen die Fluggesellschaften ihre Routen umplanen und Ausfälle im Verkehr von und nach Russland verkraften. Auf den Alternativrouten von Europa nach Japan, Korea und China erhöhen sich Flugzeiten und Kerosinverbrauch. Die Lufthansa hatte eigentlich ein starkes Reisejahr erwartet, sieht aber im Krieg eine große Unsicherheit für die erhoffte Erholung, wie Lufthansa-Vorstandschef Carsten Spohr mitteilte. *Elena Müller*

Schockwellen rasen durch das russische Finanzsystem

SANKTIONEN Die Blockade der Notenbank trifft Moskau besonders hart. Erster Bankenzusammenbruch. Ausfälle an den Finanzmärkten treffen auch den Westen

Die von den USA und der Europäischen Union verhängten neuen Finanzsanktionen gegen Russland rasen wie Schockwellen nach und durch Russland. Die Währung Rubel verlor kurzzeitig bis zu 40 Prozent ihres Wertes, die Kurse russischer Schuldverschreibungen und Staatsanleihen stürzten ebenso wie die Aktienkurse ins Bodenlose. Allerdings kommt ein Teil der Schockwellen auch wieder zurück an den Ausgangspunkt.

»Totaler Wirtschaftskrieg« Der französische Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire spricht klipp und klar aus, was die Sanktionen bezwecken: „Wir werden einen totalen Wirtschafts- und Finanzkrieg gegen Russland führen. Wir zielen auf das Herz des Machtsystems Putin.“ Nicht ganz so krass formuliert der deutsche Finanzminister Christian Lindner (FDP): „Die Auswirkungen auf die russische Wirtschaft sind exorbitant. In der Öffentlichkeit wurde viel über das Zahlungssystem SWIFT gesprochen. Aber noch größere Tragweite haben die Einschränkungen in der russischen Notenbank, wie man nun sieht.“ Die Moskauer Zentralbank könne nun nicht mehr voll über die Devisenreserven von 600 Milliarden Dollar verfügen. Das werde die Durchhaltefähigkeit Russlands stark einschränken. „Die Währung ist in Turbulenzen, die Börsenkurse brechen ein, russische Banken sind teilweise in Abwicklung“, stellt Lindner zu den Wirkungen der Sanktionen gegen Russland bereits nach wenigen Tagen fest.

Das internationale Zahlungssystem SWIFT mit Sitz in Belgien, organisiert als eine Art Genossenschaft, ist im Prinzip nichts anderes als ein weltweites Nachrichtensystem, mit dem Absender und Empfänger von Finanztransaktionen informiert werden. Ohne Anschluss an SWIFT sei eine Bank blind in dem System, erläutert der Chefvolkswirt

der Sparkassen-Fondsgesellschaft Deka, Ulrich Kater. Jede am SWIFT-System teilnehmende Bank hat eine BIC-Nummer, die Kunden auf ihrer Girocard finden können. SWIFT lasse sich aber umgehen, erläutert Kater. So könnten Banken den Zahlungsverkehr auch über Telefaxe oder Anrufe organisieren, wie man es vor SWIFT getan habe.

Wirkungsvoller ist es, Banken auf die Sanktionslisten der USA und der Europäischen Union zu setzen: „Das ist dann der ultimative Ausschluss“, so Kater. Genau das ist inzwischen mit sieben russischen Banken geschehen. „An den Finanzmärkten hat der Krell die erste Schlacht verloren“, bilanziert Olivier de Berranger von der Fondsgesellschaft LFDE die Lage nach den ersten Kriegstagen.

Dies liegt vor allem an der Isolierung der russischen Zentralbank, deren Auslandskonten im Rahmen der Sanktionsmaßnahmen eingefroren wurden. Die Folge ist, dass Russland an den westlichen Finanzmärkten gegen sinkende Rubelkurse nicht mehr mit dem Abstoßen von anderen Währungen aus seinen Reserven reagieren und damit Rubel zur Stützung des Kurses aufkaufen kann. Die russische Zentralbank griff inzwischen zu einem Bündel von anderen Maßnahmen. So dürfen russische Bürger bei der Ausreise aus Russland Devisen nur noch im Gegenwert von höchstens 10.000 US-Dollar mitnehmen.

Russische Unternehmen werden gezwungen, vier Fünftel ihrer in anderen Währungen erzielten Exporterlöse in Rubel umzutauschen und damit die Zentralbank mit neuen Devisen zu versehen. Dies trifft allerdings auch auf ausländische Unternehmen (etwa im Rohstoffbereich) zu, die aus Russland exportieren und nun ihre Gewinne nicht mehr an ihre Muttergesellschaften im Ausland transferieren können.

Risiko überschaubar „Die Blockade der russischen Notenbank zieht den Teppich unter dem Finanzsystem hinweg“, kommentiert der Schweizer Bankier Stefan Gerlach. Der deutsche Bankenvizepräsident und Chef der Deutschen Bank, Christian Sewing, erwartet so gut wie keine Probleme für die deutschen Institute. Die deutschen Banken hätten schon seit der Annexion der Krim 2014 ihr Engagement in Russland stark reduziert: „Für unser Bankensystem insgesamt ist das Risiko überschaubar.“ Die russische Zentralbank verdoppelte inzwischen ihren Leitzinssatz auf 20 Prozent. Damit soll versucht werden, dass die russischen Bankkunden ihr Geld bei den Banken lassen, weil es jetzt erheblich höhere Zinsen gibt. Doch die langen Schlangen vor den Bankautomaten in Moskau und anderen Städten sprechen eine andere Sprache.

Auch wenn das russische Finanzsystem wankt, so ist es noch nicht am Ende. Ein Teil der Devisenreserven befindet sich ebenso wie Gold im Gegenwert von 132 Milliarden Dollar in der Moskauer Zentralbank. Es gibt Spekulationen, dass Russland seine in den letzten Jahren enger gewordenen Verbindungen zu China nutzen und eventuell über Peking an den Sperren des Westens vorbeikommen könnte. Angeblich hält die russische Zentralbank Anlagen mit einem Gegenwert von 77 bis 90 Milliarden Dollar in chinesischer Wäh-

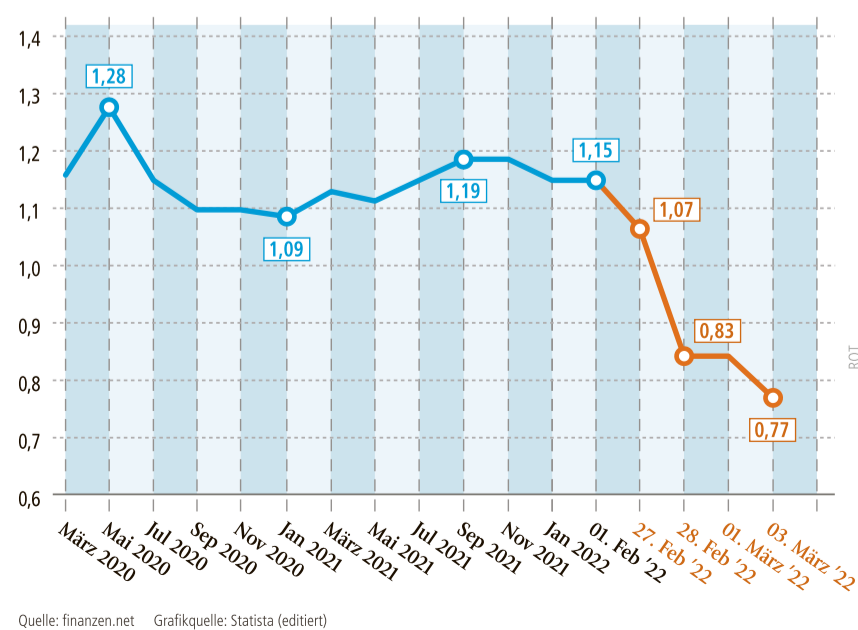
rung bei der Zentralbank in Peking, die von den Sanktionen nicht betroffen sind. Bei Transaktionen nach China war SWIFT schon bisher weniger wichtig, weil Russland und China ein Konkurrenzsystem erstellt hatten, das diese Länder in Zukunft auch für Geschäfte mit neutralen Drittländern nutzen könnten, um die von ihnen kritisierte Vorherrschaft des amerikanischen Dollar abzubauen. Auch neue Blockchain-Technologien sind möglicherweise zur Zahlungsabwicklung nutzbar.

Preisexplosion bei Rohstoffen Allerdings laufen inzwischen auch Schockwellen in die Gegenrichtung. Russland ist nicht nur wichtiger Lieferant von Öl, Gas und Kohle, sondern auch von selteneren Rohstoffen wie Nickel, Aluminium und Palladium. Die Preise für diese Rohstoffe haben eins gemeinsam: Sie befinden sich auf historischen Höchstständen und steigen weiter. Russland-Experten der Commerzbank befürchten, dass es Angebotsausfälle aus Russland bei für die Industrie wichtigen Rohstoffen geben wird. In einer Analyse wird davon ausgegangen, dass nicht nur die SWIFT-Probleme zu Ausfällen führen, sondern dass auch westliche Banken die Finanzierung von Geschäften verweigern, Versicherungen die Schiffsladungen nicht mehr versichern und durch die Einstellung des Luftverkehrs ein zentraler Transportweg für Rohstoffe wie Palladium geschlossen wurde. Da aus der Ukraine bereits per Schiff kein Weizen mehr nach Europa kommt und auch die russischen Lieferungen erschwert werden, befinden sich inzwischen die Preise für Weizen auf Rekordniveau. Zudem rollen Dollar und Euro weiterhin aus dem Westen Richtung Moskau. Um die Gas- und Öllieferungen aus Russland nicht zu gefährden, bleibt das SWIFT-System in diesen Fällen geöffnet. So ist die Gazprom-

Bank weiterhin im SWIFT-System vertreten. Die EU, die USA und Großbritannien überweisen pro Tag etwa 350 Millionen Dollar für Öl und 250 Millionen Dollar für Gas an die russischen Unternehmen. Schockwellen kommen zudem bei jedem Bundesbürger direkt an. Dass die Inflationsrate auch im Februar über fünf Prozent lag, hat in erster Linie mit den gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreisen zu tun. Der jüngste Preisschub bei Erdöl und Erdgas ist in diesem Zahlen noch nicht einmal enthalten, so dass eine Inflationsrate von über fünf Prozent über das Jahr gesehen immer wahrscheinlicher wird. Der Rohstoffmangel bringt zudem den Wachstumsmotor zum Stottern und bremst die Erholungstendenzen der deutschen Wirtschaft nach dem Abflauen der Corona-Pandemie wieder aus. Das Nachsehen haben auch Sparer, die ihre Festgelder gerne bei den Töchtern russischer Banken in Österreich und Deutschland anlegen. Die „Sperbank“ in Österreich, bei der rund 842 Millionen Euro Spargelder von Bundesbürgern gelegen haben sollen, hat Konkurs angemeldet, die in Deutschland ansässige VTB-Bank (180.000 Kunden mit vier Milliarden Euro Anlagen) nimmt keine Einzahlungen mehr entgegen. Die Sparguthaben sind durch die allgemeine Einlagensicherung bis 100.000 Euro geschützt. Hinzu kommt die Einlagensicherung der deutschen Banken. Ungeschützt hingegen sind russische Staatsanleihen und Aktien zum Beispiel von Gazprom und Lukoil, die wegen ihrer hohen Zinsen beziehungsweise Dividenden bei deutschen Kleinanlegern geschätzt sind und sich in fast allen Fonds und ETFs mit Schwerpunkt „Emerging Markets“ (Schwellenländer) befinden. Da der Handel mit russischen Papieren in der EU eingestellt worden ist, droht Anlegern hier der Totalausfall. *Hans-Jürgen Leersch*

Wechselkurs des russischen Rubels in Euro

Entwicklung von März 2020 bis März 2022 (100 Rubel in Euro)



Bedingt abwehrbereit“, lautete 1962 die Überschrift eines Artikels im „Spiegel“ über die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr im Kriegsfall, der den ersten großen Polit-Skandal der noch jungen Bundesrepublik auslöste. Ein halbes Jahrhundert später nahm die deutsche Öffentlichkeit solche Schlagzeilen lange Zeit beinahe achselzuckend zur Kenntnis. Längst wurden solche Aussagen nicht nur von kritischen Journalisten getroffen, sondern über viele Jahre hinweg von den Wehrbeauftragten des Bundestages, von Verteidigungspolitikern und Offizieren der Bundeswehr. Dies galt bis zum 24. Februar dieses Jahres.

Mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine hat sich die Wahrnehmung des sicherheitspolitischen Umfeldes dramatisch gewandelt – und zwar wortwörtlich über Nacht. „Du wachst morgens auf und stellst fest: Es herrscht Krieg in Europa“, brachte es der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, in den sozialen Medien mit einem eindringlichen Statement auf den Punkt. „Gestern haben wir im Heer einen ‚Tag der Werte‘ durchgeführt. Im Kern stand die Frage ‚wofür dienen wir? Nie war es einfacher der Generation, die den Kalten Krieg nicht mehr erlebt hat, das zu verdeutlichen.“

Nun scheint der Kalte Krieg zurückgekehrt zu sein zwischen der westlichen Welt und Wladimir Putins Russland, ausgelöst durch seinen heißen Krieg in der Ukraine. Und Mais konstatierte, dass die Bundeswehr nicht gut aufgestellt ist. Das Heer stehe „mehr oder weniger blank dar. Die Optionen, die wir in der Politik zur Unterstützung des Bündnisses anbieten können sind extrem limitiert.“

Mit seiner bemerkenswerten Regierungserklärung drei Tage nach dem Überfall auf die Ukraine riss Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) das verteidigungspolitische Ruder herum und verkündete Erhöhungen der deutschen Verteidigungsausgaben, die bislang undenkbar waren: Zum einen soll einmalig ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro aufgelegt und im Grundgesetz verankert werden, um die gravierenden Ausrüstungsmängel in der Bundeswehr zu beseitigen. Zudem soll der Wehretat dauerhaft auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) angehoben werden. Das wären gemessen am BIP von 2021 rund 70 Milliarden Euro. Doch im vergangenen Jahr lag der deutsche Wehretat bei 47 Milliarden Euro.

Zwei-Prozent-Ziel Das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel der Nato war 2002 anlässlich der bevorstehenden Aufnahme der drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland sowie Bulgariens, Rumäniens und die Slowakei in das nordatlantische Bündnis ausgegeben worden. Bekräftigt wurde es dann auf dem Nato-Gipfel 2014 in Wales – nach der Annexion der Krim durch Russland und dem Krieg in der ukrainischen Donbas-Region.

Eingehalten wurde das Ziel indes jedoch von den wenigsten Nato-Ländern, auch von Deutschland nicht. Neben den USA erreichten in Europa lediglich Großbritannien, Griechenland und die baltischen Staaten das gesteckte Ziel. Als US-Präsident Donald Trump die europäischen Nato-Staaten massiv ermahnte, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, war dafür in Deutschland keine politische Mehrheit zu finden. „Wir haben in Deutschland andere Sorgen als sinnlose Aufrüstung“, beschied etwa der stellvertretende SPD-Parteichef Ralf Stegner 2017 während der Sondierungsgespräche mit der Union für die Regierungsbildung auf Forderungen aus der CSU nach einer deutlichen Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Unter den Verteidigungsministerinnen Ursula von der Leyen

Die Zeit drängt

BUNDESWEHR Die Verteidigungsausgaben sollen drastisch steigen



Blick auf die Uhr: Heeresinspekteur Alfons Mais und Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD)

© picture-alliance/dpa/Philipp Schulze

(CDU) und Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) stieg der Wehretat zwar an, aber vom Zwei-Prozent-Ziel hatte man sich faktisch verabschiedet und auf 1,5 Prozent reduziert.

Bundeskanzler Scholz und Finanzminister Christian Lindner (FDP) wissen, dass die Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels – ganz zu schweigen von der Aufnahme weiterer Schulden zur Realisierung des 100-Milliarden-Euro-Sondervermögens in diesem Jahr in der Koalition kein Selbstläufer ist. Sichtbar wurde dies bereits während der Regie-

rungerklärung des Kanzlers. Während Teile der Unionsfraktion die angekündigten Erhöhungen des Wehretats mit spontanen Standing-Ovations bedachten, fiel der Applaus in der Reihen der SPD und der Grünen deutlich spärlicher aus.

In den Tagen nach der Regierungserklärung wurde denn auch schnell Kritik laut. Bereits am vergangenen Mittwoch meldete sich die linke SPD-Gruppe „Forum Demokratische Linke“ (DL21) und weiterer Organisationen innerhalb und außerhalb der Partei mit folgender Erklärung zu Wort:

„Wir lehnen das von Bundeskanzler Scholz am Sonntag vorgeschlagene Sondervermögen für Aufrüstung in Höhe von 100 Milliarden Euro und dauerhafte Rüstungsausgaben von über zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ab. Das ist ein beispielloser Paradigmenwechsel, dem wir uns vehement entgegenstellen.“ Die Bundeswehr sei „nicht von einer Unterfinanzierung geplagt, sondern von strukturellen Problemen beim Management und der Beschaffung von Materialien. Die Bundeswehr muss reformiert, nicht auferüstet werden.“

Ganz ähnlich äußerte sich der Co-Vorsitzende der Grünen Jugend: „Der vermeintliche Investitionsbedarf bei der Bundeswehr resultiert insbesondere aus Missmanagement und Fehlplanung, nicht aus fehlendem Budget“, ließ Timon Dziemus wissen. Die Partei- und Fraktionsführungen von SPD und Grünen werden in den kommenden Wochen Überzeugungsarbeit leisten müssen. Sprachlich lässt sich dies schon daran ablesen, dass Kanzler Scholz und Finanzminister Lindner die Erhöhung der Verteidigungsausgaben erst gar nicht als

„Aufrüstung“ verstanden wissen wollen. Die Bundeswehr werde vielmehr „ausgerüstet“ – auf den Stand, den die Anforderungen der Landes- und Bündnisverteidigungsgebiete. Die FDP-Wehrexpertin und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Marie-Agnes Strack-Zimmermann zeigt sich im Interview (siehe Seite 2) denn auch sicher, dass die Mehrheit in der Ampelkoalition steht. Und: Die Bedenken träger sollten jetzt schweigen. Auch in der SPD-Fraktion wissen die Verteidigungspolitiker, dass eine Erhöhung des Wehretats nötig ist.

Wehrbeauftragte Fakt ist, dass es Truppe seit Jahren an vielen Ecken an Ausrüstung mangelt. Am 15. März will die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, ihren neuen Jahresbericht vorlegen. Wie bereits in den vergangenen Jahren wird auch dieser Bericht wieder einmal die Probleme in den Streitkräften deutlich benennen. Högl verfolgte Scholz' Regierungserklärung jedenfalls aufmerksam im Plenarsaal und machte sich eifrig Notizen.

Fakt ist aber auch, dass viele Probleme der Bundeswehr hausgemacht sind. Das Beschaffungswesen der Bundeswehr gilt als dringend reformbedürftig. Probiert haben sich daran schon mehrere Verteidigungsminister. Auch Christine Lambrecht (SPD) will dem Problem zu Leibe rücken.

In der Vergangenheit verzögerte sich die Auslieferung von Waffensystemen immer wieder, fiel teurer aus als geplant und das gelieferte Gerät war mit allerlei Mängeln und Kinderkrankheiten behaftet. Dies war beim Eurofighter so, beim Schützenpanzer Puma, beim Kampfhubschrauber Tiger, beim Transporthubschrauber NH 90 oder beim Transportflugzeug A400 M.

So gewaltig die anvisierten Erhöhungen der Verteidigungsausgaben erscheinen, die Wunschliste in der Bundeswehr ist ebenso gewaltig. Langfristig stehen die Entwicklungen eines neuen Kampfflugzeuges, eines neuen Kampfpanzers als Nachfolger für den Leopard 2 und der bewaffneten Eurodrohne an. Diese Projekte sollen mit Frankreich und anderen europäischen Partnern realisiert werden. Kurzfristig braucht die Bundeswehr dringend einen neuen schweren Transporthubschrauber, der wohl in den USA eingekauft werden soll. Doch es fehlt auch an grundlegenden Dingen: Seit Jahren werden Fehlbestände bei der Munition in allen Bereichen angemahnt. Allein dieser Posten könnte sich auf bis zu 20 Milliarden Euro belaufen.

Nukleare Teilhabe Kanzler Scholz hat einige der anstehenden Beschaffungen angesprochen. Da ist zum Beispiel das Tornado-Kampfflugzeug, mit dem die Bundeswehr ab Anfang der 1980er Jahre ausgerüstet wurde. Ursprünglich auf eine Nutzungsdauer von 20 Jahren ausgelegt, soll das Mehrzweckkampfflugzeug nun bis 2030 ausgemustert werden. Dem jetzigen kommt eine besondere und auch politische Bedeutung zu. Er ist das einzige Trägersystem der Bundeswehr für die im rheinland-pfälzischen Büchel stationierten amerikanischen Atomwaffen. Deutschland sichert sich damit die sogenannte nukleare Teilhabe. Diese räumt den Nato-Mitgliedern, die über keine eigenen Atomwaffen verfügen, ein gewisses Mitspracherecht in atomaren Fragen des Bündnisses ein. Der Zugriff auf diese Waffen ist in Friedenszeiten allerdings den USA vorbehalten. Als mögliches neues Trägersystem wird das amerikanische Kampfflugzeug F-35 gehandelt.

So umstritten die nukleare Teilhabe in den vergangenen Jahren war, so bedeutsam wird sie in der aktuellen Situation. Die Nato hat sich stets als atomares Bündnis verstanden und diesem Aspekt wird angesichts der unverhohlenen atomaren Drohung Putins wieder verstärkt in den Vordergrund rücken. Alexander Weinlein

Kriegsschauplatz Internet

CYBERSICHERHEIT Der Krieg um die Wahrheit findet immer mehr im Digitalen statt. Unternehmen und Sicherheitsbehörden fahren Maßnahmen zur Abwehr hoch

Der Krieg in der Ukraine hat im Digitalen lange vor dem 24. Februar 2022 begonnen: Schon seit der Invasion der Krim im Jahr 2014 werden Cyberangriffe auf ukrainische Computer immer wieder auf russische Geheimdienste zurückgeführt. Auch die Stromversorgung war immer wieder betroffen. Wochen bevor die ersten russischen Raketen flogen und Soldaten zur Waffe griffen, gehörten vermehrte Attacken über Schadsoftware auf Behördenwebseiten wie die des Innen-, Außen- und des Verteidigungsministeriums zur Destabilisierungsstrategie des Kremls. Auch Ransomware-Angriffe (Lösegeld) von Gruppen mit Bezug zur russischen Regierung nahmen zu.

Die Maßnahmen des Cyberkriegs sind vielfältig: Sie reichen von gezielter Falschinformation in Medien und Sozialen Netzwerken über Spionage in Daten und Systemen bis hin zu Cyberangriffen mit dem Ziel der Sabotage oder Zerstörung. Angriffe auf staatliche, militärische oder zivile Infrastrukturen seien aber nicht automatisch als Krieg im Sinne des Völkerrechts zu klassifizieren, analysiert der IT-Sicherheitsrechtler Dennis-Kenji Kipker von der Universität Bremen. Umstritten sei, wie dabei der Einsatz ziviler Akteure zu bewerten ist und wann ein Cyberangriff die Schwelle zum

bewaffneten Konflikt überschreite. Es ist der erste Krieg in Europa, der in Echtzeit von einer globalen Öffentlichkeit in den Medien beobachtet wird. Zum Einsatz kommen in dem Informationskrieg (siehe Text Seite 8) unzählige Handyvideos, deren Echtheit nur schwer verifiziert werden kann. Auch weil der ukrainische Premier Selenskiy das Internet und die Sozialen Medien geschickt zur Mobilisierung der eigenen Bürger, aber auch von Menschen und Entscheidungsträgern in anderen Ländern nutzt, ist die digitale Infrastruktur der Ukraine in den Fokus Russlands gerückt.

Kampf an der Tastatur Unterstützung bei der Abwehr von Attacken über Schadsoftware bekam die ukrainische Regierung zuletzt von Microsoft. Nach Berichten der New York Times machte der Softwarekonzern die Attacke über das Malware-Paket „FoxBlade“ öffentlich und half, dieses auszuschalten. Angegriffen wurden aber nicht nur staatliche Webseiten, sondern auch die Facebook-Konten öffentlicher Personen, darunter hochrangiger Militärvertreter und Politiker in der Ukraine, teilte der Facebook-Mutterkonzern Meta mit. In Russland ist der Zugriff auf Facebook seit Ende Februar eingeschränkt. So werden etwa Bil-



Hacks wie etwa der auf das ukrainische Verteidigungsministerium führten dazu, dass sich die Kommunikation in Social-Media-Kanäle verlagert.

©picture alliance / NurPhoto | Beata Zawrzel

der nicht mehr geladen, nachdem sich der Konzern geweigert hatte, seine unabhängige Faktenprüfung von Nachrichten russischer Medien auszusetzen. Vergangenen Freitag mehrten sich Meldungen, dass die Plattform gar nicht mehr aufrufen sei. Auch auf ukrainischer Seite spielt der Kampf an der Tastatur eine Rolle: Zwei Tage nach der Invasion rief der ukrainische Vize-Premiers Fedorov dazu auf, sich als

Freiwillige in einer „IT-Armee“ an der Cyberverteidigung des Landes zu beteiligen. Das rief einen weiteren Akteur aufs Tapet: Auf Twitter erklärte das internationale Hacker-Kollektiv Anonymous, bekannt durch sein Erkennungszeichen der weißen Guy-Fawkes-Maske, dem Kreml am Tag nach der Invasion den „Cyberkrieg“ und bekam dafür von vielen Seiten Beifall. Die Gruppe versteht sich als Zusammenschluss von Pri-

vatpersonen, die für Meinungsfreiheit im Netz eintreten. Anonymous zielte mit seinen Angriffen auf die Kommunikation russischer Regierungsseiten ab, die sich zeitweise nicht mehr aufrufen ließen, darunter der Internetauftritt des Kremls, der Regierung und des Verteidigungsministeriums. Die Gruppe meldete eine Reihe weiterer Angriffe auf Medien wie Russia Today oder die staatliche Nachrichtenagentur Tass, Banken und den Energiekonzern Gazprom. Sicherheitsforscher und Digitalpolitiker raten deutschen „Hacktivisten“ dringend davon ab, sich an Hacking-Aktionen zu beteiligen, da diese rechtlich problematisch seien und zu unkontrollierbaren Eskalationen führen können.

Sorge vor Angriffen Schätzungen zufolge sollen auf russischer und ukrainischer Seite etwa 30 Hackergruppen aktiv sein. Derzeit entscheidend seien jedoch die konventionell militärischen Fähigkeiten der Konfliktparteien, nicht die im Cyberraum, sagte der stellvertretende Forschungsgruppenleiter Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wuszenschaft und Politik, Matthias Schulze vergangene Woche in einer Video-Pressekonferenz. Dennoch zeigen sich angesichts der nun wirkenden Sanktionen (siehe Text

Seite 5) auch deutsche Sicherheitsbehörden vor Angriffen auf Behörden und Unternehmen besorgt. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gab Ende Februar eine Meldung der zweithöchsten Warnstufe „orange“, also „geschäftskritisch“, heraus, stärkte kurzfristig Eigenschutz und Krisenreaktion und aktivierte das Nationale IT-Krisenreaktionszentrum. Von einer „erhöhten Gefährdung“ sprach auch Innenministerin Nancy Faeser (SPD). Der Branchenverband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche Bitkom mahnte eine „größtmögliche Wachsamkeit aller Unternehmen, Organisationen und staatlichen Stellen“ an. Einen Eindruck davon, wie schnell ein Vorfall internationale Auswirkungen haben kann, vermittelte bereits der erste Kriegstag: Der US-Anbieter für satellitenbasiertes Internet, Viasat, meldete Ausfälle in der Fernsteuerung für Windkraftanlagen in Zentraleuropa und sprach von einem Cyberangriff. Betroffen davon waren tausende Anlagen, auch solche des deutschen Windradherstellers Enercon. Die Windräder funktionieren auch ohne Internet und erzeugen weiter Strom, waren aber für eine Überwachung und Steuerung aus der Ferne nicht mehr erreichbar. Lisa Brübler

Offene Arme

FLÜCHTLINGE Hunderttausende sind bereits aus der Ukraine geflohen; am Ende könnten es mehrere Millionen sein. Die EU will sie – in ungewohnter Einigkeit – unbürokratisch aufnehmen

Die ersten Flüchtlinge kamen kurz nach Kriegsbeginn in Berlin an. Es waren Ukrainer, aber auch so genannte Drittstaater, also Menschen, die bis zuletzt in der Ukraine lebten, ohne deren Staatsbürger zu sein. Sie fanden im Ankunftscenter von Reinickendorf (siehe auch Seite 12) ebenfalls eine erste Zuflucht. „Wir richten uns auf mindestens 20.000 Menschen ein, die wir hier in Berlin unterbringen müssen“, sagte die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) ein paar Tage später. Manches erinnert an das Jahr 2015, als zunächst wenige und dann immer mehr Menschen vor allem aus Syrien, dem Irak und Afghanistan nach Deutschland kamen und damit auslösten, was bald als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wurde. Stand seinerzeit eine Weile der Münchner Hauptbahnhof im Zentrum, so ist es heute der in Berlin. Allerdings sind die Unterschiede zwischen der damaligen Situation und der heutigen deutlich – auch wenn es jedes Mal um Schutzsuchende geht.

Sehr viel näher Ein Unterschied besteht darin, dass die Ukraine geographisch sehr viel näher an Deutschland liegt als der Mittlere Osten; zwischen Görlitz in Ostachsen und Lwiv in der Westukraine liegen gerade mal 750 Kilometer. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die sprichwörtlichen jungen Männer im Treck der Flüchtlinge diesmal fehlen, weil Männer

im wehrfähigen Alter bis zuletzt von ukrainischen Sicherheitskräften an der Ausreise gehindert wurden. Sie sollen sich an der Verteidigung des Landes gegen den russischen Angriff beteiligen.

Weitaus willkommener Ein dritter Unterschied sticht ebenfalls ins Auge. Die ukrainischen Flüchtlinge sind in Deutschland weitaus willkommener, als es Syrer, Iraker und Afghanen waren und sind; 91 Prozent der Bürger sind einer aktuellen Umfrage zufolge für ihre Aufnahme. Das hat neben der Nähe der schrecklichen Ereignisse vermutlich auch damit zu tun, dass Ukrainer überwiegend Christen sind und damit auslösten, was bald als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wurde. Stand seinerzeit eine Weile der Münchner Hauptbahnhof im Zentrum, so ist es heute der in Berlin. Allerdings sind die Unterschiede zwischen der damaligen Situation und der heutigen deutlich – auch wenn es jedes Mal um Schutzsuchende geht.

So haben sich die Innenminister der Europäischen Union wenige Tage nach Kriegsbeginn einmütig darauf verständigt, die ankommenden Ukrainer und die besagten Drittstaater samt und sonders als Kriegsflüchtlinge einzustufen – und zwar zunächst für maximal drei Jahre. Das – und dies ist der Sinn der Sache – macht den bü-



Aus der Ukraine geflüchtete Frauen am vergangenen Freitag in einer zur Notunterkunft umfunktionierten Turnhalle im ungarischen Zahony

© picture-alliance/dpa/Marton Monus

rokratischen Umgang mit ihnen deutlich leichter.

Die Flüchtenden müssen keine Asylanträge stellen, deren Bearbeitung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) lange dauern könnte; der Status der Menschen ist vielmehr praktisch in dem Moment geklärt, in dem sie nachweisen können, dass sie tatsächlich aus der Ukraine kommen. Da die Betroffenen vielfach über biometrische Pässe verfügen, ist der Nachweis einfach – einfacher, als er es bei Syrern, Irakern und Afghanen war, die nicht selten gar keine Papiere hatten. Mit Sicherheitsproblemen wird bisher nicht gerechnet. Entsprechend dürften die Sicherheitsbehörden keine Bedenken äußern.

Klar ist ferner, dass die Flüchtlinge ihren Wohnort in Deutschland zwar nicht frei wählen können, sondern auf die 16 Bundesländer verteilt werden. Dabei müssen sie aber nicht zwangsläufig in Erst- und Sammelunterkünfte gehen, wenn sie nicht wollen, sondern können stattdessen zum Beispiel zu Freunden oder Verwandten ziehen, wenn sie in Deutschland welche haben. So unwahrscheinlich ist das nicht. Bisher lebten rund 155.000 ukrainische Staatsangehörige in Deutschland, die Zahl der Men-

der nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel und damit gemessen an deren Größe verteilt werden. Dabei müssen sie aber nicht zwangsläufig in Erst- und Sammelunterkünfte gehen, wenn sie nicht wollen, sondern können stattdessen zum Beispiel zu Freunden oder Verwandten ziehen, wenn sie in Deutschland welche haben. So unwahrscheinlich ist das nicht. Bisher lebten rund 155.000 ukrainische Staatsangehörige in Deutschland, die Zahl der Men-

schen mit ukrainischem Migrationshintergrund ist ungleich größer. Erst- und Sammelunterkünfte werden für ukrainische Flüchtlinge erst dann ein Thema, wenn an anderen Orten kein Wohnraum zur Verfügung steht – und wenn die Länder dort Plätze anbieten können. Das ist nicht immer so.

Impfquote Dabei tut sich noch ein Problem am Rande auf, nämlich die im Vergleich mit Deutschland deutlich niedrigere Impfquote der Menschen in der Ukraine. An diesem Montag soll das Thema auf der Gesundheitsministerkonferenz diskutiert werden. Berlins Gesundheitsministerin Ulrike Gode (Grüne) nannte es mit Blick auf die niedrige Impfquote in der Ukraine sehr sinnvoll, Impfkapazitäten und Impfstellen bereitzustellen. „Wir werden dieser Gruppe dann sehr zügig die Impfung ermöglichen“, sagte sie.

Fest steht schließlich, dass ukrainische Kriegsflüchtlinge Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Diese liegen unter dem Niveau der Grundsicherung für Arbeitslose oder der Sozialhilfe. Auch der Krankenversicherungsschutz ist gewährleistet. Dabei dürfen sie anders als andere Flüchtlinge mit ungeklärtem Schutzstatus jedoch sofort arbeiten. Darauf hatte unter anderem Berlin Sozialsenatorin Katja Kipping (Linke) gedrungen. Sie zitierte erste Flüchtlinge in Reinickendorf mit den Worten: „Wir wissen nicht, wann wir zurück in unsere Heimat können, wir wollen uns hier mit Arbeit einbringen. Ta-

tenlos rumzusitzen wäre für uns nicht auszuhalten.“ Dem müsse man Rechnung tragen, betonte Kipping. Ein paar Tage darauf sagte sie mit Blick auf die Gesamtsituation: „Das, was auf uns zukommt, wird enorm.“

Historische Einigung Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte unterdessen nach der Übereinkunft der EU-Innenminister, der „verbrecherische Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine verursacht schreckliches Leid. Angesichts dieses Schreckens rücken wir in Europa enger zusammen. Wir Europäerinnen und Europäer helfen gemeinsam den Kindern, Frauen und Männern, die vor dem entsetzlichen Krieg Schutz und Zuflucht suchen.“ Die erzielte Einigung nannte sie historisch. „Erstmals nehmen alle Staaten der EU gemeinsam, schnell und unbürokratisch aus dem Krieg geflüchtete Menschen auf“, so Faeser. Die einschlägige Richtlinie zur Bewältigung eines Massenzustroms, die nach den Balkan-Kriegen für einen solchen Fall geschaffen worden sei, werde erstmals angewendet. Über die Umsetzung sei sie mit den Ländern im Kontakt.

Die große offene und derzeit von niemandem zu beantwortende Frage lautet, wie viele Flüchtlinge aus der Ukraine sich auf den Weg nach Deutschland machen werden. Im Januar, also lange vor Kriegsbe-

ginn, stellten 107 Frauen und Männer aus der Ukraine einen Asylantrag in Deutschland. Bald nach Kriegsbeginn hatten sich dann zunächst 1.800 Kriegsflüchtlinge in Deutschland eingefunden, tags darauf waren es schon 3.000 – bei bis dahin 414.000 ukrainischen Flüchtlingen in Europa insgesamt, von denen zunächst 212.000 in Polen landeten. Am vorigen Donnerstag waren in Deutschland offiziell 5.000 Flüchtlinge registriert, die tatsächlichen Zahlen dürften weit höher liegen.

Schätzungen, wie viele Menschen die Ukraine am Ende des Krieges tatsächlich verlassen haben könnten, sind unterschiedlich und reichen zuletzt bis zu fünf Millionen. Immerhin leben in der Ukraine rund 40 Millionen Menschen – eigentlich.

Keine Prognose Die Zahl dürfte am Ende wesentlich davon abhängen, wie lange dieser Krieg andauert und wie viele Zerstörungen er anrichtet wird. Über all das und die Konsequenzen wollte man in Berliner Regierungskreisen in der vorigen Woche noch „keine Prognose“ abgeben. Es gilt wie seit Beginn des Krieges: Alles ist möglich, und nichts ist ausgeschlossen. **Markus Decker**

Der Autor ist Hauptstadt-Korrespondent des Redaktionsnetzwerks Deutschland. ||

»Das, was auf uns zukommt, wird enorm.«

Katja Kipping (Linke), Berliner Sozialsenatorin

»Angesichts dieses Schreckens rücken wir in Europa enger zusammen.«

Nancy Faeser (SPD), Bundesinnenministerin

Keine Tore für Russland und Belarus

SPORT Breite Unterstützung im Bundestag für sportpolitische Sanktionen

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat auch sportpolitische Konsequenzen. Die allermeisten internationalen Sportverbände haben Mannschaften aus Russland und Belarus bis auf weiteres von ihren Wettkämpfen suspendiert. Eishockey - der Lieblingssport des russischen Präsidenten Wladimir Putin und seines Amtskollegen Alexander Lukaschenko aus Belarus – findet auf Beschluss des Weltverbandes IIHF international ohne deren Nationalteams statt. Rekord-Weltmeister Russland wird also im Mai bei der WM in Finnland keinen weiteren Triumph feiern.

Auch die Fußball-WM in Katar wird ohne Russland stattfinden. Der Fußball-Weltverband FIFA hat die russische Nationalmannschaft von allen Wettbewerben ausgeschlossen. Ursprünglich sollte Russland im Playoff-Halbfinale im März gegen Polen in Moskau spielen. Kein Spiel wird es auch zwischen Spartak Moskau und RB Leipzig in der Europa League geben. Der Europäische Fußballverband UEFA hat ebenfalls eine Suspendierung für russische Vereine ausgesprochen. Leipzig rutscht so kampflös in die nächste Runde. Selbst das durchaus als russlandfreundlich einzuschätzende Internationale Olympische Komitee (IOC) empfiehlt inzwischen allen Wertsportverbänden, Sportler und Funktionäre aus Russland und aus Belarus von Wettkämpfen auszuschließen.

Das Internationale Paralympische Komitee (IPC) indes tat sich wenige Tage vor Beginn der Paralympics in Peking noch schwer mit dem Ausschluss. Ein erster Beschluss des IPC, Sportler aus Russland und aus Belarus als neutrale Athleten und unter der Paralympischen Flagge teilnehmen zu lassen, war schlussendlich unter dem Druck der internationalen Verbände – auch des Deutschen Behindertensportverbandes (DBS) – nicht zu halten.

Tina Winklmann, sportpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, unterstützt die Ausschlussentscheidung des IPC, „auch wenn es sicherlich viele Athletinnen und Athleten aus Russland und Belarus gibt, die diesen Krieg verurteilen“. Der russische Präsident Putin habe einen Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen und erneut den olympischen Frieden gebrochen, sagt sie.

Harte Konsequenzen Winklmann steht damit nicht allein. Die Nachfrage zeigt Einigkeit unter Sportpolitikern aller Fraktionen: Zwar könne der Sport nicht verantwortlich gemacht werden für die aktuelle Situation. Der Ausschluss von Russland und Belarus sei dennoch richtig. Russland habe eine Attacke „auf unsere freiheitlichen und demokratischen Grundwerte verübt“, betont Frank Ullrich (SPD), Vorsitzender des Sportausschusses. Auch die internationale Sportwelt sei aufgefor-

dert, harte Konsequenzen zu ziehen. „Die Verbände sind nun in der Pflicht, weißrussische und russische Athletinnen und Athleten bis auf weiteres von internationalen Wettbewerben auszuschließen“, sagt er.

Eine „sehr harte aber gerechtfertigte Maßnahme“ ist der Ausschluss aus Sicht von Jörn König (AfD). Putin werde so die Bühne genommen, mit dem Sport die vermeintliche Überlegenheit und nationale Stärke Russlands zu zeigen. „Das trifft Putin“, sagt König.

Für Stephan Mayer (CSU) steht fest, „dass dieser völkerrechtswidrige Krieg auch sportpolitische Konsequenzen haben muss“. Die Suspendierung durch Fifa und UEFA sowie die Empfehlung des IOC fänden daher seine volle Unterstützung.

Philipp Hartewig (FDP) erhofft sich von den Sportsanktionen eine erhöhte Aufmerksamkeit innerhalb Russlands „für den russischen Angriffskrieg“. Das Fernbleiben von russischen Sportlern und die Verlegung von internationalen Turnieren weg aus Russland seien wahrnehmbar für die russische Bevölkerung.

Andre Hahn (Die Linke) hält zwar grundsätzlich nichts von sportlichen Boykotten. Allerdings mache der „durch nichts zu rechtfertigende militärische Angriff der Ukraine durch Russland“ scharfe Sanktionen unvermeidlich. „Das betrifft in letzter Konsequenz dann auch den Sport.“ **hau**

Grenzen der Gesprächsbereitschaft

ZUSAMMENARBEIT Konstituierung der deutsch-russischen Parlamentariergruppe

Für Aufregung sorgen sie selten, die Parlamentariergruppen des Bundestages. In der 19. Wahlperiode gab es insgesamt 47 dieser interfraktionellen Zusammenschlüsse, angefangen von der deutsch-ägyptischen, über die deutsch-südasiatische bis hin zur Parlamentariergruppe Zentralafrika. Meist jenseits des Rampenlichts kümmern sich diese interfraktionellen Zusammenschlüsse um gute Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen der jeweiligen Partnerländer und Regionen und sind damit ein wichtiger Baustein der internationalen Beziehungen des Bundestages. Eine dieser Gruppen schaffte es in den vergangenen Jahren allerdings dennoch mehrfach ins Rampenlicht: die deutsch-russische Parlamentariergruppe. Sie sorgte auch ein paar Tage nach Beginn des Ukraine-Krieges schon wieder für Gesprächsstoff.

Denn der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Fraktion, Thorsten Frei, forderte die Aussetzung der deutsch-russischen Parlamentariergruppe. Angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges auf die Ukraine könne man gegenüber den Repräsentanten der russischen Führung nicht so tun, als ob nichts wäre. „Unter diesen Umständen macht ein Austausch der Parlamentarier schlicht keinen Sinn“, sagte er dem „Spiegel“. AfD-Außenpolitiker Stefan Keuter hält diese Forderungen für „falsch“. Frieden und Sicherheit erreiche man nur

im Dialog miteinander und das auf allen Ebenen. „Eine strikte Ausgrenzung der russischen Parlamentarier dürfte nicht zum Friedensprozess beitragen“, betont Keuter. Derzeit haben sich die Parlamentariergruppen noch nicht konstituiert. Die Verwaltung des Bundestages geht davon aus, dass dies in einer der kommenden Sitzungswochen im März passieren wird. Dafür müssen jedoch die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen demnächst ihre Entscheidungen treffen, also Vorsitzende und Stellvertreter benennen. Dass dies in Bezug auf die deutsch-russische Gruppe derzeit ein heikles Projekt sein könnte, ist naheliegend. Darauf deutet auch hin, dass es schwierig ist, genauere Informationen aus den Fraktionen dazu zu bekommen.

Kritik an Chefposten Bereits in den Tagen vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine gab es Kritik daran, dass die AfD-Fraktion erneut den Chefposten der Parlamentariergruppe übernehmen soll. Dies sei schon in der vergangenen Wahlperiode problematisch gewesen, sagt etwa FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai. Ralf Stegner (SPD) verweist darauf, dass es keine Verpflichtung zur Wahl eines bestimmten Vorsitzenden gebe. „Wir werden uns die Kandidaten sehr genau anschauen“, sagt er und betont, dass es bei den Parlamentariergrup-

pen darum gehe, Beziehungen zu pflegen. Dies dürfe nicht durch einzelne Personalien kompromittiert werden.

Hintergrund ist die Aufregung um die deutsch-russische Parlamentariergruppe in den vergangenen Jahren. Ihr Vorsitzende aus dem Bundestag ausgeschieden, sorgte mit seinen pro-russischen und Ukraine-kritischen Positionen mehrfach für Irritationen. Eine Delegationsreise der Gruppe nach Moskau im Juni 2019 und deren Abschluss-Presskonferenz in den Räumen des Kremlin-nahen Medienunternehmens Rossija Segodnja sorgte ebenfalls für kritische Berichte. Sylvia Pantel, damals für die CDU dabei, sagte daraufhin: „Ich glaube, es kommt mehr darauf an, was wir sagen, welche Fragen gestellt werden und worauf wir frei antworten können.“

Zwar haben sich die Abgeordneten auch mit Vertretern von Opposition und Zivilgesellschaft getroffen, doch das geriet über die Raum-Frage in den Hintergrund. Die Zusammenarbeit in der Gruppe war zeitweilig gestört, auch wenn sie sich wieder zusammenraufte. Dies zeigt: Die deutsch-russische Parlamentariergruppe arbeitet zuletzt unter schwierigen Bedingungen, unter denen sie dennoch den Dialog nie abbrechen lassen wollte. Wie es nun weitergeht, ist noch offen, heißt es aus der Bundestagsverwaltung. **Claudia Heine** ||



„Banned“: Lettland hat es 2020 vorgemacht - jetzt hat die gesamte EU angesichts des Ukrainekrieges die Verbreitung des russischen Staatssender RT verboten.

© picture-alliance/Russian Look/Victor Listsyn

Im Informationskrieg

MEDIEN EU verbietet Verbreitung der russischen Staatssender RT und Sputnik - eine nicht unumstrittene Entscheidung

Am vergangenen Montag wurde der europäische Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt, seit Mittwoch ist auch der europäische Kommunikationsraum für russische Staatsmedien gesperrt. RT (früher Russia Today) und Sputnik dürfen in der EU nicht mehr verbreitet werden. Jetzt müssen die Medienregulierer in den EU-Staaten das Verbot umsetzen, das alle Verbreitungswege per Kabel, Satellit oder Internet betrifft. Allein Russia Today operiert mit einem geschätzten Etat von einer Milliarde Euro, ist in rund hundert Ländern verfügbar, hat 22 Korrespondentenbüros, beschäftigt rund tausend Journalistinnen und Journalisten.

„Kriegspropaganda“ „Außergewöhnliche Zeiten verlangen nach außergewöhnlichen Maßnahmen“, begründete EU-Kommissionsvize Vera Jourova den Schritt nach einem Gespräch mit Vertretern der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA). „Wir alle stehen für die Redefreiheit, aber sie darf nicht zur Verbreitung von Kriegspropaganda missbraucht werden. Der Kream hat Informationen zur Waffe gemacht.“ Die EU-Medienregulierer betonten, dass man geschlossen stehe und sich dazu verpflichte, zu einer schnellen Umsetzung der

Maßnahmen durch alle Beteiligten beizutragen. Die Journalistinnen und Journalisten von RT und Sputnik selbst sollen nicht daran gehindert werden, ihrer Arbeit nachzugehen, wie EU-Beamte betonten. Zudem sollen die Sanktionen gegen die Sender nur so lange andauern, „bis die Aggression gegen die Ukraine beendet ist und die Russische Föderation und ihre Medien ihre Propagandaaktionen gegen die Union und ihre Mitgliedstaaten eingestellt haben“, sagte ein EU-Beamter.

Der „Informationskrieg“ umfasst nicht nur Fernsehen, sondern auch das Netz und ihre insbesondere die Sozialen Medien. Der Verantwortliche für die Integrität von Twitter, Yoel Roth, sagte, pro Tag gebe es auf der Plattform mehr als 45.000 Tweets, die Links zu diesen Medien teilen. Jetzt unternehme man die notwendigen Schritte, „um die Verbreitung dieser Inhalte deutlich zu reduzieren“. Die Video-App Tiktok teilte mit, sie habe den Zugang russischer Staatsmedien zu ihrer Plattform in der EU eingeschränkt. Microsoft wird RT aus seinem App-Store entfernen. Ein Google-Sprecher erklärte, die Video-Plattform Youtube blockiere alle mit RT und Sputnik verbundenen Kanäle in Europa mit sofortiger Wirkung. Nun ist das Internet längst nicht so einfach zu kontrollieren wie Satelliten oder Kabel-

netze. Stoppt man an einer Stelle eine Lücke, kann sich an anderer schon eine neue aufgetan haben. Natürlich gibt es Netzsperrern, was bedeutet, dass bestimmte Domain-Adressen nicht mehr zur entsprechenden Webseite führen, obwohl diese unter ihrer IP-Adresse noch erreichbar ist. „Solche Sperremaßnahmen sind das äußerste Mittel der Netzpolitik und dürfen daher nur in absoluten Ausnahmesituationen zur Anwendung kommen“, hieß es vom Branchenverband Bitcom. Ziemlich sicher sei, so ein Sprecher des Chaos Computer Clubs, dass Russia Today mittels VPN-Diensten oder so genannter Tor-Netzwerke (mit anonymisierten Verbindungsdaten) die Sperren umgehen könnte.

Verbot ignoriert Deutsche Medienregulierer haben gegen das deutschsprachige Live-Fernsehprogramm von RT unabhängig von der EU-Entscheidung ein Zwangsgeld von 25.000 Euro angedroht, wie die Medienanstalt Berlin-Brandenburg mitteilte. Die Regulierer wollen damit erreichen, dass die RT DE Productions GmbH mit Sitz in Berlin das Live-TV-Programm von RT DE einstellt. Die Medienanstalten hatten Anfang Februar ein Sendeverbot erteilt, weil für das Programm keine Rundfunklizenz in Deutschland vorliege. Bislang ignoriert RT DE das Verbot und geht gerichtlich dagegen vor.

Wer die russische Propagandamaschine aus der Nähe kennenlernen will, muss nicht nach Moskau fliegen. Es reicht ein BVG-Ticket nach Berlin-Adlershof. Dort arbeitet RT DE Productions GmbH, 24/7 werden das Fernsehprogramm und die Homepage RT.DE hergestellt. Wer Moderator Stefan Pollak verfolgt, der muss sich an den „Schwarzen Kanal“ von Karl-Eduard von Schnitzler im DDR-Fernsehen erinnern fühlen. Im „Roten Kanal“ fallen Begriffe wie „Sonderoperationen“ oder „Militärische Operationen“, die Prädikate wie „Krieg“, „Invasion“ oder „Einmarsch“ dürfen nach den Vorgaben der russischen Medienaufsichtsbehörde Roskomnadzor von den russischen Medien nicht mehr benutzt werden.

In Berlin hat auch die staatliche russische Nachrichtenagentur Ruptly ihren Sitz. Seit dem Einmarsch der russischen Armee in der Ukraine laufen die Mitarbeiter weg. Einige beschwerten sich in einer Telefonkonferenz, dass sie die Invasion nicht als solche bezeichnen dürften, geht aus einer der Agentur Reuters vorliegenden Aufzeichnung hervor. „Einige unserer Kollegen ver-

lassen uns“, sagte Geschäftsführerin Dinara Toktosunova. Bis auf Weiteres werde der Betrieb von Ruptly so weit wie möglich aufrechterhalten. Toktosunova sagte, das Unternehmen habe Geld, um die Mitarbeiter bis zum Jahresende zu bezahlen. Sie bot ihnen an, nach Russland zu ziehen, falls es für das Unternehmen unmöglich werden sollte, in Deutschland zu arbeiten. Nach Informationen der Deutschen Journalistenunion Verdi Berlin Brandenburg ist auch RT DE von Mitarbeiterschwind durch Selbstkündigungen betroffen, wenn auch in geringerem Maße als Ruptly. Insgesamt sind beide Unternehmen von einem Mitarbeiterschwind im mittleren zweistelligen

Bericht betroffen. Nicht überall wird das Verbot von RT und Sputnik begrüßt. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (RSF) befürchtet beispielsweise, dass „die negativen Auswirkungen eines solchen Verbots auf die Berichterstattung aus Russland schwerer wiegen als die kurzfristig beabsichtigten Effekte“. Ein Verbot sei nicht zielführend. Dass es Gegenmaßnahmen der russischen Seite geben werde, habe nicht zuletzt der

Umgang mit der Deutschen Welle bewiesen, sagte RSF-Geschäftsführer Christoph Mihr. Kritik kam auch von Deniz Yücel, Präsident des deutschen PEN-Zentrums. Yücel schrieb am Tag nach der EU-Entscheidung in der „Welt“: „Wer ‚Russia Today‘ und ‚Sputnik‘ verbietet, wird künftig ein Glaubwürdigkeitsproblem bekommen, die Unterdrückung der Presse- und Meinungsfreiheit in, zum Beispiel, Russland zu kritisieren.“ Selbst wenn manche Menschen auf Russlands Propaganda hereinfließen, fragt Yücel, „besteht die Stärke liberaler Gesellschaften nicht genau darin, auch – pardon my French – allerlei Scheißdreck aushalten zu können?“

Guerrillakampf RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan sagte, der Sender werde „sicherlich andere Wege finden, um mit unserem Publikum auf andere Art und Weise und ohne direkte Ausstrahlung zu kommunizieren.“ Peter Limbourg, Intendant der Deutschen Welle, die als Reaktion auf das Sendeverbot für RT DE in Russland nicht senden darf, sagte: „Wir finden immer einen Weg, Zensur zu umgehen.“ Die Medienfreiheit in Europa wird zum Guerrillakampf.

Der Autor ist Medien-Redakteur beim „Tagesspiegel“.

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Parlament 2022

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament 2022 des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 31. März 2022
Teilnahmebedingungen unter
<http://www.bundestag.de/medienpreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Medienpreis Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: medienpreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38629



So kam es zum DW-Rauswurf in Russland

SCHWIERIGE BEZIEHUNG Deutsche Welle- Intendant Peter Limbourg kritisiert »völlige Überreaktion« Moskaus

Dem Krieg ging die mediale Offensive voraus. Im Vorfeld des Einmarsches in die Ukraine provozierte der russische Staatssender RT mit seinem deutschen Ableger die Medienaufsicht hierzulande mit dem Start eines Programmes, das aus rundfunkrechtlichen Gründen nie eine Chance auf dauerhafte Ausstrahlung hatte.

Am 16. Dezember ging RT DE von Berlin aus als Livesender online und „on air“ – nämlich über den französischen Eutelsat-Satelliten 9b. Für die Ausstrahlung eines Liveprogrammes fehlte RT DE allerdings die bundesdeutsche Lizenz. Sie war auch zunächst nicht beantragt worden. Und dies aus gutem Grund, denn reguläre Fernsehprogramme unterliegen in Deutschland der Rundfunkzulassung – und die fordert Staatsferne. TV Novosti, die Mutterorganisation von RT DE, wird allerdings aus dem russischen Staatshaushalt finanziert. Eine Lizenzierung in Deutschland war also von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Kniff, mittels einer serbischen Sendelizenz ein Schlupfloch europäischer Medien-

regulierung zu nutzen und die deutsche zu umgehen, schlug fehl. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg, die als Aufsichtsbehörde zuständig war, leitete ein Kontrollverfahren ein, weil sie den Umweg über ein Land, das noch nicht einmal der EU angehört, für illegal hielt.

Schon zu diesem Zeitpunkt schaltete sich die russische Politik von höchster Stelle aus ein. Beim Besuch von Außenministerin Annalena Baerbock in Moskau Mitte Januar bezichtigte ihr Amtskollege Sergej Lawrow Deutschland einer Blockade des russischen Senders. „Die deutsche Regierung war nicht bereit, eine Lizenz für RT Deutsch auszufertigen. Als sich RT DE an andere Länder wandte, hat Berlin alles unternommen, damit diese Entscheidung – und die fordert Staatsferne. TV Novosti, die Mutterorganisation von RT DE, wird allerdings aus dem russischen Staatshaushalt finanziert. Eine Lizenzierung in Deutschland war also von vornherein zum Scheitern verurteilt.“

RT und sein deutscher Ableger behaupten nicht einmal, unabhängig zu arbeiten.

auch in anderen Hauptstädten gefällt wird“, sagte er in Bezug auf die Weigerung unter anderem Luxemburgs, eine Lizenzierung vorzunehmen, weil eben Deutschland zuständig sei. Seine unterschwellige Behauptung, die Bundesregierung könne eine Lizenz ausstellen, war falsch, passte jedoch zum Tenor, dass in

Deutschland die Pressefreiheit mit Füßen getreten werde. Bei der Pressekonferenz der beiden Außenminister trat eine russische Journalistin, Margo Zvereva, auf, die behauptete, russische Journalisten in Deutschland seien „massivem Druck und massiver Diskriminierung ausgesetzt“. Wenige Tage nach der Pressekonferenz von Baerbock und Lawrow kam es, wie es nach deutschem Medienrecht auch kommen musste. Anfang Februar untersagte die gemeinsame Zulassungskommission aller 14 deutschen Medienanstalten den Betrieb und die Ausstrahlung des Fernsehprogramms von RT DE, weil dem Sender die „erforderliche medienrechtliche Zulassung“ fehle.

Höchste Ebene Die russische Reaktion kam prompt. Und von höchster Ebene. Das Außenministerium in Moskau schaltete sich ein und erklärte, die Entscheidung der deutschen Medienaufsicht lasse „keine andere Wahl als Vergeltungsmaßnahmen gegen in Russland akkreditierte deutsche Medien zu ergreifen“. Dass sich für eine solche „Vergeltung“ besonders gut die Deutsche Welle (DW) eignen würde, lag auf der Hand. Würde ein Vorgehen gegen die DW doch der russischen Führung und dem russischen Staatsfernsehen Gelegenheit geben, zwei mit Staatsgeldern finanzierte Sender gegenein-

ander aufzuwiegen und eine Gleichartigkeit zu behaupten, die nicht gegeben ist. Die Deutsche Welle wird zwar hauptsächlich aus dem Bundeshaushalt finanziert, jedoch ist der Intendant allein dem Rundfunkrat des Senders rechenschaftspflichtig. Die Berichterstattung der DW unterliegt journalistischen Kriterien. RT, 2005 unter dem Namen Russia Today gegründet, und sein deutscher Ableger behaupten hingegen nicht einmal selbst, unabhängig zu arbeiten.

Am 3. Februar verfügte das russische Außenministerium ein Sendeverbot für die Deutsche Welle, die Schließung des DW-Korrespondentenbüros in Moskau und den Entzug der Akkreditierungen für ihre Journalisten. Intendant Peter Limbourg nannte die Entscheidung „in keiner Weise nachvollziehbar und eine völlige Überreaktion“ und kündigte im Gegenzug eine verstärkte Online-Berichterstattung auf Russisch an. RT DE selbst sendete online weiter. Die Produktionsfirma klagte vor dem Verwaltungsgericht Berlin, allerdings ohne zunächst einen Eilantrag zu stellen. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg verwies auf den Rechtsweg und unterband die Weiterausstrahlung deshalb erst einmal nicht.

Brigitte Baetz

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin für den „Deutschlandfunk“.

»Wir geben nicht auf«

INTERVIEW Der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andrij Melnyk, über den Überlebenskampf seines Landes, Versäumnisse der Bundesregierung und die Notwendigkeit von neuen Vermittlungsgesprächen

Herr Botschafter, gestatten Sie mir zu Beginn eine persönliche Frage? Wie geht es Ihnen und Ihren Angehörigen und Freunden in der Ukraine in diesen dramatischen Tagen?

Wir arbeiten hier in Berlin nahezu 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, fast ohne Schlaf und ohne Essen. Bis zuletzt wollten wir alle nicht daran glauben, dass das schrecklichste der anzunehmenden Szenarien tatsächlich eintritt. In meinen schlimmsten Alpträumen hätte ich mir dieses Inferno nicht vorstellen können, auch in Bezug auf das Schicksal meiner Familie. Militärische Objekte spielen eine zweitrangige Rolle in diesem Angriffskrieg. Putin will die Menschen verjagen und töten. Auf Todeslisten steht unser Präsident Wolodymyr Selenskyj ganz oben.

Wo ist Ihre Familie jetzt?

Nach wie vor in Kiew und Lwiw. Auch fast alle meine Freunde sind in Kiew geblieben. Sie sind bereit, unsere Hauptstadt zu verteidigen, für das Überleben unserer Heimat, unseres Staates zu kämpfen. Dazu gibt es auch keine Alternative. Wer glaubt, dass es jetzt besser wäre zu kapitulieren oder die Bedingungen von Wladimir Putin anzunehmen, verkennt, was dann auf die Menschen zukommt.

Der große Mut und der Kampfgeist der Zivilbevölkerung sorgen weltweit für Bewunderung. Kann der erbitterte Widerstand der Menschen einen Unterschied machen im Kampf gegen die militärische Übermacht Russlands?

Das ist eine unserer größten Hoffnungen. Wir haben gesehen, wie Menschen sich vor die russischen Panzer gestellt und dabei ihr Leben riskiert haben. Das ist eine starke Botschaft. Der Blitzkrieg, den Putin wollte, ist heute schon größtenteils gescheitert. Es haben sich außerdem mehr als 100.000 Freiwillige gemeldet, die jetzt die Armee unterstützen. Die ersten Waffenlieferungen aus dem Ausland kommen an. Die Lage bleibt sehr schwierig, aber sie ist nicht aussichtslos. Je länger der Krieg dauert, desto mehr Chancen haben wir.

Hätte diese Eskalation Ihrer Ansicht nach verhindert werden können?

Uns war seit Jahren klar, dass Putin die Ukraine von der Karte löschen will. Daher war der Krieg vielleicht nicht zu verhindern. Aber der Westen hätte den Preis erhöhen können. Die Sanktionen, die er nach der Krim-Annexion 2014 und dem Beginn des Krieges in der Ostukraine gegen Russland verhängt hat, waren viel zu milde, um Putin von weiteren, schweren Völkerrechtsverletzungen abzuhalten. Auch unsere Freunde in Deutschland haben übersehen, dass man diese Völkerrechtsbrüche nicht einseitig verurteilen und andererseits die Normalität in den Beziehungen zu Russland weitgehend aufrechterhalten kann.

Die Bundesregierung hat es zudem lange abgelehnt, Waffen an die Ukraine zu liefern. Sie haben ihr deshalb „Versä-

gen“ und „Heuchelei“ vorgeworfen. Das sind für einen Botschafter ungewöhnlich scharfe Töne gegenüber der Regierung des Gastlandes.

Ganz bestimmt, aber ich war überzeugt, dass die Deutschen irgendwann einlenken würden. Unser Wunsch war und ist rechtlich legitim und moralisch geboten. Wir haben schon seit der Krim-Annexion darauf gedrängt, uns Defensivwaffen zur Verfügung zu stellen, um eine abschreckende Wirkung zu erzeugen. Es macht mich fassungslos, dass das so lange nicht geschehen ist. Uns wurde unterstellt, den Donbass oder die Krim zurückerobern zu wollen. Mir warf man Alarmismus vor und die Absicht, den Ruf Deutschlands als Friedensmacht beschädigen zu wollen. Die Folge dieser jahrelangen Verweigerungspolitik ist, dass unsere Städte jetzt nahezu ungeschützt den Angriffen der Russen ausgesetzt sind und viele Zivilisten sterben müssen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat am 27. Februar im Bundestag einen radikalen Kurswechsel verkündet. Die Bundesregierung unterstützt jetzt die harten Sanktionen gegen Russland und hat auch schon erste Waffen in die Ukraine geliefert. Trotzdem wirken Sie noch sehr wütend. Warum?

Deutschland hat seit der Maidan-Revolution in der Ukraine 2013/14 viel getan für die Stärkung der Zivilgesellschaft und unsere Wirtschaft. Das kann man nicht hoch genug bewerten. Aber was bedeutet die angekündigte „Zeitenwende“ konkret für uns? Was unternimmt die Bundesregierung, um die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine zu stärken? Darüber herrscht nach wie vor keine Klarheit und es bleibt schwer, über diese Fragen im politischen Berlin zu sprechen. Wir haben der Bundesregierung vor fast einem Monat eine Auflistung geschickt, welche Waffen wir brauchen. Diese Liste aktualisieren wir gerade. Die Reaktionen darauf sind verhalten. Die Bundeswehr kann aber mehr leisten als das, was uns bereits geliefert und zugesagt wurde.

Wie erklären Sie sich diese anhaltende Zurückhaltung?

Leider zeigen mir alle Gespräche, die ich hier in Berlin führe, dass eine ungeheure



Andrij Melnyk

„Militärische Ziele spielen eine untergeordnete Rolle bei diesem Angriffskrieg. Putin will die Menschen verjagen und töten.“

Andrij Melnyk

Resignation herrscht. Überall wird uns Solidarität zugesichert, die Anteilnahme ist groß. Aber es scheint, man hat uns aufgegeben. Wenn wir gegen Putins Armee ohnehin nicht bestehen können, warum soll man uns dann noch mehr Waffen liefern? Das ist eine traurige und sehr zynische Sichtweise.

Sie sind auch unzufrieden mit den Sanktionen gegen Russland. Welche Strafmaßnahmen fordern Sie noch?

Beim Ausschluss Russlands aus dem Zahlungssystem Swift werden die größten Institute wie die Sberbank oder Gazprombank bisher verschont. Die Gründe können wir nicht nachvollziehen. Wenn der Westen endlich mit harten Bandagen reagiert, darf er keine Schlupflöcher zulassen! Alle Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, alle Finanzströme, vor allem im Energiebereich, gestoppt werden. Wenn wir die Finanzierung der russischen Kriegsmaschinerie bremsen, gewinnen wir Zeit. Deshalb fordern wir auch einen Importstopp für russische Rohstoffe und wollen, dass deutsche Unternehmen ihre Geschäftsbeziehungen mit Russland zumindest einfrieren. Einige haben das schon getan, aber die einflussreichen Wirtschaftsverbände, mit denen ich Gespräche geführt habe, reagieren bisher sehr verhalten.

Ein Argument gegen noch härtere Sanktionen ist, dass die russische Zivilbevölkerung nicht über die Mafle getroffen werden soll. Außerdem sollen im Falle ei-

ner weiteren Eskalation noch Druckmittel übrig bleiben. Warum sollte der Westen jetzt alle Trümpfe aus der Hand geben?

Es heißt immer, wir wollen die russische Bevölkerung nicht treffen. Wie aber soll sie ohne Meinungsfreiheit, ohne unabhängigen Medien, erfahren, dass etwas schief läuft? Dass in ihrer Nachbarschaft Städte platt gemacht werden? Das spüren die Menschen nur, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder kein Gehalt mehr abheben können. Wir müssen jetzt alle Mittel einsetzen, denn was soll noch Schlimmeres passieren? Hier wird mit zum Teil scheinheiligen Argumenten genau die Politik fortgesetzt, die zu diesem Inferno geführt hat. Da hilft die bloße Ankündigung einer Zeitenwende wenig.

Präsident Selenskyj hat in seiner Videoansprache vor dem Europäischen Parlament die Bitte wiederholt, sein Land schnell in die EU aufzunehmen. Was soll das in der aktuellen Situation bringen? Laut den Europäischen Verträgen dauern die Beitrittsverhandlungen Jahre.

Es geht um ein Signal der Hoffnung und Zuversicht für die Menschen in unserem Land und für die Hunderttausenden, die fliehen mussten. Die EU kann so ein Zeichen setzen, dass sie die Ukraine nicht aufgibt, selbst wenn es Putin gelingen sollte, Teile des Landes zu erobern. Gerade jetzt ist es wichtig, den Kampf der Ukrainer für ihre Freiheit und die europäischen Werte zu unterstützen.

Sehen Sie nicht die Gefahr, dass eine Beitrittsdebatte zu diesem Zeitpunkt die Aufnahme von Friedensgesprächen zwischen beiden Seiten gefährden kann?

Putin braucht keine Provokationen, um zu eskalieren. Er will diesen Krieg, die Vernichtung der Ukrainer, so oder so. Die EU ist für uns schon seit Jahren der wichtigste Handelspartner, wir sind eng verbunden. Der Beitritt steht in unserer Verfassung, ich selbst habe 2014 einen Masterplan mit auf den Weg gebracht, in dem es um die Angleichung der Rechtsvorschriften, um Justizreformen und vieles mehr geht. Wir wissen, dass wir nach den Kopenhagener Kriterien streng beurteilt werden. Aber wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Viele Menschen in Europa haben Angst, dass Putin seine Drohung einer nuklearen Eskalation wahr machen könnte und der Konflikt auf andere europäische Staaten oder gar die ganze Welt übergreift. Russland ist die größte Atommacht der Welt. Womit müssen wir noch rechnen?

Wir müssen alle Drohungen ernst nehmen. Putin ist in der Lage, sie umzusetzen. Mich wundert es daher, dass es praktisch keine Vermittlungsversuche seitens des Westens mehr gibt. Eine Ausnahme ist Frankreichs Präsident Macron, der bisher aber keinen Erfolg hatte. Doch das darf nicht dazu führen, in den Bemühungen nachzulassen. Wir Ukrainer haben keinen Draht zu Putin, aber Deutsche wie Schröder und andere schon. Wo sind die jetzt?

ZUR PERSON

Andrij Melnyk, geboren 1975 in Lwiw (Lemberg), ist seit Dezember 2014 Botschafter der Ukraine in Deutschland. Zuvor war der Jurist einige Monate als stellvertretender Minister des Ministerkabinetts der Ukraine für die europäische Integration zuständig. Neben weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine appelliert Melnyk an die Bundesregierung, einen Versorgungskorridor aus Deutschland zu schaffen, um die Menschen in der Ukraine stetig mit Kraftstoff, Lebensmitteln und Medikamenten beliefern zu können.

Sie meinen unseren Ex-Kanzler Gerhard Schröder, der jetzt Aufsichtsratschef mehrerer russischer Staatskonzerne und bekennender Putin-Freund ist.

Ja, Schröder und all die anderen, die immer gesagt haben, wie wichtig ein enges, vertrauensvolles Verhältnis zu Russland ist. Was hat denn diese Russlandpolitik, was hat „Wandel durch Handel“ gebracht, wenn nun eine solche Sprachlosigkeit herrscht? Wo sind all die Leute, die sich wegen ihrer guten Beziehungen zu Russland und zu Putin selbst gerühmt haben? Die sind plötzlich sehr still geworden.

Wie könnte denn aus Ihrer Sicht eine Verhandlungslösung zur Beilegung des Konflikts aussehen? Sehen Sie einen Weg, der aus diesem Krieg herausführen kann?

Zuallererst muss es eine Waffenpause geben. Die Toten müssen geborgen und die Verletzten versorgt werden, wir brauchen einen Gefangenen austausch. Während wir reden, werden weiter Städte bombardiert und Zivilisten getötet. Da fällt es mir wirklich schwer, darüber nachzudenken, was Putin abhalten könnte.

Putin verlangt unter anderem eine „Entnazifizierung“. Immer wieder behauptet er, dass in der ukrainischen Regierung Nazis sitzen, die das Volk unterdrücken und den russischen Teil der Bevölkerung ermorden.

Tja, wie sollen wir damit umgehen? Ich weiß nicht, was er damit meint. Wir haben eine große jüdische Gemeinde, unser Präsident ist jüdisch und spricht zu Hause Russisch. Putin stellt unerfüllbare Forderungen, die lediglich einen Vorwand für diesen Krieg liefern sollen und nichts mit der Realität zu tun haben. Mir scheint, deshalb weiß auch niemand so recht, was jetzt zu tun ist. Deshalb gibt es auch keine neuen Vermittlungsinitiativen. Wir haben die Bundesregierung gefragt, ob sie vorhat, einen neuen Versuch als Vermittler im Normdaten-Format zu starten. Die Antwort war: Nein. Die Ratlosigkeit ist groß.

Auf welche Szenarien stellt sich die Regierung in Kiew nun in den kommenden Wochen und Monaten ein?

Putin wird nicht nachlassen in seinem Bestreben, die gesamte Ukraine kurzfristig zu besetzen oder zumindest zu zerstören. Das ist ein sehr wahrscheinliches Szenario, wenn wir nicht endlich mehr Hilfe bekommen. Wir brauchen eine Jahrhundert-Kraftanstrengung zusammen mit EU und Nato. Dabei schätzen wir die große Hilfsbereitschaft in Deutschland und Polen gegenüber den Geflüchteten sehr. Aber genauso wichtig ist es, der überwiegenden Mehrheit der Menschen, die in der Ukraine bleiben, eine Lebenschance zu geben. Nur wenige halten es für möglich, dass wir gegen das übermächtige Militär von Putin bestehen. Aber wir geben nicht auf, wir kämpfen weiter.

Das Gespräch führte Johanna Metz.



#VORORTWENDE

Wir meistern die Energiewende, Kommunal, praxisnah und innovativ.

Mit Wasserstoff Gasnetze klimaneutral machen, mit digitalen Lösungen ganze Kommunen smart gestalten, mit Müllheizkraftwerken Wasserstoff gewinnen – das und vieles mehr machen innovative Energiewende-Projekte deutschlandweit möglich.

Wasserstoffversorgung der Zukunft

Das Projekt MH2Regio liefert ein umfassendes Konzept für eine regional organisierte Wasserstoffversorgungsinfrastruktur, die beispielsweise von lokalen Verkehrsteilnehmer:innen genutzt werden kann. Für die Erzeugung des Wasserstoffs könnte grüner Strom aus einem lokalen Müllheizkraftwerk genutzt werden, der ganzjährig mit hoher Verfügbarkeit bereitgestellt wird. Langfristig soll MH2Regio als Blaupause für andere Städte und Metropolregionen dienen und dort die Entwicklung einer regionalen Wasserstoff-Wertschöpfungskette fördern.

Erfahren Sie mehr unter: thuega.de/vorortwende



Mit der Impfpflicht in Pflegeheimen und Krankenhäusern sollen die besonders gefährdeten Menschen vor dem Coronavirus systematisch geschützt werden.

© picture-alliance/dpa/Bernd Weißbrod

Reform mit Risiko

CORONA-PANDEMIE Länder bereiten Impfpflicht in Gesundheitseinrichtungen vor

Kurz vor Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht arbeiten die Länder an konkreten Lösungsweegen für die praktische Umsetzung. Berlin und Bayern etwa zeigten sich vergangene Woche zuversichtlich, was den Vollzug ab Mitte März angeht. Insbesondere aus Bayern hatte es heftige Kritik am Bund gegeben, der die Umsetzung nicht eindeutig geregelt und viele Fragen offen gelassen habe. Nach einer kontroversen Debatte hatte der Bundestag im Dezember 2021 den Gesetzentwurf (20/250) von SPD, Grünen und FDP zur Stärkung der Impfprävention beschlossen. In bestimmten Einrichtungen muss das Personal künftig geimpft oder genesen sein oder ein ärztliches Zeugnis über das Bestehen einer Kontraindikation gegen eine Covid-19-Impfung vorweisen. Die Neuregelung gilt unter anderem für Krankenhäuser, Pflegeheime oder Arztpraxen.

Nachweise Für bestehende Tätigkeiten ist die Vorlagepflicht bis zum 15. März 2022 zu erfüllen. Neue Arbeitsverhältnisse können ab dem 16. März 2022 in diesen Einrichtungen nur bei Vorlage eines entsprechenden Nachweises eingegangen werden. Bei Zweifeln an der Echtheit des Nachweises

es kann das Gesundheitsamt Ermittlungen einleiten und einer Person, die keinen Nachweis vorlegt, die Tätigkeit in einer solchen Einrichtung oder einem Unternehmen untersagen. Die AfD-Fraktion lehnt die sektorale Impfpflicht ab und begründet das in einem Antrag (20/699) auch mit dem drohenden Fachkräftemangel. Mit der Neuregelung können Fachverbände wie der Deutsche Pflegerat warnen auch unabhängig von der Impfpflicht vor einem wachsenden Fachkräftemangel in der Pflege (siehe Interview unten).

Stufenregelung Nach Aussage des bayerischen Gesundheitsministers Klaus Holetschek (CSU) soll die sektorale Impfpflicht schrittweise umgesetzt werden. Bayern wolle eine pragmatische Umsetzung „mit Augenmaß“. So sind Betretungsverbot für Beschäftigte, die sich nicht impfen lassen wollen, erst ab dem Sommer vorgesehen. Zwar habe das Bundesgesundheitsministerium (BMG) sei-

ne „Handreichung“ mehrfach überarbeitet. Mehrere Fragen seien aber weiter offen. Bayern wolle diese Lücken nun selbst füllen.

Beratung So wird die Impfpflicht in einem gestuften Verfahren umgesetzt. Die Gesundheitsämter sollen den Betroffenen eine Impfberatung anbieten und die Chance geben, ihre Entscheidung zu überdenken. Möglichst viele Ungeimpfte sollen überzeugt werden. Nur in letzter Konsequenz soll dann ein Betretungsverbot ausgesprochen werden unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit.

Auch die Berliner Gesundheitsministerin Ulrike Gote (Grüne) kündigte laut RBB eine stufenweise Umsetzung der sektoralen Impfpflicht an. Mit Bußgeldverfahren oder Betretungsverboten für Ungeimpfte ist demnach vorerst nicht zu rechnen. Die Versorgungssicherheit soll auf keinen Fall gefährdet werden.

Neuer Impfstoff Zur neuerlichen Belegung der Corona-Impfkampagne soll der

neue, konventionelle Impfstoff von Novavax beitragen, der unter Impfskeptikern offenbar eher akzeptiert wird als die mRNA-Impfstoffe. Nach Angaben des BMG erhält Deutschland in diesem Jahr bis zu 34 Millionen Impfstoffdosen der US-Pharmafirma Novavax. Deren Covid-19-Impfstoff Nuvaxovid wurde nach Angaben des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) im Dezember 2021 in Europa zugelassen und steht nun zur Verfügung. Es handele sich um den ersten proteinbasierten Covid-19-Impfstoff, der in Europa zum Einsatz komme. Der Totimpfstoff enthält ein modifiziertes Spike-Protein des Coronavirus und einen Wirkverstärker. Für eine Grundimmunisierung sind zwei Impfungen erforderlich. Die Ständige Impfkommission (Stiko) empfiehlt den Impfstoff für Personen ab 18 Jahren.

Lockerungen Unterdessen gehen Virologen davon aus, dass die Omikron-Welle kontrollierbar ist. Die Gesundheitsministerkonferenz (MPK) hatte sich Mitte Februar auf schrittweise Lockerungen verständigt. Demnach gibt es seit Freitag in der Gastronomie und bei Übernachtungen die 3G-Regel (geimpft, genesen oder getestet). Seit Donnerstag werden laut BMG außerdem Länder, in denen die Omikron-Vari-

ante vorherrscht, als Hochrisikogebiete gestrichen. Mit Inkrafttreten der „Dritten Änderungsverordnung der Coronavirus-Einreiseverordnung“ gelten demnach keine Staaten oder Regionen mehr als Hochrisikogebiete, zuvor waren es nach einer Liste des Robert-Koch-Instituts (RKI) 62. Die Neuregelung erleichtert Einreisen.

In einer Sondersitzung des Gesundheitsausschusses in der vergangenen Woche äußerte sich Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) verhalten über den weiteren Verlauf der Pandemie. Die Neuinfektionen gingen langsamer zurück, als sie sich in der Omikron-Welle aufgebaut hätten. Die Impflücke müsse geschlossen werden. Es sei inakzeptabel, 200 Corona-Tote pro Tag hinzunehmen. Nach Angaben des Ministers deutet sich an, dass auch der Novavax-Impfstoff die Impflücke nicht schließen kann. Er warb daher erneut für die allgemeine Impfpflicht.

Lauterbach ging auch auf die in Großbritannien registrierte sogenannte Deltakron-Variante ein, eine Kombination aus den Mutanten Delta und Omikron. Dies belege, dass es rekombinierte Coronaviren gebe. Mit weiteren Rekombinationsvarianten sei zu rechnen. Welche Auswirkungen das auf den kommenden Herbst habe, sei noch unklar. *Claus Peter Kosfeld*

Möglichst viele noch ungeimpfte Mitarbeiter sollen überzeugt werden.

»Da kommt eine Katastrophe auf uns zu«

PFLEGE Die Präsidentin des Deutschen Pflegerats warnt vor einer Verschärfung des Fachkräftemangels in ihrer Branche

Frau Vogler, Pflegefachkräfte werden dringend gesucht. Warum ist der Markt so in Schiefelage?

Zum einen schlägt die demografische Entwicklung jetzt massiv durch. Das geht auch an der Pflege nicht vorbei. Zum anderen sind die Arbeitsbedingungen in der Pflege schlecht. Pflege ist in der Vergangenheit als reiner Kostenfaktor definiert worden. Entsprechend haben die Kostenträger nach Sparmöglichkeiten gekuckt. Statt Qualität und Personal zu definieren, sind viele Pflegestellen abgebaut worden. Durch fehlende Bedarfsbemessungsinstrumente sind Minimalbesetzungen üblich. Zudem bleibt die Pflege weit unter ihren Möglichkeiten durch den ärztlichen Vorbehalt. Pflegekräfte können über Details der Versorgung nicht ohne Arzt entscheiden, obwohl das eigentlich in ihrer fachlichen Kompetenz liegt. Deswegen fordern wir die Heilkundeübertragung, also die Möglichkeit, dass wir in der Pflege auch diagnostisch und therapeutisch arbeiten können. Hier geht es auch um die Wertschätzung der Berufsgruppe.

Wie viele Pflegekräfte fehlen denn?

Genauere Zahlen gibt es nicht, die Datenlage ist schlecht. Wir sehen aber, wie lange es dauert, bis eine freie Stelle wieder besetzt werden kann. Wenn eine Pflegefachkraft ausscheidet, dauert die Neubesetzung im Schnitt 240 Tage. Daran wird die Dimension des Mangels schon deutlich. Die Schätzungen gehen dahin, dass rund 100.000 bis 200.000 Pflegefachpersonen fehlen. Wenn in zehn Jahren die Babyboomer aus dem Beruf gehen, scheiden rund 30 Prozent der Pflegefachkräfte aus. Dann werden zwischen 200.000 und 400.000 Pflegekräfte in der Versorgung fehlen.

Beobachter sprechen von einer Pflege-notlage. Wie schätzen Sie das ein?

Da kommt eine Katastrophe auf uns zu. Es läuft darauf hinaus, dass wir Menschen nicht mehr angemessen versorgen können, darunter leiden dann etwa demente Patienten oder Menschen, die eine Wundversorgung brauchen. Auch in der Kinderkrankenpflege wird das Fachpersonal in der ambulanten Pflege nicht ausreichen. Kliniken können Pflegefälle dann nicht mehr in Heime abgeben, weil es dort keine Plätze gibt. Wir müssen womöglich Heimplätze schließen, weil wir sie nicht betreiben können. Die Versorgung wird in die Häuslichkeit zurückgehen, wobei wieder Frauen die Hauptarbeit übernehmen müssen. Auch die hochgelobte Hochleistungsmedizin

kann nur mit Pflegefachpersonen angeboten werden. Diese möglichen Folgen des Fachkräftemangels werden noch gar nicht richtig bedacht.

Es hat diverse Reformen gegeben. Hat das alles nichts gebracht?

Es hat wenig gebracht. Das klingt hart, zumal Fachpolitiker die Dringlichkeit erkannt haben. Das Grundproblem ist die Aufteilung in drei verschiedene Sozialgesetzbücher: Krankenversicherung, Pflegeversicherung sowie Rehabilitation und Teilhabe. Damit wird die Finanzierung der Versorgung zersplittert, auch die der Pflegeversorgung. Wir haben es mit Ärzten und Krankenhäusern in ihren Selbstverwaltungsstrukturen zu tun. Die Pflegekompetenz wird in dem hochkomplizierten System oft gar nicht eingebunden. Wenn dann Gesetze gemacht werden für die Selbstverwaltungsorgane, wo die Pflege nur als Kostenträger gesehen wird, greift das immer zu kurz. So ist die Pflegeberufreform mit der angestrebten Generalistik inkonsequent umgesetzt worden.

Inwiefern hat die Konzertierte Aktion Pflege eine Verbesserung bewirkt?

Es ist ja immer gut, miteinander ins Gespräch zu kommen und Probleme zu fokussieren. Wir waren vom Deutschen Pflegerat in allen fünf Arbeitsgruppen mit dabei. Wenn wir aber ehrlich sind, ist die gemeinsame Umsetzung der Ergebnisse nicht garantiert, insofern sind das Absichtserklärungen. Es sind viele Dinge angestoßen worden, einige Punkte sind von den Ministerien auch aufgegriffen worden, etwa Förderprogramme betreffend. Aber viele Dinge wie die Löhne sind auf der Strecke geblieben.



Pflegerats-Präsidentin Christine Vogler

Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind schwierig. Was ist das Kernproblem?

Zu wenig Menschen, die zu viele Patienten und zu viel Arbeit haben, zu wenig angemessener Lohn und eine zu geringe Kompetenzzuweisung. Laut Umfragen tragen sich 40 bis 70 Prozent der Pflegenden mit Ausstiegsgedanken. Die Entlohnung ist besser geworden, aber nach dem Lohnindex für den Verantwortungs- und Belastungsgrad (Comparable-Worth-Index) von Beschäftigten müssten Pflegenden im Schnitt rund 4.000 Euro verdienen. Dieses Lohnniveau wird in der Pflege nicht erreicht. Viele Pflegekräfte geben deswegen ihren Beruf auf.

Wie stehen Sie zur Anwerbung von Pflegefachkräften aus dem Ausland?

Das ist ein Baustein. Wir müssen das machen, sonst kann die Fachkräftelücke nicht geschlossen werden. Wichtig ist dabei eine anständige Willkommenskultur und kein Massenandrang, das würde die Einrichtungen überfordern. Außerdem müssen wir sehen, welches angemessene Abgabeland sind, Deutschland ist ja nicht das einzige Land mit Pflegepersonal, in Europa ist das überall ähnlich. Das Beispiel Großbritannien zeigt, wie mit guten Einstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten Fachkräfte von allein gerne ins Land kommen.

Wie haben die Pflegenden die zwei Jahre Corona-Pandemie erlebt?

Das ist jetzt ein Pulverfass, gerade mit Blick auf den geplanten Pflegebonus. Mit einem solchen Bonus kann man nur verlieren, da wird es immer Unzufriedenheit geben. Und am Lohnniveau ändert sich nichts. Wir lehnen den Bonus ab, das ist nett ge-

meint, hilft uns aber nicht weiter. Es wäre besser, konsequent die Arbeitsbedingungen zu verbessern und das Geld woanders einzusetzen.

Mit welchen Folgen rechnen Sie, wenn Mitte März die Corona-Impfpflicht in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wirksam wird?

Wir stehen zur allgemeinen Impfpflicht und unterstützen die einrichtungsbezogene Impfpflicht als ersten Schritt. Aber was machen wir, wenn die Versorgung nicht sichergestellt werden kann, weil die ungeimpften Mitarbeiter freigestellt werden? Die Personaldecke ist so dünn, wir können es uns nicht leisten, auch nur einen Menschen nach Hause zu schicken. Das heißt, wir müssen über gestufte Systeme nachdenken. In den Einrichtungen liegen die Impfquoten im Schnitt zwischen 85 und 95 Prozent bei den Pflegenden. Es gibt aber auch Einrichtungen, in denen nur 40 oder 50 Prozent der Pflegekräfte geimpft sind. Dort können wir nicht 50 Prozent nach Hause schicken. Das Gesetz kann in solchen Fällen nicht greifen. Wir müssen die Beschäftigten noch besser überzeugen. Grundsätzlich gilt: Pflegenden sind Vorbilder. Wenn Pflegenden bewusst eine Gefährdung von Patienten in Kauf nehmen, sollen sie was anderes machen.

Die Fragen stellte Claus Peter Kosfeld

Christine Vogler ist seit Juni 2021 Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR). Seit 2020 ist die gelernte Krankenschwester Geschäftsführerin des Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe.

Frau Zygunov, aus Ihrem Buch ist deutlich herauszulesen: Sie sind wütend. Auf wen und warum? Ich bin wütend darauf, dass wir noch nicht so weit sind mit der Gleichberechtigung, wie wir dachten. Ich bin wütend darauf, dass mir immer wieder gesagt wird, ich solle doch Lösungsvorschläge anbieten, statt zu meckern.

Woran liegt es denn, dass wir im Jahr 2022 immer noch nicht so gleichberechtigt sind, wie wir sein müssten? Es gibt so viele Zahlen, die das deutlich machen. Der Klassiker ist der Gender Pay Gap, also der Unterschied in der Bezahlung von Männern und Frauen.

Um das zu ändern, müssten auch Männer Platz machen. Glauben Sie, Männer werden Ihr Buch lesen? Es gilt erst einmal, noch sehr viele Frauen wachzurütteln und ihnen klarzumachen: Du denkst vielleicht, du hättest dir das freiwillig ausgesucht mit den zwölf Monaten Elternzeit.

Aber sollten es die Frauen heute nicht einfach alles schon wissen? Warum lassen sich auch gut ausgebildete Frauen immer wieder in die Rolle drängen? Diese Übermutterrolle, die von uns erwartet wird, ist sehr lange und stark gewachsen. Wir reden hier nicht von ein paar Jahrzehnten, am Ende sind es Jahrhunderte, in denen Frauen eingekläut wurden.

Und wenn es doch gelingt? Wenn du aus dieser Frauenrolle heraus treten willst, wirst du auch wieder abgestraft. Denn wenn du „verhandelst wie ein Mann“, verhältst du dich auch wieder nicht deinem Geschlecht entsprechend.



„Du wirst als Mädchen sozialisiert durch andere, die es dir vorgelebt haben“, sagt Zygunov. © picture-alliance/dpa-tmn/Mascha Brichta

»Pralinen reichen nicht«

GLEICHBERECHTIGUNG Autorin Alexandra Zygunov über unbezahlte Care-Arbeit und neue alte Rollenbilder

Man findet Menschen intuitiv unsympathisch, wenn sie anders auftreten, als es ihrer Geschlechterrolle normalerweise zugeschrieben wird. Heißt: Will ich verhandeln „wie ein Mann“, wirke ich unsympathisch und werde das Gehalt, die Stelle oder die Beförderung wahrscheinlich genau deswegen auch nicht bekommen.

eben weil sie so banal ist. Aber: Strandtasche-Packen ist politisch, wer das Kind bei Krankheit aus der Kita abholt ist politisch, wie man seine Elternzeit aufteilt ist politisch.

Alexandra Zygunov: „Wir sind doch alle längst gleichberechtigt!“ Ullstein, Berlin 2022, 288 S., 10,99€

von denjenigen, die sich nicht dafür verantwortlich fühlen, nicht gesehen. Und das ist ja nicht nur im Urlaub so, das passiert jeden Tag. Das ist eine wahnsinnige Anstrengung, die irgendwann zur Überlastung führt. Und nicht nur das: Frauen verlieren dadurch buchstäblich Geld.

Jetzt also die Frage nach Lösungen: Wie können Menschen, die Care-Arbeit leisten, entlastet werden? Wir müssen darüber reden, wie Care-Arbeit entlohnt werden kann.

ber und Arbeitnehmer gleichermaßen einzahlen. Oder indem man Rentenzuschüsse gibt, und zwar mehr als die drei Rentepunkte, die es aktuell pro Kind gibt.

Was erwarten Sie von der Politik? Care-Arbeit muss refinanziert werden und zwar mit mehr als Eltern- oder Kindergeld. Es muss refinanziert werden, dass Frauen im Job Stunden reduzieren und Karrierechancen verpassen.

Sie befassen sich im Buch auch mit der Pandemie und ihren Folgen. In Sachen Care-Arbeit scheint sich wenig zum Guten entwickelt zu haben. Sie zitieren Studien, die zeigen, dass sich Männer noch weniger an Hausarbeit und Kinderbetreuung beteiligen wollen, weil sie im Homeoffice mitbekommen haben, wie anstrengend das ist.

Was macht Mutti denn? Den gleichen Job wie vorher – und noch mehr. Denn als es wieder möglich war, sind die Männer meist im gleichen Rahmen wie vorher wieder in ihre Büros zurückgegangen. Im Zweifelsfall haben die Mütter wegen der schlechten Betreuungssituation ihre ohnehin schon reduzierten Stunden weiter reduziert.

Das Gespräch führte Elana Müller

Alexandra Zygunov, Jahrgang 1985, ist Journalistin und arbeitet als Co-Redaktionsleiterin des Magazins „Brigitte Be Green“. Sie lebt mit Partner und zwei Kindern in Hamburg. © Andreas Stiller

KURZ REZENSIENT Dmitri Glukhovskiy: Outpost. Der Posten. Roman. Heyne Verlag, München 2021, 416 S., 20 €

„Metro-2022“ lautete am 28. Februar die Schlagzeile der letzten unabhängigen russischen Zeitung „Novaja gazeta“. Ein Foto zeigte Zivilisten in der Kiewer U-Bahn, die Schutz vor russischen Bomben suchen.

Jan-Werner Müller: Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Wie schafft man Demokratie? Suhrkamp Verlag, Berlin 2021, 271 S., 24 €

Jedes Buch von Jan-Werner Müller, Professor für Sozialwissenschaften an der Princeton University, ist ein Standardwerk, das in viele Sprachen übersetzt wird. In seinem neuen exzellent recherchierten und verständlich geschriebenen Buch analysiert er die Dreiecksbeziehung zwischen Freiheit, Gleichheit und Ungewissheit.

Anzeige

Dokumentation des europäischen Integrationsprozesses. Jahrbuch der Europäischen Integration 2021. Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld und Prof. Dr. Wolfgang Wessels. 2021, 592 S., brosch., 89,- € ISBN 978-3-8487-7252-0

Der Staat als Beute

RUSSLAND Catherine Belton beschreibt den unerwarteten Aufstieg Wladimir Putins

Viel wird dieser Tage gerätselt über die Motive des russischen Präsidenten. Was um alles in der Welt hat Wladimir Putin zu der Annahme bewegt, die Ukrainer würden die russischen Besatzungstruppen mit Blumensträußen empfangen?

kasse für den zu erschaffenden Staatskapitalismus. In einer „etatistischen Kehrtwende“ hätten Putin und die Seinen dann beschlossen, die Ressourcen des Landes zurückzuholen, und Oligarchen, die sie selbst groß gemacht hatten, in die Schranken zu weisen.

Catherine Belton: Putins Netz. Wie sich der KGB Russland zurückholte. HarperCollins, Hamburg 2022, 605 S., 26 €

Für ihre Thesen bietet die frühere „Financial Times“-Korrespondent in Moskau die Aussagen eines ganzen Reigens ehemaliger Kremlbeamter, Geheimdienstler und Oligarchen auf. Allerdings, und das ist ein Schwachpunkt, beschränkt sie sich bei aller akribischen Recherche weitgehend auf diese Kreise.

Bärbel Bas, Präsidentin des Deutschen Bundestages:

Dieser Überfall ist ein klarer Bruch des Völkerrechts



Bärbel Bas (*1968)
Wahlkreis Duisburg I

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Ehrentribüne begrüße ich zunächst Herrn Bundespräsident Gauck. Ich freue mich, dass Sie heute anwesend

sind. Wir alle stehen unter dem Eindruck dramatischer Ereignisse. Was der Westen mit vereinten Kräften zu verhindern versucht hat, ist doch eingetreten. Wir haben Krieg in Europa. Russlands Präsident Putin hat die Ukraine angegriffen, die Souveränität des Landes brutal verletzt, den Menschen in der Ukraine das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen. Dieser Überfall ist ein klarer Bruch des Völkerrechts und ein Angriff auf die Prinzipien der freiheitlichen Welt, Prinzipien, die für Deutschland und für alle Demokraten weltweit unverhandelbar sind.

Auf der Ehrentribüne begrüße ich den Botschafter der Ukraine, Dr. Andrij Melnyk. Exzellenz, in Gedanken sind wir bei Ihren

Landsleuten, die in diesen Tagen die Freiheit und die Demokratie verteidigen. Am Freitagabend habe ich in einem Telefonat mit meinem Amtskollegen Ruslan Stefantschuk allen Mitgliedern des ukrainischen Parlaments und allen Ukrainerinnen und Ukrainern unsere Hilfe und Unterstützung angeboten. Der Deutsche Bundestag und die Menschen in unserem Land stehen fest an ihrer Seite, an der Seite der freien und demokratischen Ukraine.

Wir konnten diesen Krieg kommen sehen, verhindern konnten

Was der Westen mit vereinten Kräften zu verhindern versucht hat, ist doch eingetreten.

wir ihn nicht. Es ist schmerzhaft, sich das eingestehen zu müssen. Dennoch war es richtig, es auf allen diplomatischen Kanälen versucht zu haben; denn jeder Krieg kennt nur Verlierer.

Hunderte Menschen sind bereits in den Kämpfen getötet worden, mehr als Hunderttausend sind auf der Flucht. Unser Mitgefühl gilt allen, die Angehörige verloren haben und von Leid und Zerstörung betroffen sind. Es kommt jetzt darauf an, gleichermaßen besonnen und entschlossen zu handeln im Bündnis der demokratischen Staaten.

Ich danke Ihnen allen, dass Sie gekommen sind. Der Deutsche Bundestag kommt heute, an einem Sonntag, zu einer Sondersitzung zusammen. In dieser historischen Ausnahme-situation ist das auch ein wichtiges Signal der Solidarität unseres gesamten Hauses.

Der Bundeskanzler wird gleich eine Regierungserklärung abgeben. Auf sein Verlangen gemäß Artikel 39 Absatz 3 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 21 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung habe ich die heutige Sondersitzung einberufen.

Damit komme ich jetzt auch zu Tagesordnungspunkt 1:

Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage

Hierzu liegen mehrere Entschließungsanträge vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 150 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat der Bundeskanzler, Herr Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Olaf Scholz, Bundeskanzler:

Putin zertrümmert die europäische Sicherheitsordnung



Olaf Scholz (*1958)
Wahlkreis 61

Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin kaltblütig einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen – aus einem einzigen Grund: Die Freiheit der Ukrainerinnen und Ukrainer stellt sein eigenes Unterdrückungsregime infrage. Das ist menschenverachtend. Das ist völkerrechtswidrig. Das ist durch

nichts und niemanden zu rechtfertigen. Die schrecklichen Bilder aus Kiew, Charkiw, Odessa und Mariupol zeigen die ganze Skrupellosigkeit Putins. Die himmelschreiende Ungerechtigkeit, der Schmerz der Ukrainerinnen und Ukrainer, sie gehen uns allen sehr nahe.

Ich weiß genau, welche Fragen sich die Bürgerinnen und Bürger in diesen Tagen abends am Küchentisch stellen, welche Sorgen sie umtreiben angesichts der furchtbaren Nachrichten aus dem Krieg. Viele von uns haben noch die Erzählungen unserer Eltern oder Großeltern im Ohr vom Krieg, und für die Jüngeren ist es kaum fassbar: Krieg in Europa. Viele von ihnen verleihen ihrem Entsetzen Ausdruck – überall im Land, auch hier in Berlin.

Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach

ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts, oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen. Das setzt eigene Stärke voraus.

Ja, wir wollen und wir werden unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand sichern. Ich bin Ihnen, Frau Präsidentin, sehr dankbar, dass ich die Vorstellungen der Bundesregierung dazu heute in dieser Sondersitzung mit Ihnen teilen kann. Auch den Vorsitzenden aller demokratischen

Fractionen dieses Hauses danke ich dafür, dass sie diese Sitzung unterstützt haben.

Meine Damen und Herren, mit dem Überfall auf die Ukraine will

Putin nicht nur ein unabhängiges Land von der Weltkarte tilgen. Er zertrümmert die europäische Sicherheitsordnung, wie sie seit der Schlussakte von Helsinki fast ein halbes Jahrhundert Bestand hatte. Er stellt sich auch ins Abseits der gesamten internationalen Staatengemeinschaft.

Weltweit haben unsere Botschaften in den vergangenen Tagen gemeinsam mit Frankreich dafür geworben, die russische Aggression im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als das zu benennen, was sie ist: ein infamer Völkerrechtsbruch. Wenn man sich das Ergebnis der Sicherheitsratssitzung in New York anschaut, durchaus mit Erfolg. Die Beratungen haben gezeigt: Wir stehen keineswegs allein in unserem Einsatz für den Frieden. Wir werden ihn fortsetzen mit aller Kraft. Für das, was sie dort zustande gebracht hat, bin ich Außenministerin Baerbock sehr dankbar. Nur mit der Notbremse seines Vetos konnte Moskau – immerhin ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates – die eigene Verurteilung verhindern. Was für eine Schande!

Präsident Putin redet dabei stets von unteilbarer Sicherheit. Tatsächlich aber will er gerade den Kontinent mit Waffengewalt in altbekannte Einflussphären teilen. Das hat Folgen für die Sicherheit in Europa. Ja, dauerhaft ist Sicherheit

in Europa nicht gegen Russland möglich. Auf absehbare Zeit aber gefährdet Putin diese Sicherheit. Das muss klar ausgesprochen werden. Wir nehmen die Herausforderung an, vor die die Zeit uns gestellt hat – nüchtern und entschlossen.

Fünf Handlungsaufträge liegen nun vor uns.

Erstens. Wir müssen die Ukraine in dieser verzweifelten Lage unterstützen. Das haben wir auch in den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren in großem Umfang getan. Aber mit dem Überfall auf die Ukraine sind wir in einer neuen Zeit. In Kiew, Charkiw, Odessa und Mariupol verteidigen die Menschen nicht nur ihre Heimat. Sie kämpfen für Freiheit und ihre Demokratie, für Werte, die wir mit ihnen teilen. Als Demokratinnen und Demokraten, als Europäerinnen und Europäer stehen wir an ihrer Seite, auf

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

der richtigen Seite der Geschichte.

Am Donnerstag hat Präsident Putin mit seinem Überfall auf die Ukraine eine neue Realität geschaffen. Diese neue Realität erfordert eine klare Antwort. Wir haben sie gegeben: Wie Sie wissen, haben wir gestern entschieden, dass Deutschland der Ukraine Waffen zur Verteidigung des Landes liefern wird. Auf Putins Aggression konnte es keine andere Antwort geben.

Meine Damen und Herren, unser zweiter Handlungsauftrag ist, Putin von seinem Kriegskurs abzubringen. Der Krieg ist eine Katastrophe für die Ukraine. Aber der Krieg wird sich auch als Katastrophe für Russland erweisen.

Gemeinsam mit den EU-Staats- und -Regierungschefs haben wir ein Sanktionspaket von bisher unbekanntem Ausmaß verabschiedet. Wir schneiden russische Banken und Staatsunternehmen von der Finanzierung ab. Wir verhindern den Export von Zukunftstechnologien nach Russland. Wir nehmen die Oligarchen und ihre Geldanlagen in der EU ins Visier. Hinzu kommen die Strafmaßnahmen gegen Putin und Personen in seinem direkten Umfeld sowie Einschränkungen bei der Visavergabe für russische Offizielle. Und wir schließen wichtige russische Banken vom Bankenkommunikationsnetz SWIFT aus. Darauf haben wir uns gestern mit den Staats- und Regierungschefs der wirtschaftlich stärksten Demokratien und der EU verständigt.

Machen wir uns nichts vor: Putin wird seinen Kurs nicht über Nacht ändern. Doch schon sehr bald wird die russische Führung spüren, welch hohen Preis sie bezahlt. Allein in der letzten Woche haben russische Börsenwerte um über 30 Prozent nachgegeben. Das zeigt: Unsere Sanktionen wirken. Und wir behalten uns weitere Sanktionen vor, ohne irgendwelche Denkverbote. Unsere Richtschnur bleibt die Frage: Was trifft die Verantwortlichen am härtesten? Die, um die es geht, und nicht das russische Volk! Denn Putin, nicht das russische Volk, hat sich für den Krieg entschieden. Deshalb gehört es deutlich ausgesprochen: Dieser Krieg ist Putins Krieg.

Die Differenzierung ist mir wichtig; denn die Aussöhnung zwischen Deutschen und Russen nach dem Zweiten Weltkrieg ist und bleibt ein wichtiges Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte. Und ich weiß, wie schwierig die derzeitige Situation gerade für die vielen Bürgerinnen und Bürger

unseres Landes zu ertragen ist, die in der Ukraine oder in Russland geboren sind. Darum werden wir nicht zulassen, dass dieser Konflikt zwischen Putin und der freien Welt zum Aufreißen alter Wunden und zu neuen Verwerfungen führt.

Noch etwas sollten wir nicht vergessen: In vielen russischen Städten haben Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Tagen gegen Putins Krieg protestiert, haben Verhaftung und Bestrafung in Kauf genommen. Das erfordert großen Mut und große Tapferkeit.

Deutschland steht heute an der Seite der Ukrainerinnen und der Ukrainer. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten heute den Opfern

des russischen Angriffskriegs. Genauso stehen wir an der Seite all jener in Russland, die Putins Machtapparat mutig die Stirn bieten und seinen Krieg gegen die Ukraine ablehnen. Wir wissen: Sie sind viele. Ihnen allen sage ich: Geben Sie nicht auf! Ich bin ganz sicher: Freiheit, Toleranz und Menschenrechte werden sich auch in Russland durchsetzen.

Meine Damen und Herren, die dritte große Herausforderung liegt darin, zu verhindern, dass Putins Krieg auf andere Länder in Europa übergreift. Das bedeutet: Ohne Wenn und Aber stehen wir zu unserer Beistandspflicht in der NATO. Das habe ich auch unseren Alliierten in Mittel- und Osteuropa gesagt, die sich um ihre Sicherheit sorgen. Präsident Putin sollte unsere Entschlossenheit nicht unterschätzen, gemeinsam mit unseren Alliierten jeden Quadratmeter des Bündnisgebietes zu verteidigen. Wir meinen das sehr ernst. Mit der Aufnahme eines Landes in die NATO ist unser Wille als Bündnispartner verbunden, dieses Land zu verteidigen, und zwar so wie uns selbst.

Die Bundeswehr hat ihre Unterstützung für die östlichen Bündnispartner bereits ausgeweitet und wird das weiter tun. Für dieses wichtige Signal danke ich der Bundesverteidigungsministerin. In Litauen, wo wir den Einsatzverband der NATO führen, haben wir unsere Truppe aufgestockt. Unseren Einsatz beim Air Policing in Rumänien haben wir verlängert und ausgeweitet. Wir wollen uns am Aufbau einer neuen NATO-Einheit in der Slowakei beteiligen. Unsere Marine hilft mit zusätzlichen Schiffen bei der Sicherung von Nord- und Ostsee und im Mittelmeer. Und wir sind bereit, uns mit Luftabwehrraketen auch an der Verteidigung des Luftraumes unserer Alliierten in

Osteuropa zu beteiligen. Unsere Soldatinnen und Soldaten haben in den vergangenen Tagen oft nur wenig Zeit gehabt, sich auf diese Einsätze vorzubereiten. Ich sage ihnen, sicher auch in Ihrem Namen: Danke! Danke für ihren wichtigen Dienst gerade in diesen Tagen.

Meine Damen und Herren, angesichts der Zeitenwende, die Putins Aggression bedeutet, lautet unser Maßstab: Was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht wird, das wird getan. Deutschland wird dazu seinen solidarischen Beitrag leisten. Das heute klar und unmissverständlich festzuhalten, reicht aber nicht aus; denn dafür braucht die Bundeswehr neue, starke Fähigkeiten.

Und das ist mein viertes Anliegen, meine Damen und Herren. Wer Putins historisierende Abhandlungen liest, wer seine öffentliche Kriegserklärung an die Ukraine im Fernsehen gesehen hat oder wer wie ich kürzlich persönlich mit ihm stundenlang gesprochen hat, der kann keinen Zweifel mehr haben: Putin will ein russisches Imperium errichten. Er will die Verhältnisse in Europa nach seinen Vorstellungen grundlegend neu ordnen, und dabei schreckt er nicht zurück vor militärischer Gewalt. Das sehen wir heute in der Ukraine.

Wir müssen uns daher fragen: Welche Fähigkeiten besitzt Putins Russland, und welche Fähigkeiten brauchen wir, um dieser Bedrohung zu begegnen, heute und in der Zukunft?

Klar ist: Wir müssen deutlich mehr in die Sicherheit unseres Landes investieren, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen. Das ist eine große nationale Kraftanstrengung. Das Ziel ist eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt. Ich habe bei der Münchner Sicherheitskonferenz vor einer Woche gesagt: Wir brauchen Flugzeuge, die fliegen, Schiffe, die in See stechen, und Soldatinnen und Soldaten, die für ihre Einsätze optimal ausgerüstet sind. Darum geht es, und das ist ja wohl erreichbar für ein Land unserer Größe und unserer Bedeutung in Europa.

Aber machen wir uns nichts vor: Bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal – das kostet viel Geld. Wir werden dafür ein Sondervermögen der Bundeswehr einrichten, und ich bin Bundesfinanzminister Lindner sehr dankbar für seine Unter-

stützung dabei. Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen. Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.

Meine Damen und Herren, ich richte mich hier an alle Fraktionen des Deutschen Bundestages: Lassen Sie uns das Sondervermögen im Grundgesetz absichern.

Eines will ich hinzufügen: Wir streben dieses Ziel nicht nur an, weil wir bei unseren Freunden und Alliierten im Wort stehen, unsere Verteidigungsausgaben bis 2024 auf 2 Prozent unserer Wirtschaftsleistung zu steigern. Wir tun dies auch für uns, für unsere eigene Sicherheit, wohl wissend, dass sich nicht alle Bedrohungen der Zukunft mit den Mitteln der Bundeswehr einhegen lassen. Deshalb brauchen wir eine starke Entwicklungszusammenarbeit.

Deshalb werden wir unsere Resilienz stärken, technisch und gesellschaftlich, zum Beispiel gegen Cyberangriffe und Desinformationskampagnen, gegen Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur und Kommunikationswege. Und wir werden technologisch auf der Höhe der Zeit bleiben. Darum ist es mir zum Beispiel so wichtig, dass wir die nächste Generation von Kampfflugzeugen und Panzern gemeinsam mit europäischen Partnern und insbesondere

Frankreich hier in Europa bauen. Diese Projekte haben oberste Priorität für uns. Bis die neuen Flugzeuge einsatzbereit sind, werden wir den Eurofighter gemeinsam weiterentwickeln.

Gut ist auch, dass die Verträge zur Eurodrohne in dieser Woche endlich unterzeichnet werden konnten. Auch die Anschaffung der bewaffneten Heron-Drohne aus Israel treiben wir voran.

Für die nukleare Teilhabe werden wir rechtzeitig einen modernen Ersatz für die veralteten Tornado-Jets beschaffen. Der Eurofighter soll zu Electronic Warfare befähigt werden. Das Kampfflugzeug F 35 kommt als Trägerflugzeug in Betracht.

Und schließlich, meine Damen und Herren, werden wir mehr tun, um eine sichere Energieversorgung unseres Landes zu gewährleisten. Eine wichtige Maßnahme dazu hat die Bundesregierung bereits auf den Weg gebracht. Und wir werden umsteuern – umsteuern, um unsere Importabhängigkeit von einzelnen

Energielieferanten zu überwinden. Die Ereignisse der letzten Tage und Wochen haben uns doch gezeigt: Eine verantwortungsvolle, vorausschauende Energiepolitik ist nicht nur entscheidend für unsere Wirtschaft und unser Klima, sondern entscheidend auch für unsere Sicherheit. Deshalb gilt: Je schneller wir den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben, desto besser. Und wir sind auf dem richtigen Weg. Wir wollen als Industrieland bis 2045 CO₂-neutral werden.

Mit diesem Ziel vor Augen werden wir wichtige Entscheidungen treffen müssen, etwa eine Kohle- und Gasreserve aufzubauen. Wir haben beschlossen, die Speichergröße an Erdgas über sogenannte Long Term Options um 2 Milliarden Kubikmeter zu erhöhen. Zudem werden wir rückgekoppelt mit der EU zusätzliches Erdgas auf den Weltmärkten erwerben.

Schließlich haben wir die Entscheidung getroffen, zwei Flüssiggassterminals, LNG-Terminals, in Brunsbüttel und Wilhelmshaven schnell zu bauen. Bundeswirtschaftsminister Habeck möchte ich für seinen Einsatz dabei ganz ausdrücklich danken.

Das, was nun kurzfristig notwendig ist, lässt sich mit dem verbinden, was langfristig ohnehin gebraucht wird für den Erfolg der Transformation. Ein LNG-Terminal, in dem wir heute Gas ankommen lassen, kann morgen auch Grünen Wasserstoff aufnehmen.

Und natürlich behalten wir bei all dem die hohen Energiepreise im Blick. Putins Krieg hat sie zuletzt noch weiter steigen lassen. Deshalb haben wir in dieser Woche ein Entlastungspaket vereinbart: mit der Abschaffung der EEG-Umlage noch in diesem Jahr, einer Erhöhung der Pendlerpauschale, einem Heizkostenzuschuss für Geringverdiener, Zuschüssen für Familien und steuerlichen Entlastungen. Die Bundesregierung wird das schnell auf den Weg bringen. Unsere Botschaft ist klar: Wir lassen die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in dieser Lage nicht allein.

Meine Damen und Herren, die Zeitenwende trifft nicht nur unser Land; sie trifft ganz Europa. Und auch darin stecken Herausforderung und Chance zugleich. Die Herausforderung besteht darin, die Souveränität der Europäischen Union nachhaltig und dauerhaft zu stärken. Die Chance liegt darin, dass wir die Geschlossenheit wahren, die wir in den letzten Tagen unter Beweis gestellt haben, Stichwort „Sanktionspaket“. Für Deutschland und für alle anderen Mitgliedsländer der EU heißt das, nicht bloß zu fragen, was man für das eigene

Allein in der letzten Woche haben russische Börsenwerte um über 30 Prozent nachgegeben.

Wir lassen die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in dieser Lage nicht allein.

kann, sondern zu fragen: Was ist die beste Entscheidung für die Union? Europa ist unser Handlungsrahmen. Nur wenn wir das begreifen, werden wir vor den Herausforderungen unserer Zeit bestehen.

Damit bin ich beim fünften und letzten Punkt. Putins Krieg bedeutet eine Zäsur, auch für unsere Außenpolitik. So viel Diplomatie wie möglich, ohne naiv zu sein, dieser Anspruch bleibt. Nicht naiv zu sein, das bedeutet aber auch, kein Reden um des Redens willen. Für echten Dialog braucht es die Bereitschaft dazu auf beiden Seiten. Daran mangelt es aufseiten Putins ganz offensichtlich, und das nicht erst in den letzten Tagen und Wo-

chen. Was heißt das für die Zukunft? Wir werden uns Gesprächen mit Russland nicht verweigern. Auch in dieser extremen Lage ist es die Aufgabe der Diplomatie, Gesprächskanäle offenzuhalten. Alles andere halte ich für unverantwortlich.

Meine Damen und Herren, wir wissen, wofür wir einstehen, auch angesichts unserer eigenen Geschichte. Wir stehen ein für den Frieden in Europa. Wir werden uns nie abfinden mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir werden uns immer starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten. Und wir werden nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist.

Dabei stehen wir nicht allein, sondern zusammen mit unseren Freunden und Partnern in Europa und weltweit. Unsere größte Stärke sind unsere Bündnisse und Allianzen. Ihnen verdanken wir das große Glück, das unser Land seit über 30 Jahren genießt: in einem vereinten Land zu leben, in Wohlstand und Frieden mit unseren Nachbarn. Wenn wir wollen, dass diese letzten 30 Jahre keine historische Ausnahme bleiben, dann müssen wir alles tun für den Zusammenhalt der Europäischen Union, für die Stärke der NATO, für noch engere Beziehungen zu unseren Freunden, Partnern und Gleichgesinnten weltweit. Ich bin voller Zu-

versicht, dass uns das gelingt. Denn selten waren wir und unsere Partner so entschlossen und so geschlossen.

Uns eint in diesen Tagen: Wir wissen um die Stärke freier Demokratien. Wir wissen: Was von einem breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens getragen wird, das hat Bestand, auch in dieser Zeitenwende und darüber hinaus. Deshalb danke ich Ihnen und allen Fraktionen dieses Hauses, die den russischen Überfall auf die Ukraine entschieden als das verurteilt haben, was er ist: ein durch nichts zu rechtfertigender Angriff auf ein unabhängiges Land, auf die Friedensordnung in Europa und in

der Welt. Der heutige Entschließungsantrag bringt das klar zum Ausdruck. Ich danke allen, die in diesen Tagen Zeichen setzen gegen Putins Krieg und die sich hier in Berlin und anderswo zu friedlichen Kundgebungen versammeln. Und ich danke allen, die in diesen Zeiten mit uns einstehen für ein freies und offenes, gerechtes und friedliches Europa. Wir werden es verteidigen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der CDU/CSU – Die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der CDU/CSU erheben sich)

Friedrich Merz, CDU:

Mit Moral allein wird die Welt um uns herum nicht friedlich



Friedrich Merz (*1955)
Wahlkreis Hochsauerlandkreis

Dieser 24. Februar 2022 wird uns allen als ein Tag im Gedächtnis bleiben, von dem wir später einmal sagen werden: Ich weiß noch genau, wo ich war, als ich die erste Nachricht vom Krieg in der Ukraine gehört und die ersten Bilder davon gesehen habe. – Unsere ersten Gedanken in diesen Minuten galten und sie gelten unverändert bis heute dem ganzen Volk der Ukrainer.

Wir trauern mit den Familien um die Opfer, die es bis heute und auch in diesen Stunden und Minuten in so großer Zahl – auch unter der Zivilbevölkerung – gibt. Und wir bewundern den Mut und den Willen dieses Volkes, um seine Freiheit zu kämpfen. Wir sind zugleich beschämt und bedrückt, dass wir diesem Land und diesem Volk nicht schon haben früher helfen können.

Unsere größte Bewunderung und unser größter Respekt gilt dem frei gewählten Staatspräsidenten der Ukraine, Präsident Wolodymyr Selenskyj. Diesen mutigen Mann, der aus einer jüdischen Familie stammt, als drogenabhängig und als Nazi zu diffamieren, wie es der russische Präsident in

dieser Woche getan hat, zeigt ein Ausmaß an Niedertracht und Menschenverachtung, wie wir es in den letzten Jahrzehnten auf diesem Kontinent nicht erlebt haben.

Herr Bundeskanzler, Sie haben es so ausgedrückt: Mit diesem Krieg geht eine Zeitepoche in Europa zu Ende, eine Zeit, von der wir uns erhofft und geglaubt haben, dass sie im Frieden und in Freiheit und natürlich auch im Wohlstand im ganzen 21. Jahrhundert voranschreitet. Seit wenigen Tagen sind wir nun eines Besseren belehrt. Brutal und rücksichtslos hat ein autoritäres System einen Angriffskrieg mitten in Europa begonnen – ja, mitten in Europa; denn dieser Krieg findet statt zwischen den beiden territorial größten Ländern Europas. Russland ist ein europäisches Land, und die Ukraine ist ein europäisches Land. Der Krieg findet statt weniger als zwei Flugstunden von diesem Ort entfernt, an dem wir uns heute Morgen, an einem Sonntag, treffen.

Herr Bundeskanzler, ich möchte Ihnen im Namen der Unionsfraktion und der sie tragenden Parteien CDU und CSU für Ihre Regierungserklärung danken. Sie wissen, dass wir sehr darum bemüht sind, mit Ihnen und den Sie tragenden Koalitionsfraktionen einen gemeinsamen Weg in dieser Zeit einer großen Herausforderung zu gehen. Wir haben in den letzten Tagen mit Ihren Fraktionen um gemeinsame Antworten gerungen, und wir geben sie wie-

der in einem Entschließungsantrag, den wir heute gemeinsam mit der SPD, den Grünen und der FDP einbringen. Aber lassen Sie mich das ganz deutlich sagen: Dieser Antrag ist nur das gemeinsame Minimum, das wir heute hier feststellen können. Wir haben und wir behalten hoffentlich auch in der Zukunft eine klare Auffassung zu diesem Krieg und seinem einzigen Verantwortlichen. Der verantwortliche Mann heißt Wladimir Putin. Aus diesem „lupenreinen Demokraten“, der er nie war, ist nun endgültig und für alle Welt sichtbar ein Kriegsverbrecher geworden.

Aber so einen Krieg befiehlt nicht einer allein, und er entsteht auch nicht ohne ein politisches Umfeld. Das verantwortliche System um ihn herum ist ein Geflecht aus Geheimdienstoffizieren und erprobten Meistern der politischen Propaganda wie etwa seinem Außenminister Lawrow, ein

Geflecht aus einer großen Gruppe hemmungsloser Oligarchen, die sich die Ressourcen dieses Landes unter den Nagel gerissen haben, und vor allem aus einem repressiven Staatsapparat, der ohne jeden Anflug von Rechtsstaatlichkeit beliebig verhaftet, vergiftet, in Lager steckt, Familien zerstört und auch nicht davor zurückschreckt, mitten in den Ländern Westeuropas Auftragsmorde zu vollstrecken.

Damit an dieser Stelle, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, überhaupt kein Missverständnis entsteht: Die

Verantwortlichkeit liegt allein dort und allein bei diesen handelnden Akteuren. Aber zu diesem Netzwerk zählen seit vielen Jahren auch mehr oder weniger gutgläubige Interessenvertreter in aller Welt, auch und gerade hier in Deutschland, die sich einmal als

Putin-Versteher gerieren, das andere Mal als Freunde Russlands, die bis hin zu windigen Stiftungskonstruktionen nichts unversucht lassen, mit diesem System Geschäfte zu machen, und dann auch noch versuchen, das Ganze der Öffentlichkeit als gemeinnützig zu vermitteln. Sie als „nützliche Idioten“ ganz im Sinne der Lenin'schen Denkmuster zu bezeichnen, ist dann wohl noch die freundlichste Umschreibung dieses Treibens auch und gerade hier in Deutschland, meine Damen und Herren.

Die Bedrohung der Ukraine durch einen Angriffskrieg ist aber nicht die einzige Bedrohung, die wir in diesen Tagen sehen. Parallel zu den Panzern rollen seit Jahren Wellen von Propaganda durch Europa, die in Zeiten der Digitalisierung und der sozialen Netzwerke eine hohe Effizienz und damit einen großen Schaden erzeugen, einen Schaden, der auch unsere gesellschaftliche Ordnung von innen bedroht, meine Damen und Herren.

Zu dieser Propaganda zählt seit Langem die Behauptung, die NATO sei der eigentliche Aggressor gegen das friedliebende Russland. Dieses in der Tat großartige Land müsse sich nun, so der allmächtige Staatsapparat und sein Präsident, gegen eine militärische Bedrohung zur Wehr setzen. Dabei wissen sie alle es besser. Herr Putin, Sie sind und waren von der NATO nie bedroht; das wissen Sie auch. – Meine Damen und Herren, wenn wir sehen, wer an dieser Stelle jetzt klatscht und wer jetzt

nicht klatscht, dann wissen wir, welche Reden wir hier im Laufe des heutigen Vormittags von ganz links und von ganz rechts noch zu hören bekommen. Wir wissen jetzt schon, wenn wir uns das hier anschauen, wie Sie hier gleich sprechen werden.

Meine Damen und Herren, die einzige Bedrohung, die es für Putin und seine Nomenklatura gibt – und die nimmt er zu Recht sehr ernst –, ist die Bedrohung seiner Macht durch das eigene Volk, die Bedrohung durch Frei-

heit und Demokratie auch in seiner Nachbarschaft. Da ist die Bedrohung für dieses System. Deshalb unterdrückt Putin im eigenen Land jede Opposition, und deshalb macht er gemeinsame Sache mit Alexander Lukaschenko, der heute, an diesem Tag, während wir hier zusammentreten, ein sogenanntes Referendum in Belarus abhalten lässt, um die Verfassung zu ändern und ab dem morgigen Tag in diesem Land Atomwaffen stationieren zu können. Meine Damen und Herren, das ist die neue Realität, in der wir in dieser Woche aufgewacht sind.

Die Staatengemeinschaft des Westens, die Europäer, die Amerikaner, viele andere Länder auf der Welt, reagieren auf diesen Bruch des Völkerrechts und aller Verträge, die wir mit Russland bisher geschlossen haben, mit Konsequenz und Härte. Russland wird international isoliert, das Land und seine Repräsentanten werden auch persönlich sanktioniert. Dazu gehört – damit das hier auch von meiner Seite aus klar ist – richtigerweise, dass Russland jetzt aus SWIFT, dem internationalen Zahlungssystem, ausgeschlossen wird.

Herr Bundeskanzler, herzlichen Dank, dass Sie das heute Morgen

Parallel zu den Panzern rollen seit Jahren Wellen von Propaganda durch Europa.

Dieser Antrag ist nur das gemeinsame Minimum, das wir heute hier feststellen können.

hier gesagt haben, dass Sie in den letzten Tage darüber intensive Gespräche und Verhandlungen geführt haben, einschließlich der Frage, wie mit Waffenlieferungen aus mehreren europäischen Ländern in die Ukraine jetzt umzugehen ist. Wichtig ist das klare und unmissverständliche Signal vom heutigen Tag: Genug ist genug! Das Spiel ist aus!

Lassen Sie mich aber auch sehr deutlich sagen: Gefragt sind am heutigen Tag nicht gute Reden allein.- Und gute Regierungserklärungen. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, das war eine gute Regierungserklärung.

Gefragt sind Stringenz und Durchhaltevermögen in den nächsten Tagen und Wochen. Dieses Durchhaltevermögen kann schon in wenigen Tagen auf harte Proben gestellt werden. Die Sanktionen werden Wirkung entfalten, nicht nur in Russland, sondern auch hier bei uns. Der Krieg in der Ukraine wird Konsequenzen fordern, nicht nur in der Verteidigungspolitik, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Deshalb, Herr Bundeskanzler, bieten wir Ihnen und Ihrer Regierung an dieser Stelle heute umfassende und konkrete Hilfe und Unterstützung an. Wenn Sie um Unterstützung und Zustimmung für die jetzt notwendigen umfassenden Sanktionen werben – und Sie tun es hier heute Morgen -, dann werden wir das unterstützen und nicht im Kleinen herumkäckeln.

Wenn Sie eine umfassende Er-
tüchtigung unserer Streitkräfte

wollen – und wir wollen sie ab heute ganz offensichtlich mit Ihnen -, dann werden wir auch gegen Widerstände diesen Weg mit Ihnen gehen.

Wenn Sie es für notwendig erachten, die Energiepolitik und die Ihrer Regierung neu auszurichten, wenn Sie mit uns der Meinung sind, dass wir jetzt endgültig auf keine weiteren Optionen der Energieerzeugung mehr verzichten dürfen, dann finden Sie dabei unsere tatkräftige Unterstützung.

Wenn Sie es so wollen, wie Sie es heute Morgen hier vorschlagen, dann können wir auch darüber, Herr Bundeskanzler, reden. Aber ein Sondervermögen ist nicht ein Vermögen, sondern ein Sondervermögen bedeutet zunächst einmal neue Schulden. Wie wir diese neuen Schulden aufnehmen und wie wir sie dann möglicherweise in unserer Verfassung verankern, das kann nicht allein im Rahmen einer Regierungserklärung am Sonntagmorgen geklärt werden. Darüber müssen wir dann in Ruhe und im Detail sprechen.

Lassen Sie mich auch dies ganz klar sagen: Das machen wir dann in allen Teilen gemeinsam, nicht in der Arbeitsteilung, dass wir für Sie bei den unangenehmen Dingen den Kopf hinhalten und Sie in Ihrer Koalition unverändert alle Wohltaten weiter zulasten der jungen Generation verteilen,

Herr Bundeskanzler. Das machen wir dann nicht!

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind ja alles die mehr oder weniger naheliegenden Entscheidungen, die wir jetzt kurzfristig treffen müssen. Die eigentliche Herausforderung ist doch eine ganz andere, und sie liegt viel tiefer: In Wahrheit stehen wir spätestens mit dieser Woche vor einem Scherbenhaufen der deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte.

Einige der vermeintlichen Gewissheiten der letzten Jahre gehören nun endgültig der Vergangenheit an. Wir sind nicht mehr nur von Freunden umgeben. Auch wir werden durch einen aggressiven Staat in unserer direkten Nachbarschaft bedroht. Einseitige Abrüstung führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit. Oder hat hier im Haus irgendjemand vergessen, dass die Ukraine 1994 alle ihre Atomwaffen abgegeben hat und im Gegenzug von Russland umfassende und dauerhafte Garantien der territorialen Integrität erhalten hat? Hat das irgendjemand von Ihnen hier vergessen?

Lassen Sie mich das so sagen: Lichterketten, Friedensgebete, Ostermärsche sind eine schöne Sache. Auch wir haben heute Morgen mit einer Gruppe von

Abgeordneten aus einigen Fraktionen des Deutschen Bundestages für den Frieden in der Welt und das Ende dieses Krieges gebetet. Aber, meine Damen und Herren, mit Moral allein wird die Welt um uns herum nicht friedlich, schon gar nicht mit der angeblich besseren Moral, die immer wieder auch in Deutschland vorgetragen wird. Der Ukraine jedenfalls haben gute Worte nichts genutzt, auch nicht die vertagte Mitgliedschaft in der NATO, meine Damen und Herren.

Und schließlich: Auch Deutschland muss endlich bereit sein, in dieser Welt seine Interessen zu definieren, und vor allem bereit sein, diese Interessen auch durchzusetzen. Dazu zählt nicht nur, aber auch die Fähigkeit, das eigene Territorium und die eigene Bevölkerung wirksam gegen jedwede Form der Gewalt und der Nötigung zu schützen und zu verteidigen. Die Bundeswehr ist dazu – soweit sie gefragt ist – am heutigen Tag jedenfalls nicht in der Lage. – Darauf reagiere ich nicht. Aber ich reagiere schon, wenn Sie das zu einem Thema der parteipolitischen Auseinandersetzung machen. Meine Damen und Herren, wir alle miteinander in diesem Haus – ich war schon ziemlich früh dabei – sind verantwortlich dafür, dass die Bundeswehr in dem Zustand ist, in dem sie heute ist. Wir haben uns bemüht, das zu verbessern. Vieles ist an Ihnen gescheitert. Wenn wir heute einen neuen Weg nach vorne gehen, dann gehen wir ihn gemeinsam, aber nur

dann, wenn wir ihn jetzt wirklich gemeinsam nach vorne gehen, und nicht, wenn wir wie Sie hier parteipolitisch zurückblicken.

Das alles sind Annahmen und politische Einschätzungen, die Sie hier im Hause teilen mögen oder auch nicht. Die eigentliche Führungsaufgabe kommt in diesem historischen Augenblick so oder so auf Sie zu, Herr Bundeskanzler. Lassen Sie mich deswegen abschließend aus einer großen deutschen Tageszeitung zitieren, die es vor einigen Tagen aus meiner Sicht sehr präzise auf den Punkt gebracht hat. Der Autor schreibt am Ende einer sehr ernüchternden Analyse wie folgt:

Die eigentliche Rechnung aber wird in Deutschland selbst fällig, wo diese ... Krisendichte auf eine weitgehend unvorbereitete Bevölkerung trifft, der schlicht das Handwerkszeug fehlt, um mit Erpressung, Nötigung, militärischer Bedrohung ... auf das politische System umzugehen. Unsicherheit - so schreibt er weiter - entsteht durch einen Aggressor. Aber gefährlich wird sie erst durch Schwäche. Ende des Zitats.

Das notwendige Handwerkszeug bereitzustellen, Herr Bundeskanzler, um diese Schwäche in unserem Land zu beseitigen, ist seit dieser Woche die historische Aufgabe Ihrer Kanzlerschaft.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Die Abgeordneten der CDU/CSU erheben sich)

Annalena Baerbock, Bundesministerin des Auswärtigen:

Gemeinsam die internationale Friedensordnung verteidigen



Annalena Baerbock (*1980)
Landesliste Brandenburg

Die Bilder aus der Ukraine sind kaum zu ertragen. Tausende fliehen. Wahrscheinlich hat jeder hier im Saal eine Nachricht bekommen von Freunden, Bekannten, von Kolleginnen und Kollegen, mit denen

man – so wie ich letzte Woche – noch gemeinsam in Kiew Mittag gegessen hat und die jetzt sagen: Bitte, rettet uns! – Eltern mit kleinen Kindern verbringen in U-Bahn-Schächten ihre Nächte, um Schutz vor Bomben und Raketen zu suchen. Das könnten wir in diesen U-Bahn-Schächten sein, das könnten unsere Kinder sein.

Was hier gerade mitten in Europa passiert, war für jemanden aus meiner Generation bisher unvorstellbar. Es ist der Moment, in dem der Angriffskrieg nach Europa zurückgekommen ist. Unsere Welt ist nach diesem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von Putin jetzt eine andere.

Botschafter Melnyk, ich begrüße Sie hier im Saal stellvertretend für die über 40 Millionen mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer! Ich

möchte Ihnen hier aus ganzem Herzen sagen: Das unsägliche Leid der Männer, Frauen und Kinder trifft uns ins Mark. Wir sind fassungslos angesichts dessen, was der Ukraine, den Menschen in der Ukraine erneut angetan wird. Aber wir sind nicht ohnmächtig. Wir lassen Sie bei dieser rücksichtslosen Aggression gegen Ihr Land nicht alleine.

Dieser Krieg ist kein Krieg der Menschen in Russland. Dieser Krieg ist Putins Krieg. Dieser Krieg ist ein Angriff auf unseren Frieden in Europa. Dieser Krieg ist ein Angriff auf unsere Freiheit. Dieser Krieg ist ein Angriff auf das internationale Völkerrecht. Dieser Krieg ist ein Angriff auf all die Werte einer regelbasierten internationalen Ordnung. Dieser Krieg ist ein Angriff auf das menschliche

friedliche Miteinander. Und es ist ein Krieg, der es nötig macht, dass wir die Grundfesten unseres außenpolitischen Handelns neu ziehen.

Vor wenigen Wochen noch habe ich hier in diesem Saal zum Thema Waffenlieferungen gesagt, dass man eine Entscheidung für eine außenpolitische 180-Grad-Wende im richtigen Moment und bei vollem Bewusstsein treffen muss. Jetzt ist – so traurig das ist – der Moment dafür. Wir haben es bis zur letzten Minute mit Diplomatie versucht. Der Kreml hat uns hingehalten, belogen und sich all dem verweigert, wofür wir bisher als Europäerinnen und Europäer eingestanden haben. Putin wollte diesen Krieg – „whatever it takes“.

Russland hat die Ukraine rücksichtslos angegriffen. Und die Ukraine hat wie jedes Land dieser Welt ein Recht auf Selbstverteidigung, verbrieft in der Charta der

Vereinten Nationen. Und wir, die wir auf dem Boden des Völkerrechts stehen, stehen auch in der Pflicht, diese Charta der Vereinten Nationen jetzt gemeinsam zu verteidigen.

Vielleicht ist es so, dass Deutschland am heutigen Tag eine Form besonderer und alleinstehender Zurückhaltung in der Außen- und Sicherheitspolitik hinter sich lässt. Die Regeln, die wir uns dafür gegeben haben, dürfen uns nicht aus unserer Verantwortung nehmen. Wenn unsere Welt eine andere ist, dann muss auch unsere Politik eine andere sein.

Ein Land mit einer Parlamentsarmee und umfassender demokratischer Kontrolle darf und muss sich erlauben – und das tun wir mit dem heutigen Tag -, in Fragen von Krieg und Frieden in voller Verantwortung zu entscheiden. Wir werden bei Waffenexporten und Einsätzen weiter aus tiefster

Dieser Krieg ist kein Krieg der Menschen in Russland. Dieser Krieg ist Putins Krieg.

Überzeugung zurückhaltend sein. Wir werden uns aber in dieser historischen Stunde angesichts des brutalen Angriffs auf die Ukraine für eine Unterstützung entscheiden, die neben unserem großen wirtschaftlichen und humanitären Engagement die Ukraine jetzt auch mit Lieferung von militärischem Material und Waffen unterstützt. Denn wir dürfen die Ukraine nicht wehrlos dem Aggressor überlassen, der Tod und Verwüstung über dieses Land bringt.

Und ich danke Ihnen allen sehr, wie auch der Bundeskanzler. Das ist die Stärke dieses Hohen Hauses, das ist die Stärke unserer liberalen Demokratie: dass wir bei Sachfragen erbittern streiten können, aber dass wir in dem Moment, wo es darum geht, unsere Grundwerte zu verteidigen, alle fraktionsübergreifend beieinanderstehen. Herzlichen Dank!

Wir tun das, weil es hier um Menschenleben geht. Wir tun das, weil unsere internationale Ordnung auf dem Spiel steht. Wir tun dies mit Besonnenheit und aus Verantwortung für unseren Frieden in Europa. Das ist auch eine klare Botschaft an Wladimir Putin: Das Preisschild dieses Krieges gegen unschuldige Menschen und der Bruch mit der Charta der Vereinten Nationen werden für das System Putin untragbar sein.

Wir müssen – und das hat der Bundeskanzler unterstrichen – jetzt vieles gleichzeitig tun. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen in der Ukraine schnell mit dem Nötigsten versorgt werden, mit medizinischen Gütern, mit sicheren Unterkünften. Dafür haben wir unter anderem unseren Beitrag zum humanitären VN-Hilfsfonds für die Ukraine um 5 Millionen Euro aufgestockt. Wir stellen für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz weitere Hilfe in Höhe von 10 Millionen Euro kurzfristig bereit. Wir werden uns mit allem, was wir haben, gemeinsam dafür einsetzen, dass die Menschen, die jetzt fliehen, alle in Sicherheit kommen. Dafür haben wir Vorbereitungen getroffen. Auch das ist unsere Stärke, nicht nur in der Europäischen Union, sondern gemeinsam mit unseren Freunden in Kanada, in Amerika und an vielen, vielen anderen Orten in der Welt: Wir lassen die fliehenden Ukrainerinnen und Ukrainer nicht im Stich. Und ja, auch an dieser Stelle müssen wir über Geld reden. Ich bitte um die Unterstützung, im anstehenden

Haushalt diese humanitäre Hilfe dann auch so auszustatten, wie wir das für den Schutz der Menschen brauchen.

Drei weitere Elemente sind entscheidend.

Erstens: Sanktionen. Die bittere Realität ist: Keine Sanktion kann diesen Wahn in diesem Moment stoppen. Wir hätten, wenn wir ein Sanktionsmittel hätten, das alles stoppt, natürlich dieses längst ergriffen. Aber was unsere Sanktionen leisten – und das ist zentral –, ist, Putin zu zeigen: Mittel- und langfristig wird dieser Krieg Ihr Land ruinieren. – Putins

perfides Spiel ist auf Strecke angelegt; deswegen müssen das auch unsere Sanktionen sein, und deswegen müssen wir sicherstellen, dass uns nicht nach drei Monaten die Puste ausgeht, sondern diese Sanktionen müssen das System Putin im Kern treffen.

Deswegen gehen sie Hand in Hand: wirtschaftlich, finanziell und individuell. Deswegen listen wir Herrn Putin selbst und Außenminister Lawrow. Sie tragen Verantwortung für diesen Krieg. Deswegen werden wir weitere Sanktionen auf den Weg bringen, mit Blick auf Banken, Oligarchen und Familienangehörige. Deswegen haben wir die SWIFT-Sanktionen – und ich kann verstehen, dass da einige etwas nervös geworden sind; aber ich bitte in diesen Zeiten um Vertrauen – so angelegt, dass sie das System Putin treffen und nicht als Bumerang auf uns zurückkommen, und das gemeinsam mit der internationalen Verantwortung, die wir jetzt gemeinsam zeigen müssen.

Zweitens. Wir unterstützen unsere Bündnispartner im Namen der NATO; das hat der Bundeskanzler bereits deutlich gemacht. Die NATO ist der Garant für unsere Sicherheit und Freiheit. Dafür wurde sie gegründet, und daran hat sich nichts geändert.

Und mein letzter Punkt: Ja, wir müssen Härte zeigen; aber wir stehen hier für das internationale Recht und die internationalen Regeln ein. Deswegen gehört in diesem Moment der Dialog immer mit dazu, nicht mit dem Aggressor, sondern mit der internationalen Gemeinschaft. Das muss jetzt unser absoluter Fokus sein. Es geht hier nicht nur um Europa. Kein Land der Welt kann akzeptieren, dass seine Souveränität zur Disposition steht, wenn sein stärkerer Nachbar es will. Dann hätte Putin gewonnen. Deswegen müssen wir uns jetzt gemeinsam mit allen Staaten, die

Wenn unsere Welt eine andere ist, dann muss auch unsere Politik eine andere sein.



Vor dem Krieg geflüchtet: Zahlreiche Menschen kommen täglich am Bahnhof von Przemysl in der Nähe des ukrainisch-polnischen Grenzübergangs an. © picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

wie wir an die Charta der Vereinten Nationen glauben, dieser Aggression entgegenstellen.

Deswegen appelliere ich auch hier an all unsere Partner weltweit, hier aus diesem geschichtsträchtigen Hohen Haus: Bekennen Sie nächste Woche Farbe in der Generalversammlung der Vereinten Nationen! Das ist unsere

internationale Friedensordnung. Wir müssen sie jetzt gemeinsam verteidigen.

Bei der Wahl zwischen Krieg und Frieden, bei der Wahl zwischen einem Aggressor auf der einen Seite und Kindern, die sich in U-Bahn-Schächten verstecken, auf der anderen Seite, da kann niemand neutral sein. Danke,

dass wir das heute hier gemeinsam deutlich machen.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Die Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP erheben sich – Dr. Götz Frömking (AfD): Das war eine Kriegsrede!)

Dr. Alice Weidel, AfD:

Geopolitische Nüchternheit statt feministischer Außenpolitik



Alice Weidel (* 1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Russlands Angriffskrieg auf ein Nachbarland ist ein Rückruf in die raue Welt der Realpolitik. Das ukrainische Volk zahlt den Preis für den russischen Völkerrechtsbruch, für die Illusion der eigenen Führung und für die falschen Versprechungen des Westens.

Es war ein verhängnisvoller Fehler, die Ukraine mit den unerfüllbaren Versprechen einer Mitgliedschaft in NATO und EU in eine aussichtslose Konfrontation

und eine gefährliche Zerreißprobe zu locken. Klüger wäre es gewesen, auf Henry Kissinger zu hören, der schon 2014 richtig festgestellt hat – ich zitiere -: „... um zu überleben und sich zu entwickeln, darf die Ukraine niemandes Vorposten sein.“ Dass eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine eine rote Linie darstellt, deren Überschreiten Russland nicht hinnehmen würde wie die vorangegangenen NATO-Osterweiterungsrunden, liegt seit fast zwei Jahrzehnten klar auf dem Tisch.

Unzählige Gelegenheiten wurden seither versäumt, einen Status gesicherter Neutralität für die Ukraine auszuhandeln, der den Sicherheitsinteressen aller Rechnung getragen und der Ukraine ermöglicht hätte, vom Zankapfel zu einer Brücke zwischen Ost und West zu werden. Stattdessen ha-

ben die Hardliner, gefangen in einer völlig überkommenen Logik des Kalten Krieges, starr an der Beitrittsperspektive für die Ukraine festgehalten und dabei überheblich Russland den Großmachtstatus abgesprochen. Das ist das historische Versagen des Westens: die Kränkung Russlands. Es ändert nichts an der Verwerflichkeit des russischen Einmarschs, aber das Verständnis aller Ursachen ist Voraussetzung für die Suche nach Lösungen.

Deutschland hat in seinem gegenwärtigen Zustand nichts aufzubieten, um den Worten auch Taten folgen zu lassen. Sanktionen, die den eigenen Bürgern am Ende mehr Schaden zufügen als denen, die damit gemeint sind, werden dem Krieg in der Ukraine kein

Russlands Angriffskrieg auf ein Nachbarland ist ein Rückruf in die raue Welt der Realpolitik.

Ende setzen können. Sie sind letztendlich Alibi- und Sanktionspolitik, so wie das Anstrahlen des Brandenburger Tores in den ukrainischen Nationalfarben.

Die gescheiterte Energiewende, sehr geehrte Damen und Herren, hat uns in eine fatale einseitige Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen geführt, die kurzfristig, wenn überhaupt, nur zu astronomischen Kosten gelöst werden kann. Wer erklärt, wir seien bereit, dafür auch einen hohen wirtschaftlichen Preis zu zahlen, muss auch sagen: Es ist die Bevölkerung, die diesen Preis zu

zahlen hat. Es hat im Übrigen auch Gründe, dass die USA nicht daran denken, auf ihre beträchtlichen Ölimporte aus Russland zu verzichten.

Sicherheitspolitisch ist Deutschland ebenfalls ein Leichtgewicht geworden. „Und die Bundeswehr ... steht ... blank da“, gesteht sogar der Inspekteur des Heeres in selten gewordener Offenheit ein. Eine heruntergewirtschaftete Armee und eine marginalisierte Rüstungsindustrie, das ist das Erbe von 16 Jahren Angela Merkel, Herr Merz.

Wer soll uns noch ernst neh-

men, wenn wir uns wirtschaftlich und militärisch das Rückgrat brechen und uns statt mit realen Problemen mit Gender-Gaga und ideologischen Experimenten beschäftigen? Das ist grober Unfug.

Wir müssen den Weckruf der Realpolitik hören. Wir brauchen Energiepolitik, die den Fokus auf Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit legt. Der Schlüssel dazu sind weder noch mehr Windräder noch Flüssiggas aus den USA, sondern der Wiedereinstieg in die friedliche Nutzung der Kernenergie. Wie denn auch sonst?

Wir brauchen eine Bundeswehr, die die Fähigkeit zur Landesverteidigung zurückgewinnt. Das erfordert nicht allein mehr Geld, sondern vor allem eine strategische Wende, sehr geehrte Damen und Herren.

Und wir brauchen geopolitische Nüchternheit statt feministischer Außenpolitik. Haltung und schöne Worte sind kein Ersatz für Realpolitik. Auch nach diesem Krieg werden wir mit Russland immer noch auf einem Kontinent leben.

Die Herausforderung, eine europäische Sicherheitsarchitektur

zu schaffen, die das Ost-West-Blockdenken überwindet, ist nicht vom Tisch, aber sie ist schwieriger geworden. Deutschland kann und sollte hier eine wichtige Rolle als ehrlicher Makler spielen. Voraussetzung ist, dass wir die richtigen Konsequenzen ziehen und verlorenes Vertrauen, Souveränität und Handlungsfreiheit wieder aufbauen und uns bloß nicht unreflektiert in einen Krieg hineinziehen lassen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Christian Lindner, Bundesminister der Finanzen:

Die Bundeswehr darf nicht länger vernachlässigt werden



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es ist Krieg in Europa. Was Geschichte war, ist Gegenwart geworden. Es ist Krieg in Europa. Der 24. Februar 2022 trennt das Vorher vom Nachher. Es reicht nicht mehr, über Freiheit und die Werte des Grundgesetzes, über internationale Zusammenarbeit und Solidarität zu reden. Jetzt ist die Zeit, die Werte des Grundgesetzes – Freiheit und internationale Solidarität – zu leben.

Russland hat einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Das ist das Ende aller Hoffnung auf Frieden, und es ist auch das Ende aller Illusionen über Putins Russland. In dieser Zeit der Entscheidung ist Klarheit gefordert, wo wir stehen: Wir stehen in Solidarität an der Seite der Ukraine.

Was haben wir hier gerade gehört? Was für ein Bild der Gründe, warum es zu diesem Krieg gekommen ist? Sagen wir es in aller Klarheit: Putin hat die Ukraine angegriffen, weil sich ein souveräner Staat in freier Selbstbestimmung dafür entschieden hat, seinen Weg nach Westen zu gehen.

Die Ukraine ist ein souveräner Staat, und sie hat von ihrem Recht Gebrauch gemacht, über ihre Zukunft zu entscheiden. Sie hat sich gegen Autoritarismus entschieden.

Sie hat sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entschieden – und dafür ist sie angegriffen worden. Der Angriff auf die Ukraine ist deshalb nicht nur der Überfall auf einen souveränen Staat. Es ist ein Angriff auf eine Werteordnung. Es ist ein Angriff auf uns alle.

Wir waren und sind solidarisch mit der Ukraine, gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Union und im Kreise der G 7. Deutschland hat in der Vergangenheit erhebliche finanzielle Mittel zur Unterstützung der Ukraine bereitgestellt, und das werden wir fortsetzen. Schon in dieser Woche werden wir im Kreis der G-7-Staaten beraten, was an zusätzlicher Hilfe nötig ist.

Wir sind aber zugleich auch entschlossen: Wir ziehen diejenigen mit den Mitteln des Rechts zur Rechenschaft, die Verantwortung dafür tragen, dass das Völkerrecht gebrochen wurde. Wir werden Russland isolieren – wirtschaftlich, finanziell und politisch.

Wir treffen Russlands Banken. Wir treffen Russlands Oligarchen. Wir treffen Russlands Wirtschaft. Die Sanktionen, die wir beschlossen haben, sind auf Dauer angelegt. Wir brauchen einen langen Atem. Wir haben diesen langen Atem. Diese Sanktionen werden negative Auswirkungen auch auf uns haben. Aber wir sind bereit, diese negativen Auswirkungen zu tragen; denn sie sind der Preis der Freiheit.

Die Bundesregierung unternimmt alles, um maximalen Druck auf Putin auszuüben und zugleich eine Schwächung unserer Position zu begrenzen.

Erstens. Wir haben sorgfältig, unter Federführung des Kanzleramtes, an finanziellen Sanktionen gearbeitet, die Putin keinen Vorwand bieten, notwendige Rohstofflieferungen auszusetzen, die auf der anderen Seite aber erreichen, dass es mit Russland wortwörtlich kein business as usual mehr geben wird.

Und damit enden wir nicht. Die deutschen und europäischen Finanzbehörden, wir werden alles unternehmen, um Geldströme und Vermögenswerte derjenigen, die Putin unterstützen, zu identifizieren und einzufrieren.

Zweitens. Wir werden Reserven bei Gas und Kohle aufbauen, um unsere Durchhaltefähigkeit auszubauen. Dafür haben wir Mittel im Milliardenbereich eingeplant.

Drittens. Die Bedeutung der Energiesicherheit erfährt eine neue Priorität. Unsere Planungen der nächsten Jahre werden wir an die veränderte Lage anpassen müssen. Dabei werden wir nicht auf die Antworten der Vergangenheit setzen, sondern im Gegenteil den Weg in die Zukunft entschlossener fortsetzen. Erneuerbare Energien leisten nämlich nicht nur einen Beitrag zur Energiesicherheit und -versorgung. Erneuerbare Energien lösen uns von Abhängigkeiten. Erneuerbare Energien sind deshalb Freiheitsenergien. Wir setzen auf Freiheitsenergien.

Viertens. Die Stabilität der öffentlichen Finanzen und die Handlungsfähigkeit des Staates müssen erhalten bleiben. Die Schuldenbremse gilt. Das Vertrauen der internationalen Kapitalmärkte in Deutschland begründet eine unserer Stärken.

Fünftens. Die Anstrengungen, die

vor uns liegen, sind enorm. Die Anstrengungen, die vor uns liegen, erfordern wirtschaftliche Stärke. Und deshalb ist auch eine Konsequenz aus der veränderten geopolitischen Lage, dass wir unsere eigene wirtschaftliche Substanz stärken und alles unterlassen, was diese wirtschaftliche Stärke reduziert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben viele Jahre eine Friedensdividende genutzt. Die Bundeswehr wurde vernachlässigt. In diesen Tagen wurde noch über eine Taxonomie gesprochen, die Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit eingeschränkt hätte. Der Krieg in der Ukraine weckt uns alle aus einem selbstgerechten Traum.

Die Zeit der Vernachlässigung der Bundeswehr muss enden. Wir werden deshalb in der laufenden Finanzplanung und in jedem Haushaltsjahr die Mittel für den Verteidigungshaushalt erhöhen. Wir werden den laufenden Betrieb der Bundeswehr aus den laufenden Haushalten unter Achtung der Schuldenbremse finanzieren. Aber eine jahrelange, mindestens 15 Jahre dauernde Vernachlässigung der Bundeswehr kann man nicht von jetzt auf gleich im laufenden Haushalt korrigieren.

Deshalb müssen wir zu einem anderen Mittel greifen. Um die Bundeswehr zu ertüchtigen, um notwendiges Material, um notwendige Technik anzuschaffen, werden wir – der Bundeskanzler hat es gesagt – ein Sondervermögen einrichten. 100 Milliarden Euro wollen wir dafür zur Verfügung stellen. Wir wollen dieses Sondervermögen im Grundgesetz absichern, um deutlich zu machen, dass die Verwendung nur und ausschließlich für die Stärkung unserer Bündnisfähigkeit gedacht ist. Dafür brauchen wir die Unterstützung der Länder. Dafür brauchen wir die Unterstützung der CDU/CSU.

Friedrich Merz, wir werden nicht danach fragen, wer die Verantwort-

ung für den Zustand der Bundeswehr hat.

Wir werden nicht mit dem Finger aufeinander zeigen. Aber wir erwarten, dass beim Blick in die Zukunft und bei der Schaffung einer Bundeswehr, die wieder ihren Bündnisverpflichtungen gerecht werden kann, die Opposition die Bundesregierung unterstützt.

Ja, 100 Milliarden Euro neben den jährlichen Haushalten, das ist eine enorme Summe Geld. Sprechen wir es offen aus: Am Geld allein hat es nicht gemangelt, sondern wir werden auch über die Strukturen der Bundeswehr sprechen müssen, über ihren Auf-

trag, über die Möglichkeit, mit den Mitteln auch tatsächlich äußere Sicherheit zu garantieren. Für diese Debatte sind wir offen, und diese Debatte werden wir führen. Aber über die Investitionen in die Bundeswehr, lieber Friedrich Merz, sollten Sie sie nicht führen mit der Warnung vor neuen Schulden. Das sind in Wahrheit natürlich Kredite, die wir aufnehmen in den nächsten Jahren. Aber in dieser Weltlage sind es zunächst und zumeist Investitionen in unsere Freiheit.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, was sind das für mutige Menschen in der Ukraine, die für ihre Freiheit kämpfen, die in ihrem Land unsere westlichen Werte leben wollen! Sie nehmen uns auch in eine Verantwortung: Sie nehmen uns in die Verantwortung, dass auch wir hier unsere Werte ernst nehmen. Wir sind solidarisch mit der Ukraine, weil ein Volk über seine Zukunft frei entscheiden soll. Aber wir sind auch solidarisch mit der Ukraine, weil sie eine Inspiration für uns selbst ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Die Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erheben sich)

Wir werden auch über die Strukturen der Bundeswehr sprechen müssen.

Der Krieg in der Ukraine weckt uns alle aus einem selbstgerechten Traum.

Amira Mohamed Ali, Die Linke:

Wir haben die russische Regierung falsch eingeschätzt



Amira Mohamed Ali (*1980)
Landesliste Niedersachsen

In den Morgenstunden des 24. Februar sind wir in einem Europa aufgewacht, das nie wieder so sein wird wie vorher.

Wir teilen natürlich klar die Auffassung, dass Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt. Wladimir Putin hat den Verhandlungstisch mutwillig verlassen und bringt auf skrupelloseste Art und Weise ganz Europa und die Welt in die konkrete Gefahr eines Krieges. Dieser Angriffskrieg muss sofort beendet werden; die Soldaten müssen sofort zurückgezogen werden.

Sie wissen, dass wir als Linke häufig das Verhalten der NATO kritisiert haben, die sich mehrfach nicht an Völkerrecht gehalten hat. Aber, um es unmissverständlich zu sagen: Dieser russische Angriff ist durch nichts zu relativieren, durch nichts zu rechtfertigen, Kolleginnen und Kollegen.

In der Ukraine sterben Kinder, Frauen und Männer. Angstvoll drängen sich Menschen in U-Bahnhöfen, Familien werden auseinandergerissen, Wohngebäude werden zerstört. Hunderttausende sind auf der Flucht, vor allem Frauen und Kinder. Die Bilder, die uns täglich erreichen, sind unfassbar, schockierend. Bei vielen Menschen in ganz Europa, besonders bei den Älteren, die die Schrecken und das Leid des Zweiten Weltkrieges noch erlebt haben, wächst die Angst. Meine Tante Hilda aus Heide – sie ist 95 Jahre alt – rief vor ein paar Tagen an und sagte, sie hat wieder Angst vorm Krieg. Auch das ist erschütternd.

Kolleginnen und Kollegen, ich kann für mich persönlich, für meine Partei und sicher auch für viele hier im Raum sprechen, wenn ich

sage: Wir haben das nicht für möglich gehalten. Diesen Angriff Russlands auf die Ukraine, diesen verbrecherischen Akt, den haben wir, wie auch viele Expertinnen und Experten, nicht erwartet. Für meine Partei Die Linke räume ich in aller Deutlichkeit ein, dass wir die Absichten der russischen Regierung falsch eingeschätzt haben. Das macht uns nachdenklich. Wir bewerten die Lage heute anders und sagen klar: Putin ist hier der Aggressor und muss sofort aufgehalten werden. Seine Großmachtfantasien, die dürfen nicht Realität werden.

Wir stehen geschlossen an der Seite der ukrainischen Bevölkerung, an der Seite derer, die in der Ukraine um ihr Leben fürchten müssen, an der Seite derer, die sich auf der Flucht befinden und bei uns hier in Deutschland oder in angrenzenden Ländern Schutz suchen. Sie sind hier willkommen. Wir müssen uns gemeinsam mit den Ländern der Europäischen Union um diese Menschen kümmern. Für alle Menschen, die jetzt vor Krieg und Terror aus der Ukraine fliehen, braucht es eine unbürokratische Aufnahmeregelung und einen gesicherten Aufenthaltsstatus, Kolleginnen und Kollegen. Herr Scholz, dieses Bekenntnis habe ich in Ihrer Rede leider vermisst.

Wir sind auch solidarisch mit den mutigen Menschen, die zur Stunde in Russland Putin die Stirn bieten und für den Frieden demonstrieren. Sie werden verhaftet, sie riskieren Folgen, von denen heute keiner weiß, wie schwerwiegend sie für die Betroffenen sein werden. Diese Stimme des Friedens in Russland

gegen Putin, die müssen wir stärken.

Kolleginnen und Kollegen, wir stellen fest, dass wir in der Bewertung dieses Angriffs unter den demokratischen Fraktionen in diesem Haus große Einigkeit haben.

Darum haben wir in unserem Entschließungsantrag viele Passagen Ihres Antrags auch wörtlich übernommen. Bei der Frage, was es jetzt zu tun gilt, sind wir allerdings in mehreren Punkten anderer Auffassung; denn was sich bei uns bei aller Nachdenklichkeit und Neubewertung der Lage nicht geändert hat, ist unsere tiefe Überzeugung, dass Abrüstung und Di-

plomatie der Weg zum Frieden sind. Darum können wir niemals zustimmen, dass Waffen in Krisengebiete geliefert werden und aufgerüstet wird.

Herr Scholz, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, dass es ein Sondervermögen geben soll: 100 Milliarden Euro. Das Grundgesetz soll dafür geändert werden. Ich muss es einfach in aller Deutlichkeit sagen: Dieses Hochrüsten, diese Militarisierung, die können und werden wir als Linke nicht mittragen.

Über zivile Hilfe habe ich in Ihrer Rede leider auch nichts gehört, Herr Scholz. Frau Baerbock hat es gesagt. Selbstverständlich unterstützen wir es, dass im Haushalt dieser Posten zur Verfügung gestellt wird. Was denn sonst? Aber auf der einen Seite kommt ein Sondervermögen;

auf der anderen Seite geht es um einen Haushaltsposten. Kolleginnen und Kollegen, da ist etwas in Schiefelage; ich möchte es mal so deutlich sagen.

Die Geschichte lehrt uns, dass Wettrüsten keine Sicherheit schafft. Wir müssen bei dem, was wir jetzt tun, nicht nur das Heute im Blick haben, sondern auch das Morgen und das Übermorgen. Und insbesondere die Notwendigkeit der atomaren Abrüstung auf allen Seiten ist doch heute dringli-

cher und deutlicher denn je.

Zum Thema Sanktionen. Es gibt überhaupt keinen Zweifel daran, dass weder Putin noch seine Regierung noch die mächtigen Oligarchen, die hinter dem Angriffskrieg stehen, irgendeine Schonung verdient haben, genauso wenig wie die russische Rüstungsindustrie. Anders sieht es bei der russischen Bevölkerung aus. Das kann man nicht gleichsetzen; denn es gibt eine tiefe Kluft zwischen den extrem reichen und privilegierten Oligarchen und der breiten arbeitenden Bevölkerung. Da muss man differenzieren.

Sanktionen, die die russische Führung und die Oligarchen treffen sollen, die finden wir sehr sinnvoll. Aber es wird sich leider zeigen – das muss ich Ihnen sagen –, dass die Sanktionen, die Sie jetzt vornehmen, viel weniger wirkungsvoll sein werden, als es nötig wäre, weil die Reichen und Mächtigen Russlands längst Mittel und Wege haben, sie zu umgehen, weil sie durch Gesetzeslücken und Mängel in der Geldwäschebekämpfung ihre Investitionen hier bei uns im Land, in

Europa, im Rest der Welt verstecken können, zum Beispiel in einem Geflecht von Briefkastenfirmen, weil sie ihr Geld in der Schweiz oder in Steueroasen längst in Sicherheit gebracht haben. Das ist ein Problem, Kolleginnen und Kollegen. Aber dieses Problem kann und muss man jetzt angehen. Geldwäsche kann wirksam bekämpft werden. Steueroasen können ausgetrocknet werden. Das muss jetzt geschehen, damit die Sanktionen auch wirk-

lich wirken können.

Auch die russische Rüstungsindustrie darf nicht geschont werden. Darum brauchen wir sofort einen Lieferstopp für Güter, insbesondere im Hightechbereich, die für Rüstung verwendet werden können. Hier sind nach wie vor große Lücken, die dringend geschlossen werden müssen; denn auch hier drohen die Maßnahmen sonst zahnlos zu sein.

Kolleginnen und Kollegen, beim Thema Sanktionen muss man sich aber auch ehrlich machen. Daher geht es ausdrücklich nicht, dass Einzelinteressen von einflussreichen Lobbys berücksichtigt werden, ohne dass es irgendeine sachliche Erklärung gibt. Wenn ich jetzt zum Beispiel erfahre, dass italienische Luxusartikel aus dem Sanktionskatalog herausfallen, dann muss ich mich schon fragen, welche Prioritäten hier gesetzt werden. Das geht so nicht.

Kolleginnen und Kollegen, die Bilder, die wir jeden Tag sehen, die Meldungen, die wir hören, die machen uns betroffen, und wir sehen aktuell noch keinen Weg, wie die Menschen in der Ukraine schnell ein Leben in Frieden und Freiheit führen können. Ja, wir brauchen sofort einen Waffenstillstand. Auch wenn es uns aktuell vielleicht unmöglich erscheint, muss unser Handeln klar von dem Gedanken getragen sein, dass der Tag kommt, an dem man an den Verhandlungstisch zurückkehren muss. Eine Lehre sollte sein, dass wir uns unabhängiger machen, besonders von diktatorischen Regimen, und dass das Völkerrecht und die Menschenrechte wichtiger sind als wirtschaftliche Interessen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser russische Angriff ist durch nichts zu relativieren, durch nichts zu rechtfertigen.



Mit massivem Polizeiaufgebot geht die russische Staatsgewalt gegen Demonstrierende vor. Mehrere tausend Menschen sollen bereits verhaftet worden sein.

©picture alliance / AA | Stringer

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Putin hat sein Vetorecht moralisch und politisch verwirkt



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Der vom russischen Präsidenten befohlene Überfall auf die Ukraine ist eine entsetzliche Barbarei. Putin will ein Volk, eine souveräne Nation brechen. Er verantwortet wissentlich und willentlich Tod, Elend und Zerstörung. Wir trauern mit den Hinterbliebenen um die Opfer eines Kriegsverbrechens, das in diesen Minuten, in diesen Stunden und wahrscheinlich auch noch in den nächsten Tagen in vollem Gange ist. Das ist Putins Krieg.

Diese Zäsur, meine Damen und Herren, bedeutet gleichwohl mehr: Der russische Präsident zerstört damit endgültig die internationale Ordnung, die wir nach dem Kalten Krieg errichten wollten. Vor wenigen Tagen hat sich die europäische Sicherheitsordnung, aber auch die internationale Politik grundlegend verändert.

Putins hochgerüstete Militär- und Atommacht verstößt abermals gegen das Interventions- und Gewaltverbot. Deshalb sage ich von dieser Stelle aus auch an die Welt: Heute ist eine Nation auf dem europäischen Kontinent das Opfer, morgen kann es auch ein Land in Zentralasien treffen, um die vermeintlich russischen Seelen einzusammeln. Wir müssen gemeinsam Putin die Stirn bieten, mit vielen Regierungen und mit vielen Menschen, soweit wir können.

Meine Damen und Herren, der russische Überfall ist eine Rückkehr zu einer kriegerischen Großmachtspolitik. Es besteht die Gefahr eines Flächenbrandes. Wir sind der Bundesregierung und unseren Verbündeten deshalb dankbar für die klaren und eng abgestimmten Maßnahmen. Wir erhoffen uns die Unterstützung von weiteren Regierungen außerhalb des Westens. Zugleich bin ich sicher, dass die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung die Aggression verurteilt.

Vor diesem Hintergrund muss sich vor allem die chinesische Re-

gierung fragen, wie lange sie die Spannung zwischen ihren außenpolitischen Grundsätzen und einer mitleidlosen Interessenpolitik noch aushalten kann. Präsident Xi, ändern Sie Ihren Kurs. Stoppen Sie den Krieg Putins. Nur dann kann China eine internationale Ordnung für den Frieden in Zukunft mit prägen.

Es war richtig, dass der UN-Sicherheitsrat vor zwei Tagen versucht hat, die russische Aggression aufs Schärfste zu verurteilen und das Recht der Ukraine auf die territoriale Integrität und Souveränität zu bekräftigen. Russlands Veto ändert daran nichts. Putin hat sein Vetorecht moralisch und politisch verwirkt.

Umso wichtiger ist jetzt die Überweisung der Resolution in die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Hier sind fast alle Länder versammelt, und das Haus der Staatenwelt könnte morgen ein deutliches Zeichen setzen. Auch dafür, meine Damen und Herren, müssen wir zusammenarbeiten – hier im Parlament, aber auch mit vielen Regierungen auf der Welt.

Putin sollte die Entschlossenheit und den Zusammenhalt der freien Staatenwelt nicht unterschätzen. Wir haben Sanktionen verhängt, die nicht nur die russische Wirtschaft und das Bankensystem, sondern auch Putin, seine Kriegstreiber und Hasardeure treffen.

Russland wird von den internationalen Finanzmärkten ausgeschlossen. Es wird die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen schmerzhaft spüren. Ich sage auch: Selbst wenn Russland über umfangreiche Devisenreserven verfügt und seine Kriegskasse gut gefüllt ist, sollen Putin und seine Handlanger wissen: Langfristig wird das Regime die Sanktionen spüren. – Das ist die klare Botschaft, die heute auch hier aus Berlin in Richtung Moskau ausgesendet wird. Dazu müssen wir in den kommenden Tagen einen noch größeren Unterstützerkreis schaffen. Das heißt dann aber auch – auch das sage ich sehr deutlich -: Unser Land ist bereit, die finanziellen und wirtschaftlichen Konsequenzen zu tragen. Darüber darf sich niemand heute hinwegtäuschen.

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Ja, der Krieg in der Ukraine bedeutet das Scheitern aller bisherigen diplomatischen Bemühungen. Das ist schmerzhaft und bitter. Das sage ich auch gerade für jemanden wie mich, der bis zum Schluss alle diplomatischen Mittel nutzen wollte und benutzt sehen wollte. Deshalb danke ich Bundeskanzler Olaf

Scholz und stellvertretend für die gesamte Bundesregierung Annalena Baerbock für die unermüdliche Arbeit ebenso wie dem französischen und dem amerikanischen Präsidenten, dem britischen Premier und allen unseren Freunden und Partnern, die nichts unversucht gelassen haben, Putin von diesem Schritt abzuhalten. Vielen Dank!

Hervorheben möchte ich auch die weitgehende Einigkeit in diesem Haus: von der Diplomatie über Waffenlieferungen bis hin zum Bankensystem. Am Ende unserer Debatte werden wir zusammen mit der Union eine gemeinsame Resolution verabschieden. Das ist ein starkes Zeichen des Zusammenhalts in einer existenziellen Krise. Dafür möchte ich mich bei Ihnen, Herr Merz, ganz herzlich bedanken.

Mit der Invasion wurden die Hoffnungen und die Arbeit für eine friedlichere Welt wahrscheinlich auf Jahrzehnte zurückgeworfen. Junge und nachfolgende Generationen werden uns dafür verurteilen, dass wir Älteren es nicht vermocht ha-

ben, eine bessere Welt zu schaffen, sei es beim Klima, bei der Armut oder bei Militär und Rüstung. Ich kann für viele hier in diesem Haus versprechen: Solange wir können, müssen wir diese Schuld abtragen.

Die um sich greifende Missachtung internationaler Normen, die einseitige Kündigung von Abrüstungsverträgen und das eigenmächtige verstörende Auftreten mancher Staatsschefs in den letzten Jahren haben die Welt nicht sicherer gemacht. Nichts rechtfertigt Putins Krieg. Wir müssen ihm Grenzen setzen und neue russische Aggressionen eindämmen. Dafür braucht es beides: eine glaubhafte Verteidigung, aber eben auch gemeinsam eine kluge Außenpolitik.

Deswegen: Ja, wir müssen die Bundeswehr in die Lage versetzen, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Unsere Streitkräfte müssen die Ausrüstung bekommen, die sie brauchen. Deswegen haben wir in den vergangenen Jahren den Verteidigungshaushalt erhöht, und wir werden das auch in Zukunft verantwortungsvoll tun, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Gleichzeitig – auch das sage ich in voller Kenntnis der großen Herausforderung – müssen wir – Kollege Lindner hat darauf hingewiesen – das Geld besser und effizienter einsetzen, auch innerhalb der Europäischen Union und der

NATO. Allein wir Europäer geben jährlich über 200 Milliarden Euro für Verteidigung aus. Deswegen sind wir überzeugt: Eine effiziente Verteidigungspolitik, meine Damen und Herren, darf sich nicht in Etatsätzen erschöpfen.

Auch wenn wir uns heute auf die Wehrhaftigkeit konzentrieren müssen, dürfen wir die anderen Elemente einer gerechten und demokratischen Sicherheitspolitik nicht vernachlässigen. Deshalb war es ein gutes Zeichen, dass wir noch am Tag des russischen Angriffs zusätzlich 5 Millionen Euro für den Ukraine-Hilfsfonds der Vereinten Nationen bereitgestellt haben. Dies ist eine Botschaft an die Kriegsflüchtlinge, an die Binnenflüchtlinge in der Ukraine, aber auch diejenigen, die versuchen, nach Europa zu kommen: Wir stehen ihnen in schwerer Not zur Seite, auch durch die Aufnahme ihrer Staatsbürger in die Länder der Europäischen Union.

Unser Respekt und unsere Anerkennung gelten am Schluss meiner Rede den mutigen russischen Staatsbürgern, die öffentlich oder im Sinn des zivilen Ungehorsams die Barbarei ihres Präsidenten verurteilen. Sie zeigen damit der Welt, dass es ein anderes Russland gibt, ein Russland, das Teil der Völkergemeinschaft sein möchte und in Frieden mit seinen Nachbarn leben will. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie des Abg. Friedrich Merz (CDU/CSU))

**Eine effiziente
Verteidigungs-
politik darf
sich nicht in
Etatsätzen
erschöpfen.**

Alexander Dobrindt, CSU:

Frieden zu sichern, braucht mehr als wirtschaftliche Stärke



Alexander Dobrindt (*1970)
Wahlkreis Weilheim

Der Krieg ist im 21. Jahrhundert in die Mitte Europas zurückgekehrt. Das Unmögliche ist Wirklichkeit geworden. Ich weiß nicht, was überwiegt, wenn man die Bilder sieht, wie Leben von jungen Menschen in Uniformen, von Frauen

und Kindern in der Zivilbevölkerung zerstört wird: Ist es Trauer, oder ist es Wut, die einen erfasst? Aber eines überwiegt sicher: Größer als der Hass Putins auf die Ukraine ist unsere Solidarität mit den Menschen und dem Volk der Ukraine, meine Damen und Herren.

Herr Bundeskanzler, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung aus unserer Sicht richtig dargelegt, dass der Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-Finanzsystem jetzt notwendig ist. Sie haben richtig dargelegt, dass die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine zu unterstützen ist und wir Waffen zu liefern haben. Sie haben uns bei diesen Maßnahmen an Ihrer Seite, sowohl, was das Finanzsystem angeht, als auch, was die Lieferung von Verteidigungswaffen an die Ukraine betrifft.

Wir haben seit mehreren Tagen festgestellt, dass unsere Partner in Europa dieses Vorgehen auch von Deutschland eingefordert haben, und wir wollen im Gleichklang mit unseren europäischen und amerikanischen Partnern handeln. Um dies deutlich zu sagen: Es darf auch bei weiteren notwendigen Maßnahmen keinen Sonderweg Deutschlands als Land mit dem Fuß auf der Bremse geben. Dann haben Sie uns weiterhin an Ihrer Seite, Herr Bundeskanzler.

Um auch das klarzustellen, für alle unmissverständlich, weil es natürlich große Debatten auch in der Öffentlichkeit gibt, wenn wir Waffen in Kriegsgebiete liefern: Es geht uns bei diesen Lieferungen von Waffen nicht darum, Krieg zu führen. Es geht darum, Verhandlungen wieder zu ermöglichen und es zu schaffen, dass diejeni-

gen, die angegriffen werden, sich auch wehren können, meine Damen und Herren.

Putin hat den Frieden in Europa zerstört. Wir müssen einsehen, dass unsere Idee „Frieden durch Handel, durch wirtschaftliche Verflechtung“ nicht funktioniert hat. Wir waren uns sicher, dass der gemeinsame Austausch von Waren, dass der Handel automatisch zu einem friedlichen Miteinander führt. Es ist auch nicht und es war auch nicht falsch, daran zu glauben; aber es hat schlichtweg nicht ausgereicht.

Frieden zu sichern, braucht mehr als wirtschaftliche Stärke. Frieden zu sichern, braucht auch starke Sicherheitsgarantien und braucht eine starke Verteidigungsfähigkeit, meine Damen und Herren.

Ich hoffe, dass wir in diesem Parlament einer Meinung sind: Putin hat nicht nur den Frieden Europas zerstört, Putin hat auch die Friedensdividende zerstört.

Politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich haben wir in der Vergangenheit von dieser Friedensdividende profitiert.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sätze, die es in diesem Parlament gegeben hat, die geheißt haben: „Immer mehr Ausrüstung kann nicht die Antwort sein“, passen nicht mehr in diese Zeit. Die Antwort muss zwingend heißen: Mehr Ausrüstung, mehr Militärtechnik und vor allem mehr Wertschätzung gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten und der Bundeswehr!

Und ja, es hat sich abgezeichnet, dass die wachsende Zahl der Aufgaben, die auf die Bundeswehr zukamen, und die Mittel, die dafür bereitgestellt worden sind, nicht zusammenpassen. Ja, es hat sich abgezeichnet, in der Tat. Der 24. Februar – das muss jedem klar sein – ist die Zäsur, die zeigt, dass Landes- und Bündnisverteidigung wieder allerhöchste Priorität haben

muss. Wie viele Länder in Europa verlassen sich auf Deutschland, wenn es um die Bündnisgarantien geht! Und wie viele in Deutschland, auch in der Politik, glaubten, dass die Sicherheitsgarantien im Bündnis alleinige Aufgabe der Vereinigten Staaten von Amerika sind? Ich frage Sie: Wenn wir nicht die Sicherheit in Europa garantieren wollen, warum sollten es dann die Vereinigten Staaten von Amerika tun?

Deswegen will ich an dieser Stelle schon auch sagen: Wenn man dem zuhört, was hier von der linken Seite kommt – was letztlich alles infrage stellt, was wir gerade hier diskutieren, zur Verteidigungsfähigkeit und Wehrfähigkeit Europas, zur NATO und zur Bundesrepublik Deutschland –, glaube ich, wir sollten das gemeinsame Bekenntnis abgeben: Wir brauchen für unsere Verteidigungsfähigkeit auch die nukleare Teilhabe. Es ist unverantwortlich, diese nukleare Teilhabe infrage zu stellen, meine Damen und Herren.

In den letzten Tagen und Wochen war immer wieder zu hören und auch zu lesen, Putin sei stark

und der Westen sei schwach. All denjenigen, die so etwas gesagt oder geschrieben haben, kann ich nur sagen: Unsere Stärke ist nicht einfach nur militärisch, unsere Stärke ist vor allem auch demokratisch. Wenn der Westen schwach wäre, dann würde Putin ihn nicht fürchten und würde nicht versuchen, Länder wie die Ukraine dazu zu bringen, sich ihm anzuschließen. Wir sind deswegen stark, weil wir für Demokratie, für Wohlstand und für Freiheit stehen. Das sind die Werte, die Putin seinem eigenen Volk vorenthält, deswegen fürchtet er uns, meine Damen und Herren.

Europäische Union und NATO sichern Freiheit und Wohlstand ihrer Mitglieder; deswegen wollen gerade auch die Länder aus dem ehemaligen Ostblock sich uns anschließen. Und sie wollen es auch deswegen tun, weil sie den Unterschied kennen zwischen einer Partnerschaft in der EU und der NATO und einer Partnerschaft mit Putin: Wir wollen, dass unsere Freunde und Partner auf eigenen Beinen in Freiheit stehen können; Putin will, dass sie sich in den Staub

werfen, meine Damen und Herren.

Vor 70 Jahren, im Februar 1952, hat der Deutsche Bundestag eine Debatte über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland geführt. Es ging damals um die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. „Friedenspolitik heißt ... Verzicht darauf, politische Ziele mit Gewalt durchsetzen zu wollen“, hat damals Franz Josef Strauß gesagt und weiter erklärt: „Friedenspolitik heißt aber auch, einem ... Angreifer klar zu machen, dass sein Angriff auf den ... Gesamtwiderstand Europas ... stoßen wird.“ Dieser Satz ist heute so richtig wie damals. Wir können den Angriff auf die Ukraine nicht mehr verhindern; aber wir können dafür sorgen, dass das nicht so weitergeht. Krieg und Gewalt dürfen schlichtweg nicht das letzte Wort in der Geschichte haben, meine Damen und Herren.

Gott schütze die Ukraine!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz:

Waffenlieferungen an die Ukraine sind die richtige Entscheidung



Robert Habeck (*1969)
Wahlkreis Flensburg – Schleswig

Erlauben Sie auch mir noch ein paar einordnende Bemerkungen zur Situation, zum Handeln der Bundesregierung und zu diesen Tagen, Wochen, Stunden und zu dieser Plenardebatte, die sicherlich in zehn Jahren als historisch beurteilt werden wird.

„Ukraine“ heißt „Grenzland“: ein Land am Rand von Europa – so sagt es der Name –, ein Land am Rand von Russland. Immer wieder wurde seine territoriale Integrität zerstört, wurde seine territoriale Integrität nicht geachtet, wurde es erobert. Ein Land, das eine so wechselvolle Geschichte als Randland, als Grenz-

land, wie es der Name ja schon sagt, erlebt hat, hat natürlich manchmal Probleme, seine eigene Staatlichkeit zu entwickeln. Aber der seit 30 Jahren bestehende Wille der Menschen in der Ukraine, für die Freiheit und für die Demokratie einzutreten, ist unerschütterlich geblieben. Wir reden hier nicht allein über die Grenzfragen; wir reden darüber, ob der Wille zu Freiheit und Demokratie, der Selbstbestimmungswille dieses Landes, erhalten und verteidigt wird. Das bedeutet die Auseinandersetzung, die wir eigentlich gerade diskutieren, und das rechtfertigt auch die unbestreitbare Solidarität dieses Hauses und dieser Bundesregierung mit der Ukraine.

Es ist die Freiheit, die Putin fürchtet. Er hat es selbst gesagt in einer Nebenbemerkung bei einem Gespräch mit dem französischen Präsidenten Macron, als er ein russisches Kinderlied zitiert hat, das Mädchen manchmal beim Kämmen der Haare vorgelesen wird, wenn es zieht. Das ist aber auch ein Synonym für Vergewaltigung: Die Ukraine sollte sich nicht so anstellen, sie würde jetzt halt vergewaltigt werden. – So hat der Präsident gespro-

chen. Er weiß, was er tut. Und wer bei einer militärischen Vergewaltigung zuschaut, macht sich schuldig. Deswegen müssen wir handeln, und wir müssen unsere Position so stark machen, dass wir der Ukraine in dieser Stunde der militärischen Vergewaltigungsnot helfen.

Es sind, rückwirkend gesehen, sicherlich Fehler gemacht worden, und auch diese gilt es aufzuarbeiten. Das tun wir gerade. Wenn man in der Ukraine war, dann hat man an allen Ecken die Frustration darüber gespürt, dass die Haltung des Westens offen, unklar war: Die Tür ist offen, aber ihr dürft nicht durch. Wir halten an unseren Prinzipien fest, aber bezahlen sollen andere den Preis.

Wir wollen gute Partnerschaft und Handel durch Wandel, aber wir sind nicht achtsam genug, um zu sehen, in welche Abhängigkeit wir geraten, beispielsweise durch die hohe energiepolitische Abhängigkeit Deutschlands von russischen Öl-, Kohle- oder Gas-

importen. Man hatte also genug warnende Stimmen, und wir waren politisch nicht wachsam und nicht klar genug, um darauf zu antworten.

Umgekehrt ist die deutsche Geschichte eine schwere Hypothek. Ukraine, Russland, Polen, Belarus: Wir wissen ja gar nicht, bei welchem Land wir uns zuerst entschuldigen sollen aufgrund all der Massaker, der Angriffskriege und des Wütens von Deutschen in diesen Ländern. Insofern achte ich – und ich achte es hoch – eine Position des unbedingten Pazifismus, die sich sicherlich auch aus dieser Geschichte ableitet und sagt: Wir können nicht weiter die nächste Schuld auf uns laden.

Ich achte sie, aber ich halte sie für falsch; denn schuldig werden wir trotzdem. Wir kommen nicht mit sauberen Händen aus der Sache raus.

Deswegen ist die Korrektur, die die Bundesregierung gemacht hat, also die Bereitschaft, Waffen zu liefern, richtig. Sie ist richtig, weil nur eine Position, die sagen würde: „Nur wenn niemand Waffen liefert, ist alles richtig; also lassen wir die Ukraine alleine, hoffen wir darauf, dass sie schnell überrannt wird“, die logischkonsequente Position wäre. Diese Position können wir aber aus den genannten Gründen nicht einnehmen.

Deswegen, so schwer es ist: Es ist die richtige Positionierung und die richtige Entscheidung.

Sie ist richtig, aber ob sie gut ist, das weiß heute keiner. Ich weiß es auch nicht. Ich habe mich immer sehr offen dafür gezeigt, diesen Schritt zu gehen. Denn wer weiß schon, wie sich dieser Krieg entwickelt? Und wer weiß, ob aus dieser Entscheidung heraus nicht weitere Entscheidungen getroffen werden und wir nicht irgendwann lauter Waffen für einen dauerhaften, langen Krieg in Europa liefern?

Auch das ist möglich. Wir müssen uns deswegen von der Grundprinzipienfrage leiten lassen, warum wir uns solche schweren, auch uns an die Grenze führenden Entscheidungen zumuten. Diese Antwort kann nur in der Solidarität mit der Freiheit und der Demokratie der Völker und der Menschen stehen, die für diese kämpfen. Das kann aber Konsequenzen haben. Die Bundesregierung wird – auch ich in meinem Amt – alles, wirklich alles dafür tun, Konsequenzen für Deutschland und Schaden vom deutschen Volk fernzuhalten.

Wir werden also für die Bereiche der Wirtschaft, die möglicherweise von Sanktionen betroffen sind, ähnliche Schutzmaßnahmen treffen, wie wir es in der Coronapandemie getan haben. Wir werden die Reserven für Kohle, Öl

Fortsetzung auf nächster Seite

Wir werden die Reserven für Kohle, Öl und Gas hoch halten und sind schon längst dabei.

und Gas hoch halten und sind schon längst dabei. Wir werden aber auch den Ausstieg aus der Verbrennung von fossilen Energien deutlich beschleunigen müssen und an dieser Stelle nicht mehr über Jahrzehnte reden.

Wir werden also einen Ausstiegsplan aus den fossilen Energien vorlegen und mit großer Kraft umsetzen. Wir werden das Gesetz, mit dem beschlossen werden soll, die Speicher voll zu halten, zeitnah vorlegen. Ich werde auf die Fraktionen zugehen und

sie bitten, dieses Gesetz einzubringen, damit wir möglichst wenig Zeit verlieren.

Wir werden einen Hochlauf von Wasserstoff und erneuerbaren Energien brauchen. Es ist gut, in die militärische Sicherheit zu investieren, aber lassen Sie mich an dieser Stelle klar sein: Die Energieversorgung und die Souveränität der Energieversorgung ist ebenfalls eine Frage von nationaler Sicherheit geworden. Auch darin werden wir investieren müssen.

Der Krieg ist in Russland nicht

populär. Es gibt Demonstrationen dagegen in etwa 50 Städten. Über tausend Menschen sind allein am ersten Tag verhaftet worden. Man riecht sie förmlich, die Angst der Potentaten, die Angst von Putin vor seinem eigenen Volk. Und wenn wir uns klarmachen, worüber wir entscheiden, dann sehen wir, was hier den systemischen Unterschied macht und was diese Tage markiert.

Es ist die Angst der Potentaten vor ihren eigenen Menschen, die den Unterschied macht. Es ist die

Angst der Autoritären vor ihrer eigenen Bevölkerung, die den Unterschied macht. Hier die Angst der Machthaber – dort der Mut zur Freiheit, die Hoffnung auf Selbstbestimmung, der Mut, auf die Straße zu gehen. Das macht den Unterschied aus.

Es ist die Provokation der Freiheit, die Putin und die Seinen nicht aushalten. Insofern ist es eine Systemfrage, vor der wir heute stehen. Denken wir nicht nur bis zur Grenze – denken wir darüber hinaus. Seien wir in Zukunft

wachsam und nicht arglos. Wenn Wachsamkeit der Preis der Freiheit ist, dann wollen wir nicht wieder schlafmützig sein. Setzen wir also auf die Freiheit! Vertrauen wir auf die Menschen und die Menschlichkeit! Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP – Beifall bei der CDU/CSU und der LINKEN – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Abgeordnete der SPD und der FDP erheben sich)

Tino Chrupalla, AfD:

Herr Scholz, Sie haben mit Ihrer Rede den Kalten Krieg reaktiviert



Tino Chrupalla (*1975)
Wahlkreis Görlitz

Lassen Sie mich zu Beginn eine Feststellung treffen und allen Vorrednern dahin gehend recht geben: Russland hat die Ukraine angegriffen, und wir haben wieder Krieg in Europa. Das bestürzt mich als Politiker, als Bürger Deutschlands und als Familienvater zutiefst.

Fest steht, dass die Konfliktsachen mindestens acht Jahre zurückliegen und komplex sind. Es darf in diesen Tagen aber nicht unser Ziel sein, den einen Schuldigen auszumachen. Wir müssen die Diskussion auch zu einer Lösung, zu einer gemeinsamen Zukunft führen.

Im Mittelpunkt sollten dabei Deutschland und seine Bürger genauso stehen wie die Rolle der europäischen Staaten und Völker. Russland ist ebenso Teil dessen wie die Ukraine. Herr Lindner, es gibt immer Hoffnung, auch Hoffnung in einem Krieg. Russland ist ebenso wenig Wladimir Putin wie Deutschland Frank-Walter Steinmeier ist. So einfach ist das nicht.

Wir dürfen gerade in diesen Tagen Russlands Beitrag für Deutschland und Europa nicht vergessen. Auch dadurch wurde vor 32 Jahren die deutsche Einheit ermöglicht, untermauert

durch den Abzug russischer Truppen im Jahr 1994. Dem müssen wir Respekt zollen, und das sage ich ganz bewusst auch als Ostdeutscher. Wir danken Russland bis heute dafür.

Liebe Kollegen, Schuldzuweisungen und Schuldzuschreibungen erzeugen keine Lösungen, sondern heizen den Konflikt immer weiter an. Vielmehr stimme ich allen Rednern zu, die sich für Deeskalation und Entschärfung in Worten und Taten starkmachen, und ich rufe selbst zur Mäßigung auf. Wir alle wollen Frieden in Deutschland und Europa. Deshalb, werte Bundesregierung, versammeln Sie bitte alle Partner am Verhandlungstisch. Verlassen Sie den Denkkorridor des Ost-West-Konfliktes, und skizzieren Sie eine gemeinsame Zukunft des europäischen Kontinents. Dafür müssen wir im Dialog bleiben.

Mögliche Lösungen setzen Zugeständnisse auf beiden Seiten voraus. Herr Scholz, Sie haben heute mit Ihrer Rede leider den

Kalten Krieg reaktiviert; das muss ich so deutlich sagen.

Leider sehe ich im Moment – das habe ich in den Vorreden alles schon gehört – einen Überbietungswettbewerb darin, am schnellsten und am effektivsten die Brücken nach Osten abzubauen, zum Beispiel die Geldströme oder Nord Stream, wie Herr Bundeskanzler Scholz das möchte, oder Verkehrswege, sodass Aeroflot bei uns nicht mehr landen darf. Da muss man wirklich die Frage stellen: Wem nutzt das? Wem nutzt das, und welche Folgen erkaufen wir uns damit? Herr Merz, Sie haben vorhin von „Interessen“ gesprochen. Welche Interessen Sie verfolgen, wissen wir alle. Deutsche Interessen sind es definitiv nicht.

Wir müssen uns fragen: Welche sozialen Folgen hat Ihre Politik für die deutschen Bürger? Diese müssen schon jetzt überall mit steigenden Preisen leben lernen, Stichworte: Benzinpreise, Heizkosten, steigende Inflation. Den-

ken Sie bitte auch daran, welche Signale Sie den nachfolgenden Generationen geben. Wollen Sie allen Ernstes die Bundesregierung sein, die wieder Soldaten in einen Krieg gegen Russland schickt? Das lehnen wir ebenso wie die Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete ab.

Werte Kollegen, wir als Deutschland in der Mitte Europas sind leidgeprüft. Gerade wir könnten mit unseren Erfahrungen eigenständig und selbstbewusst für ein stabiles, sicheres Europa auftreten und in diesem Konflikt neutral vermitteln. Deshalb rufe ich der Bundesregierung zu: Planen Sie nicht, wie wir Beziehungen verschlechtern, sondern wie wir Wohlstand, Sicherheit und eine friedliche Koexistenz aller Nationen von Wladiwostok bis Lissabon garantieren können! Wir brauchen Stabilität. Es darf auf keinen Fall darin münden, dass Sie schon jetzt die nächste Migrationswelle planen. Wer die Ukraine wie wir als eigenständigen Staat betrachtet, muss sich auch für diesen einsetzen und nicht dessen Destabilisierung be-

günstigen.

Meine Damen und Herren, bei allem Streit für das Gute entpuppt sich eine scheinbar klare Position für Freiheit und Demokratie auch mal als Sackgasse. Der Chefdirektor der Münchner Philharmoniker, Valery Gergiev, soll sich von russischer Politik distanzieren, weil er Russe ist. Ich weiß nicht, Herr Merz, ob er für Sie auch ein Repräsentant Russlands ist. Er soll sich bis Montag entscheiden, ansonsten wird ihm sein Arbeitsplatz gekündigt. Ist

Wir müssen uns fragen: Welche sozialen Folgen hat Ihre Politik für die deutschen Bürger?

das ein Einzelfall, oder werden bald alle russischen Bürger in Sippenhaft genommen? Das ist wirklich unfassbar. Diese Forderung stammt vom sozialdemokratischen Oberbürgermeister Münchens, Dieter

Reiter. Ideologiegetriebene Cancel Culture für Freiheit und Demokratie! Wie ist dazu die Position der Bundesregierung, Frau Staatsministerin Roth? Wen glaubt man denn damit zu treffen, etwa Putin? Das ist reine Machtsymbolik und unangemessen. Die Zeiten, in denen Auge um Auge, Zahn um Zahn galt, sind vorbei.

Meine Damen und Herren, ebenso wichtig wie die deutsch-französische muss die deutsch-russische Freundschaft sein. Gegenseitige Achtung und Respekt sind die Grundlage für eine gemeinsame Zukunft. Stabile Verhältnisse auf dem europäischen Kontinent sind dabei in unserem Interesse. Ein neues Wettrennen lehnen wir ab. Deswegen: Diese 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, Herr Scholz, sind wirklich irre. Als Fraktionsvorsitzender und Bundessprecher der Alternative für Deutschland werde ich mich persönlich weiterhin für den Dialog mit allen Verhandlungspartnern und für den Frieden einsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut! – Zurufe von der SPD)



Seit Tagen steht die Millionenstadt Charkiw im Osten der Ukraine unter Beschuss. Berichten zufolge werden dabei auch immer mehr nicht-militärische Ziele getroffen. © picture alliance / AA | State Emergency Service of Ukraine/Handout

Christian Dürr, FDP:

Putins Angriff ist ein Angriff auf die gesamte Menschheit



Christian Dürr (*1977)
Landesliste Niedersachsen

Ich wollte eigentlich nicht darauf eingehen – nicht dass wir Worte der Anteilnahme für das ukrainische Volk von der AfD erwartet hätten –, aber: Die Realität in Europa so zu verzerren, wie Sie es gerade getan haben, Herr Chrupalla, ist niederträchtig. Ich will Ihnen auch sagen: Die Bundesrepublik Deutschland ist eine wehrhafte Demokratie, und zwar nach außen – das beweist die Mehrheit des Deutschen Bundestages gerade –, aber auch nach innen gegen die Feinde der Demokratie, um das in aller Klarheit zu sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wladimir Putin führt einen Angriffskrieg mitten in Europa. Die Ukraine hat Putins Krieg nicht provoziert. Es gab in keinem Moment eine glaubwürdige Bedrohung für Russland durch die Ukraine. Wladimir Putins Begründungen für diesen Krieg sind auf Desinformation, auf Propaganda und auf Lügen gebaut. Es grenzt an Zynismus, wenn der russische Präsident behauptet, Ziel seines Angriffs sei eine „Entnazifizierung“ der Ukraine. Es ist gelogen, wenn er behauptet, im Donbass verübe die Ukraine einen „Genozid“ oder die Ukraine wolle Nuklearwaffen, um Moskau zu bedrohen. Meine Damen und Herren, wahr ist: Wladimir Putin ist der Aggressor in diesem Konflikt, und das muss deutlich ausgesprochen werden.

Der russische Präsident bricht mit seiner Entscheidung zum Angriff auf die Ukraine aufs Schwerste das Völkerrecht. Er bricht alle grundlegenden Regeln der internationalen Ordnung: die KSZE-Schlussakte von 1975, die Charta von Paris von 1990, das Buda-

pester Memorandum von 1994, die NATO-Russland-Grundakte von 1997, den 2008 verlängerten Freundschaftsvertrag der Ukraine mit Russland und die Charta der Vereinten Nationen. Meine Damen und Herren, wer all das bricht, ist ein Verbrecher.

Deshalb ist es richtig, dass der Deutsche Bundestag diesen Angriffskrieg des russischen Präsidenten auf das Schärfste verurteilt. Wir dürfen nicht schweigen, wenn ein souveränes Mitglied der Staatengemeinschaft angegriffen wird. Deshalb ist es richtig, dass die internationale Gemeinschaft harte Konsequenzen zieht und umfassend Sanktionen verhängt: gezielte Sanktionen, insbesondere auch gegen die Person Wladimir Putin und sein Umfeld, um die Oligarchen und seine Unterstützer zu treffen.

Ich will in Richtung des Bundeskanzlers und des Bundesfinanzministers sagen: Es war in der gestrigen Nacht eine richtige Entscheidung, das scharfe Schwert zu ziehen und Russlands Banken von SWIFT abzukoppeln. Sie haben in dieser Frage die ausdrückliche Unterstützung des Deutschen Bundestages, Herr Finanzminister und Herr Bundeskanzler.

Das Gleiche gilt für die Waffenlieferungen, die in der gestrigen Nacht entschieden worden sind. Jedes freie Volk hat, wenn es angegriffen wird, das Recht, sich zu verteidigen. Unsere Solidarität gilt an dieser Stelle der Ukraine – eben auch über diesen Weg. Da kämpfen Menschen gerade um ihr Leben und Überleben. Soldaten verteidigen ihr Land. Deswegen ist es richtig, dass wir die Ukraine mit Waffenlieferungen zur Verteidigung des eigenen Landes und von Menschenleben unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will auf einen Punkt Ihrer Rede eingehen, Herr Merz; wir haben in den letzten Tagen miteinander gesprochen. Ich fand es ausdrücklich gut und hilfreich, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gesagt hat, sie unterstütze die Bundesregierung bei dem, was jetzt vor uns liegt. Das ist ein schwerer Weg für unser Land. Für diese Kooperation, diese Einmütigkeit danke ich Ihnen.

Sie haben in Ihrer Rede gerade gesagt: Wir stehen vor einem

Scherbenhaufen der Sicherheitspolitik. – Ich teile diese Einschätzung. Es geht – Christian Lindner hat es vorhin gesagt – dabei nicht um Schuldzuweisung, sondern es geht um gemeinsame Verantwortung. Deswegen, Herr Merz, fordere ich Sie auf: Tragen Sie diese gemeinsame Verantwortung! Der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister haben eben Vorhaben skizziert, wie wir die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes im NATO-Bündnis stärken. Ich fordere Ihre Fraktion auf, dem beizutreten und das auch mehrheitlich zu unterstützen, sollte eine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag für eine Grundgesetzänderung nötig sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Bundeskanzler, Herr Finanzminister, liebes Kabinett, ich habe das starke Gefühl, Sie haben für das, was Sie hier vortragen haben, die große Mehrheit des Deutschen Bundestages hinter sich, und das ist vor dem Hintergrund dieses Konflikts ein ganz wichtiges Signal in die Welt.

Weil uns das alle bewegt, will ich an dieser Stelle sagen: Ein Europa, in dem Streit nicht mit Krieg, sondern friedlich gelöst wird, ist ein Europa, wie wir es

uns vorstellen. Es ist ein Europa, zu dem auch Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hat, es aufzubauen. Viele haben gesagt: Putins Angriff ist ein Angriff auf ganz Europa. – Doch es ist in Wahrheit vielmehr ein Angriff auf die gesamte Menschheit, auf das Grundrecht jeder Person, in Frieden und Freiheit zu leben.

Wir stehen an der Schwelle eines neuen Jahrhunderts, in dem diese hart erkämpften Rechte weltweit bedroht werden. Deswegen ist der Krieg in der Ukraine ein Krieg für die Rechte aller Menschen, überall. Hinter der Ukraine stehen nicht nur die Europäische Union und Europa, sondern die ganze demokratische Welt sowie all diejenigen, die woanders gegen autoritäre Staaten und für Freiheit kämpfen.

Meine Damen und Herren, es geht um die Freiheit in der Welt. Deswegen steht die Bundesrepublik Deutschland als liberale Demokratie an der Seite des ukrainischen Volkes. Herr Botschafter, ich will Sie an dieser Stelle direkt ansprechen: Der Deutsche Bundestag und die Menschen in Deutschland leiden derzeit mit Ihrem Volk. Wir stehen solidarisch an der Seite der demokratischen Institutionen und des ukrainischen Volkes; auch das ist eine Botschaft der Sondersit-

zung des Deutschen Bundestages am heutigen Tage, Herr Botschafter.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, will ich auch ein Wort an das russische Volk richten. Ich weiß, dass viele gerade überlegen, auf die Straße zu gehen. Viele Menschen in Russland sind bereits verhaftet worden, weil sie sich gegen das autokratische Regime von Wladimir Putin stellen. Wir wollen den Menschen in Russland an dieser Stelle auch sagen: Wir haben

höchsten Respekt vor denjenigen, die sich gegen Wladimir Putin auflehnen, die in den letzten Tagen laut gegen den Krieg in der Ukraine gesprochen haben und in Russland auf die Straßen gehen. Auch diese Menschen haben unsere ausdrückliche Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir als Deutsche, wir als Europäer dürfen uns nicht kleinreden. Europa ist ein Sehnsuchtsort. Unser demokratisches System ist ein Symbol der Hoffnung für viele. Gemeinsam, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir stärker als die Kraft der Autokratie und der Kriegstreiberei.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jedes freie Volk hat, wenn es angegriffen wird, das Recht, sich zu verteidigen.

Es gab in keinem Moment eine glaubwürdige Bedrohung für Russland durch die Ukraine.

Saskia Esken, SPD:

Wir müssen diesen blutigen Krieg schnellstmöglich beenden



Saskia Esken (*1961)
Landesliste Baden-Württemberg

Der russische Machthaber Wladimir Putin hat mit abscheulicher Arroganz das Völkerrecht gebrochen und die Ukraine überfallen. Putin hat den Krieg und das Blutvergießen in Europa wieder ins Hier und Jetzt geholt, in ein Hier und Jetzt,

an dem ganz Europa aus Verantwortung vor Krieg und Leid in unserer Geschichte gemeinsam gearbeitet hat, damit es uns, unseren Kindern und Enkeln heute und morgen ein Leben in Frieden ermöglicht.

Doch nun haben wir Krieg in Europa. Dieser Krieg ist Putins Krieg. Putin führt diesen Krieg gegen die Ukraine. Doch vor allem führt er diesen Krieg gegen das, was er als Diktator am meisten fürchtet: Demokratie und Freiheit. So stehen die Farben der Ukraine, die Farben Europas heute auch für Demokratie und Freiheit. Sie sind stärker als das autoritäre Weltbild des russischen Diktators.

In Russland, in Georgien, in ganz Europa gehen Menschen gegen diesen Krieg und für den Frieden auf die Straßen. Putin führt auch Krieg gegen die Menschen

im eigenen Land. Tausende wurden festgenommen, die Proteste durch die russische Staatsgewalt brutal niedergeschlagen. Die Friedensdemonstrationen, wie sie gerade heute in Berlin und anderswo in Deutschland und in Europa stattfinden, geben auch denjenigen eine Stimme, die nicht sprechen können, ohne ihr Leben zu gefährden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht erst seit Putins Überfall sind Menschen in unserer Mitte in großer Sorge um ihre Mütter und Väter, ihre Brüder und Schwestern, Freundinnen und Freunde in der Ukraine und in Russland. Sie halten Kontakt, sie leisten Beistand, sie versorgen die Menschen mit verlässlichen Infor-

Fortsetzung auf nächster Seite

mationen. Doch seit dem 24. Februar sind die Antworten auf ihre Anrufe und Nachrichten spärlich geworden; denn die Menschen sind auf der Flucht. Sie verstecken sich. Sie müssen leise sein, weil sie Angst haben, entdeckt zu werden. Sie schreiben, wenn sie können, kurze Nachrichten und hektisch geschriebene Hilferufe.

Das sind Zeugnisse voller Sorge und Angst, Sorge und Angst auch um die Soldatinnen und Soldaten, die für ihr Leben und für ihr Land kämpfen. Und doch scheint auch immer wieder Hoffnung durch: Hoffnung darauf, dass Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrer Heimat bald wieder in Frieden und Freiheit leben können.

Putin führt in der Ukraine einen Krieg gegen die Menschen, und er

führt einen Krieg gegen die Menschlichkeit. Der Überfall auf die Ukraine ist insofern eine Zäsur; denn er bricht mit den Grundprinzipien der internationalen Gemeinschaft. Es ist unsere vordringliche Aufgabe, diesen blutigen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Deshalb werden die Sanktionen der internationalen Gemeinschaft nochmals verschärft. Dabei kommt es entscheidend darauf an, unakzeptable Auswirkungen auf die Bevölkerung abzuwenden oder sie, wo nötig, auch auszugleichen.

Sehr geehrte Kolleginnen und

Kollegen, die Maxime deutscher Außenpolitik, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, ist tief in unserer historischen Verantwortung verwurzelt. Dass die Bundesrepublik Deutschland jetzt Waffen an die Ukraine zur Selbstverteidigung liefert, ist in dieser Situation eine tragische Notwendigkeit und moralisch geboten. Diese Entscheidung schulden wir der Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, und wir schulden sie unseren geteilten europäischen Werten von Demokratie und Freiheit. Bundeskanzler Scholz hat deshalb meinen tiefen Respekt und

Putin hat den Krieg und das Blutvergießen in Europa wieder ins Hier und Jetzt geholt.

meine Anerkennung, diese schwierige Entscheidung von großer Tragweite verantwortungsvoll getroffen zu haben.

Mit unserer Bundeswehr werden wir als Mitglied von NATO und Europäischer Union für die Sicherheit in Europa unseren Beitrag leisten. Darauf ist Verlass, heute und in der Zukunft. Unsere Soldatinnen und Soldaten haben unseren tiefen Respekt. Um ihre Aufgabe erfüllen zu können, müssen sie bestmöglich ausgestattet sein. Auch dafür steht diese Bundesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen in Europa sind in großer Solidarität an der Seite der Ukraine und sichern ihre Hilfe zu. Für viele Schutzsuchende ist Polen der erste sichere Hafen und erhält dafür im

Rahmen der EU auch alle notwendige Unterstützung. Auch viele deutsche Städte können und wollen sichere Häfen sein. Den Menschen, die sich hier solidarisch zeigen, die anpacken und helfen wollen, gilt mein großer Dank.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin der festen Überzeugung, dass Demokratie und Freiheit immer obsiegen werden. Dafür werden Menschen immer und zu jeder Zeit bereit sein zu kämpfen. Unsere Gedanken sind in dieser schweren Zeit bei unseren Freundinnen und Freunden in der Ukraine, die in diesen Tagen Freiheit und Demokratie verteidigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Patricia Lips, CDU:

Es geht um Solidarität mit den Menschen in der Ukraine



Patricia Lips (*1963)
Landesliste Hessen

Wir hörten es in vielen Reden: Es ist Krieg – nicht irgendwo weit weg, sondern mitten in Europa. Es zeigt sich, wie schön es ist, wie einfach es ist, ein Hohelied auf Europa zu singen, sich zu freuen, sich zur Europäischen Union als dem größten Friedensprojekt in der Nachkriegszeit zu bekennen, ihre Bedeutung jetzt zu erkennen.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, es gilt auch: Die Bewährungsprobe ist jetzt. Ich danke dafür, dass wir hier in dieser Form zusammenstehen – hier im Haus, jetzt in Deutschland und auch innerhalb der Europäischen Union.

Ein Nachbar wird angegriffen. Leid und Zerstörung werden bewusst in Kauf genommen. Heute ist es die Ukraine. Aber sollte der Plan gelingen, so möchten wir uns doch nicht dieses Vorgehen ausmalen, wo es als Präzedenzfall ebenfalls in die Tat umgesetzt würde – ob durch Putin an weiteren Grenzen seines Landes oder einen anderen Aggressor anders-

wo auf der Welt. Machen wir uns bewusst, welche Gedanken und Sorgen in diesen Tagen vor allem auch die Menschen in Vilnius, in Prag und Warschau beschäftigen – Kriegsangst geht um – und welche Erwartungen und Hoffnungen sie mit uns verbinden.

Die letzten Tage und Stunden haben es gezeigt: Man schaut auf uns. Deshalb: Lassen Sie uns diese Hoffnungen nicht enttäuschen – nicht weiter enttäuschen, ist man leider versucht zu sagen. Es geht um Solidarität mit den Menschen in der Ukraine. Überall finden Kundgebungen und Mahnwachen mit Tausenden von Menschen statt, an vielen Stellen erstrahlen die Nationalfarben der Ukraine. Unsere Gedanken sind

bei den Menschen in diesem Land. Aber, Kolleginnen und Kollegen, Solidarität braucht auch Glaubwürdigkeit.

Wir sehen Väter, die sich von ihren Familien verabschieden, Männer, die unzureichend bewaffnet gegen Panzer kämpfen, einen Präsidenten, der zum Ausdruck bringt: Ich bin da, ich bleibe bei euch – Bilder, die gerade um die Welt gehen.

Freiheit ist nicht selbstverständlich – wir haben es heute bereits mehrfach gehört –; sie hat ihren Preis. Für die Menschen in der Ukraine wird dieser Preis aktuell mit der Angst um ihr eigenes Leben bezahlt. Vergessen wir nicht: Sie kämpfen diesen Kampf auch für uns. Der Angriff auf dieses

Land ist ein Angriff auf unser aller Wertesystem. Und wenn wir heute über Sanktionen reden, auch solche, die Auswirkungen auf uns selbst haben, dann muss uns die Verteidigung dieser Werte immer gegenwärtig sein.

Kolleginnen und Kollegen der AfD, wir kennen unsere Werte, wir verteidigen sie. Was Ihre Werte sind, dahinter machen wir hin und wieder ein Fragezeichen.

Seit gestern Nachmittag macht sich Erleichterung breit, innerhalb und außerhalb Europas. Deutschland hat klargemacht, wenn auch spät: Unser Platz ist an der Seite unserer Bündnispartner. – Es kann gar nicht anders sein.

Wir begrüßen deshalb, dass die Bundesregierung ihre Haltung hinsichtlich SWIFT – Stichwort „internationaler Zahlungsverkehr“ – wie auch bei der Liefe-

rung von Waffen mit defensivem Charakter aufgegeben hat. Kolleginnen und Kollegen, wir bedauern gleichwohl, dass es hierfür erst eine Welle der Empörung gebraucht hat.

Wir müssen den Mut haben, alles an Maßnahmen unterhalb der Schwelle einer eigenen militärischen Auseinandersetzung aufzufahren. Nicht wir, nicht die Ukraine führen einen Angriffskrieg. Aber wir müssen geeignete Instrumente in die Hand nehmen, um zwischenzeitlich auch Leben zu schützen, zu verteidigen und größtmöglichen Druck auszuüben. Es geht darum, weiteres Leid und Zerstörung zu vermeiden, und so es möglich ist, ein Stoppschild aufzustellen. Wann, wenn nicht jetzt, Kolleginnen und Kollegen?

Es ist unsere Pflicht, die Ukraine zu unterstützen, so Bundeskanzler Olaf Scholz am gestrigen Tag. Das galt jedoch schon spätestens zu Beginn der vergangenen Woche. Deshalb: Zeigen Sie auch weiterhin, dass Sie den Worten insbesondere des heutigen Tages Taten folgen lassen und wir unserer Verantwortung gerecht werden. Ich sage Ihnen zu: Dann haben Sie uns an Ihrer Seite.

Ich schließe mit den Worten des ukrainischen Nationaldichters Taras Schewtschenko: Unser Seele, unser Lied wird nicht sterben, wird nicht verschwinden. Darin, Leute, liegt unser Ruhm. Slawa Ukrajini, Herr Botschafter!

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Ulrich Lechte (FDP))



Hunderttausende demonstrierten Ende Februar in Berlin gegen den russischen Angriffskrieg und zeigten sich solidarisch mit den Menschen in der Ukraine.

© picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

Britta Haßelmann, Bündnis 90/Die Grünen:

Europa muss zusammenstehen für den Schutz der Menschen



Britta Haßelmann (*1961)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Kiew ist von Berlin so weit entfernt wie Rom. Ich glaube, auch das ist es, was es mit uns allen und mit den Menschen im Land macht.

Es ist eine unfassbare Tragödie. Unsere Gedanken sind dort. Die Trauer über die Toten dieses sinnlosen Krieges ist schon jetzt groß: bei den Familien, bei den Angehörigen, bei den Freundinnen und Freunden, bei den Menschen, die auf der Flucht sind, in großer Angst um ihre Zukunft und ihre Sicherheit. Wir alle wissen – wir können uns in die Lage versetzen –, was die Menschen dort gerade durchleben. Und das macht die Tragik und die Dramatik aus, meine Damen und Herren.

Ich bin fassungslos, wenn ich die Bilder von zerstörten Wohnhäusern

sehe, von Menschen, die den Schutz in U-Bahn-Stationen suchen. – Die Menschen hier am Brandenburger Tor haben Freunde in der Ukraine, sind in Sorge um ihre Angehörigen in der Ukraine. – Diese Menschen wollen eigentlich alle etwas ganz Einfaches, etwas Selbstverständliches, nämlich frei und selbstbestimmt leben wie wir alle.

Ich frage mich wirklich jeden Tag: Was täte ich, wie ginge es mir, wie ginge es meiner Familie, wenn ich sehe, dass sich junge Menschen bewaffnen lassen, weil sie denken, sie müssten jetzt auch als Bürgerinnen und Bürger des Landes, der Ukraine, ihr Land verteidigen und für Freiheit kämpfen? Und darum geht es, meine Damen und Herren, und nicht um Franz Josef Strauß, verdammt noch mal. Das ist doch völlig verfehlt in dieser Debatte!

Es herrschen Wut, Entsetzen, Verzweiflung über diesen barbarischen, unmenschlichen Krieg. Es gibt Ungewissheit und viele Fragen, weil seit dem 24. Februar die Welt nicht mehr die gleiche ist. Und das spüren die Menschen im Land.

Das sage ich auch in Ihre Rich-

tung, Herr Merz: Wie können Sie Menschen so lächerlich machen, die an Lichterketten und Mahnwachen teilnehmen, wie auch heute wieder überall im Land? Es ist unser Privileg, hier im Parlament über diese Lage reden zu dürfen. Aber andere Menschen, Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, haben vielleicht nur diese eine Ausdrucksform wie die Teilnahme an einer Lichterkette, um ihre Verzweiflung, ihre Besorgnis und ihre Solidarität mit der Ukraine, Herr Botschafter, auszudrücken. Ich rate Ihnen: Sagen Sie so etwas nie wieder!

Wir haben eine Verantwortung, meine Damen und Herren, und die nehmen wir wahr, als nationales Parlament, europäisch und im transatlantischen Bündnis.

Wir müssen über den Schutz und die Aufnahme von geflüchteten Menschen reden.

Ja, viele Gewissheiten, die ich habe, die meine Fraktion hat, die alle demokratischen Kräfte in diesem Land haben, sind vielleicht nicht mehr die Gewissheiten wie noch gestern oder vor dem 24. Februar. Und

wir alle wissen: Es verlangt uns wirklich viel ab. Wir werden über vieles diskutieren müssen. Die Welt ist eine andere. Wir müssen über den Schutz und die Aufnahme von

geflüchteten Menschen reden, und zwar ohne Wenn und Aber. Denn auch das heißt Europa: Zusammenstehen für humanitäre Hilfe und den Schutz der Menschen. Das ist das, was wir ihnen entgegenbringen können. Die Türen sind auf. Chrupalla und andere sind weit weg. Sie sind außerhalb dieses demokratischen Diskurses an dieser Stelle.

Die Türen in Europa sind offen für die Menschen angesichts eines solchen eklatanten Bruchs des Völkerrechts; denn wir alle könnten in der gleichen Situation sein. Und das wissen wir und spüren wir, und es gibt eine Bereitschaft bei den Bürgerinnen und Bürgern dafür, das mitzutragen, offen dafür zu sein. Und das ist gut.

Wir müssen über die Frage der Ernährungssicherung reden. Wir müssen über die Energieversorgung reden. Und ja, wir werden auch über den Verteidigungsetat und die Fragen, was notwendig ist, reden. Aber der Ort der Entscheidung und der

Debatte ist hier im Parlament, meine Damen und Herren. Da bin ich ganz sicher.

Ich danke an dieser Stelle für die klare Haltung und die Vorbereitungen der Bundesregierung für die Umsetzung des harten Sanktionspakets. Auch die zielgenaue Abkoppelung von SWIFT war notwendig. Dass dies die russische Zentralbank trifft, wird enorme Auswirkungen haben. Und ich bin wie meine Fraktion der Auffassung, dass an der Stelle die Frage der Waffenlieferungen und des Selbstbestimmungsrechts der Ukraine sehr, sehr große Bedeutung hat. Deshalb war auch dieser Schritt notwendig und wichtig in dieser schwierigen Situation.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN – Die Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erheben sich)



Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk verfolgte die Regierungserklärung von der Ehrentribüne aus. © picture alliance/dpa | Bernd von Jutrczenka

Petr Bystron, AfD:

Die Bundesregierung ist für diesen Krieg mitverantwortlich



Petr Bystron (*1972)
Landesliste Bayern

Ja, Russland führt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Wir haben hier sehr viel über die Verantwortung von Wladimir Putin für diesen Krieg gehört, und Putin wird sich auch verantworten

müssen: vor den russischen Wählern, vor den russischen Bürgern. Aber unsere Bürger wollen wissen: Welche Rolle hat die deutsche Bundesregierung in der Vergangenheit gespielt? Und wie wird sie sich hier jetzt verantworten?

Herr Bundeskanzler Scholz, ich habe in Ihren Ausführungen die Selbstreflexion vermisst genauso wie in denen von der CDU. Sie haben die letzten acht Jahre regiert. Sie haben die Ukraine seit acht Jahren finanziert; Deutschland ist der zweitgrößte Nettozahler. Und Sie haben kein einziges Mal diese Zahlungen daran geknüpft, dass die Ukraine das Minsk-II-Abkommen auch erfüllt. Darin ging es lediglich um Autonomie. Jetzt ist die Autonomiefrage vom Tisch, jetzt haben wir Krieg, und dafür tragen

Sie eine Mitverantwortung.

Sie haben acht Jahre lang der Ukraine falsche Versprechen gemacht. Sie haben sie in die EU und in die NATO gelockt. Und jetzt, wo der Krieg da ist: Wo ist denn jetzt Ihre Verantwortung? Die Werte, die Demokratie, die wollten sie mal mit der Waffe sogar am Hindukusch verteidigen. Jetzt ist der Krieg in Europa; jetzt können Sie sie verteidigen. Und was machen Sie? Gar nichts! Sie haben die Ukraine immer nur als Spielball auf der geopolitischen Karte missbraucht. Ihr ganzes Wertegerede war pure Heuchelei.

Jetzt kommen Sie mir nicht mit den Sanktionen; ich bitte Sie. Die Russen haben die Sanktionen mit eingepreist. Ich will gar nicht zitieren, was der russische Botschafter

in Schweden gesagt hat. Und Herr Lindner hat gesagt: Schulden sind Freiheit. – Das sagt jemand, der in einer ehemals liberalen Partei ist. Also, liebe Freunde, Schulden sind nicht Freiheit; Schulden sind Knechtschaft.

Jeder Euro von diesen 100 Milliarden Euro, die Sie hier ausgeben werden, wird arbeitenden Bürgern in Deutschland über Steuern abgepresst. Und was haben Sie erreicht? Sie, Herr Bundeskanzler Scholz, haben gesagt: Die Einfluss-sphäre hat sich verschoben. – Ja, welche Einfluss-sphäre? Die der NATO hat sich verschoben an die Grenze Russlands. Die amerikanische Einfluss-sphäre hat sich Richtung russische Grenze verschoben. Und was ist der Preis dafür? Junge Männer, Ukrainer genauso wie Russen, sterben jetzt, und geopolitisch haben Sie Russland in die Hände von

Sie haben die Ukraine immer nur als Spielball auf der geopolitischen Karte missbraucht.

China getrieben. Russland war immer eine europäische Macht, und Sie haben sie in die Arme von China getrieben.

Und sagen Sie nicht, Sie wurden nicht gewarnt. Es warnten die Russen schon vor 15 Jahren. Wladimir Putin hat hier im Deutschen Bun-

destag gesprochen; damals wurde er beklatscht. Er hat 2007 bei der SiKo in München gesprochen und hat uns eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur angeboten. Sie haben das alles ausgeschlagen. Ihre eigenen Leute haben Sie ge-

warnt, Admiral Schönbach noch vor einem Monat. Das alles haben Sie ausgeschlagen; Sie haben alle Warnungen ignoriert. Das Ergebnis ist Krieg in Europa, und dafür tragen auch Sie eine Mitverantwortung.

(Beifall bei der AfD – Ulrich Lechte (FDP): Was für eine Heuchelei!)

Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident Brandenburg:

Wir dürfen den Kontakt zum russischen Volk nicht abbrechen



Dietmar Woidke (*1961)
Ministerpräsident Brandenburg

Das ich mal an dieser Stelle stehe und sage, dass die Brandenburger AfD-Fraktion beispielgebend war, was die Verurteilung des Überfalls Russlands auf die Ukraine betrifft, das hätte ich mir vor wenigen Minuten noch nicht vorstellen können. Aber nach dem, was hier gesagt worden ist, muss ich leider sagen: Es ist ein Skandal, wie Sie von der AfD-Fraktion mit dieser Krise

umgehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach Jahrzehnten des Friedens gibt es wieder Krieg in Europa. Es ist eine Tragödie für die Menschen in der Ukraine. Es bringt Leid; es bringt Tod. Es ist aber auch eine Tragödie für die Menschen in Russland. Wir erleben einen eklatanten Bruch des Völkerrechts. Wir erleben den Versuch, den Lauf der Geschichte mit militärischen Mitteln zu verändern, und wir erleben den Versuch, die demokratische Entwicklung in einem unabhängigen Land mit militärischer Gewalt zu verhindern. Es ist ein verbrecherischer Krieg, den der russische Präsident vom Zaun gebrochen hat. Es ist ein Krieg gegen die Demokratie und gegen die Freiheit, und, meine sehr verehrten Damen und Her-

ren, es ist ein Krieg gegen uns alle.

Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Diese Aggression wird ihre Ziele nicht erreichen, nicht in der Ukraine, aber auch nicht in Europa. Die Menschen in Deutschland, die Menschen in Brandenburg wollen Frieden. Wir wollen Freundschaft mit anderen Völkern, besonders auch mit dem russischen Volk. Viele, die sich in den letzten Jahrzehnten für gute Beziehungen zu Russland, beispielsweise in Schul- oder Städtepartnerschaften, bei Wirtschafts- oder Sportprojekten, eingesetzt haben, sind heute tief enttäuscht, verbittert und frustriert. Und ich gebe zu: Das betrifft auch mich persönlich.

Ich hätte mir noch vor wenigen Wochen nicht vorstellen

Wir erleben den Versuch, den Lauf der Geschichte mit militärischen Mitteln zu verändern.

können, was am 24. Februar dieses Jahres Realität geworden ist. Auch ich bin tief enttäuscht von dem, was in den letzten Tagen passiert ist. Aber ich glaube, gerade in dieser schweren Zeit ist es notwendig, die Menschen zu ermuntern, sich weiterhin für starke Kontakte in die russische Zivilgesellschaft einzusetzen. Es ist eben nicht das russische Volk, das Krieg in der Ukraine führt. Es ist ein Präsident, der mit seiner Clique diesen Krieg vom Zaun gebrochen hat. Deswegen müssen wir weiter versuchen, auch wenn es schwierig ist, Brücken zu bauen; denn wenn diese Brücken nicht gebaut werden, hat Präsident Putin gewonnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mich in den letzten Tagen häufig an eine Veranstaltung am 3. Mai des Jahres 2019 in Bad Freienwalde erinnert. Ich habe damals mit seiner Exzellenz dem russischen Botschafter eine neugestaltete Gedenkstätte für sowjetische Opfer des Zweiten Weltkrieges eingeweiht. Das Besondere an dieser Gedenkstätte ist, dass 1 400 Gefallene ihren Namen und ihre Geburtsdaten zurückbekommen haben, 1 400 gefallene Soldatinnen und Soldaten der damaligen sowjetischen Armee haben mit diesen Daten ihre

Identität zurückbekommen. Mit ihren Namen wird jedem klar: Es liegt hier nicht der unbekannteste Soldat, sondern es liegt hier Andrej, Pjotr, Iwan oder Alexej. Jeder Einzelne von ihnen war ein Sohn, ein Bruder, ein Ehemann und ein Freund. Nur wenige von den 1 400 Soldaten, die in Bad Freienwalde beerdigt worden sind, waren älter als 20 Jahre.

Genau jetzt, genau heute, genau zu dieser Stunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, sterben wieder Menschen in einem Krieg. Die Toten, die in Bad Freienwalde, aber auch an vielen anderen Stellen begraben worden sind, die 25 Millionen Toten, die die Sowjetunion als Blutzoll im Zweiten Weltkrieg zu bezahlen hatte, mahnen uns, dem russischen Präsidenten heute zuzurufen: Nie wieder Krieg! Auch im Namen der Menschen, die im Zweiten Weltkrieg gestorben sind, fordern wir: Herr Präsident Putin, stoppen Sie sofort die Aggression gegen die Ukraine, stoppen Sie das Morden, stoppen Sie den Krieg!

Danke sehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Dr. Johann David Wadephul, CDU:

Deutschland und Nato brauchen nukleare Abschreckungskräfte



Johann David Wadephul (*1963)
Landesliste Schleswig-Holstein

Ich glaube, Herr Ministerpräsident, genau in dieser Tonart sollten wir auch die Debatte miteinander führen. Sie hat gezeigt, dass es richtig ist, in dieser Situation zusammenzustehen. Der Bundeskanzler hat dazu heute eine bemerkenswerte Rede gehalten. Es ist ein geopolitischer Amoklauf, den Präsident Putin veranstaltet, und dem müssen wir uns in der Mitte des Hauses gemeinsam entgegenstellen.

Die Debatte hat erneut gezeigt, dass links und rechts in diesem Haus Parlamentarierinnen und Parlamentarier sitzen, die ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Ich muss sagen: Was wir hier insbesondere an Stimmen aus der AfD-Fraktion heute wieder gehört haben, schlägt dem Fass den Boden aus. Es ist widerlich, sich anhören zu müssen, dass Sie angesichts dieses Angriffskrieges sogar der Bundesregierung eine Mitverantwortung geben wollen, angesichts der Begründung, die der russische Präsident für seinen Angriffskrieg gegeben hat, es müsse eine Entnazifizierung in der Ukraine stattfinden, die von einem Präsidenten mit jüdischer Abstammung geführt wird. Das ist an Perfidie nicht zu überbieten. Wir müssen als Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen, damit solche Leute nie wieder Verantwortung übernehmen.

Und: Wir müssen gemeinsam handeln. Genau deswegen glaube ich auch, wir alle hier in der

Mitte des Hauses sind aufgefordert, zusammenzustehen. Es hat ja nachhaltige Aufforderungen dazu in unsere Richtung gegeben. Die CDU/CSU-Fraktion ist im Geiste der bisherigen Beratung dazu bereit, und ich schlage vor, Frau Kollegin Haßelmann, dass wir uns an der Stelle auch nicht voneinander trennen. Das ist genau das, was Friedrich Merz heute angeboten hat und was wir – natürlich ohne Aufgabe unserer parlamentarischen Oppositionsrechte – machen. Wir kennen uns seit vielen Jahren, in denen Sie hier als wirklich strikte Verfechterin der Wahrnehmung von oppositionellen Rechten aufgetreten sind. Die CDU Deutschlands hat gestern eine Mahnwache abgehalten, und dort hat Friedrich Merz gesprochen. Das hat er hier heute für gut befunden. Deswegen – das will ich ganz ehrlich sagen – war es absolut daneben, uns so etwas vorzuwerfen. Wenn man einer Partei so etwas nicht vorwerfen kann, dann der CDU un-

ter Führung von Friedrich Merz. Der Punkt ist nur: Wir müssen gemeinsam handeln. Einen großen Handlungsbedarf, nämlich im Bereich der Verteidigungspolitik, hat der Herr Bundeskanzler angesprochen. Er hat hier – das Wort „Bazooka“ passt jetzt an der Stelle nicht; das haben Sie an anderer Stelle benutzt, und ich will es ausdrücklich nicht verwenden – eine bessere finanzielle Ausstattung der Bundeswehr zugesagt. Danach sollen 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung niemals mehr unterschritten werden und 100 Milliarden Euro in einem Sondervermögen bereitgestellt werden. Das ist eine große Ansage, und darüber können wir miteinander

reden. Nur: Mir fällt auf, dass außer dem Fraktionsvorsitzenden der Freien Demokraten bisher keine Parteivorsitzende und kein Parteivorsitzender aus den Koalitionsfraktionen, auch nicht der Fraktionsvorsitzende der SPD, diese Ankündigung begrüßt und unterstützt hat. Das fällt mir auf, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Zurückhaltung in der Grünenfraktion, als

der Herr Bundeskanzler genau das gesagt hat, ist schon sehr auffällig gewesen.

Sie haben uns bei sich, wenn es darum geht, jetzt geschlossen zu reagieren. Sie haben uns bei sich, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht. Aber wir müssen auch zusammenstehen, wenn es konkret wird – nicht dass es wieder mit Gruppenanträgen losgeht, wenn es um die Förderung der Bundeswehr und die Erhöhung des Verteidigungsetats geht. Da brauchen Sie Ihre eigene Mehrheit, und da verlangen wir von Ihnen, dass Sie stehen. – Ich kann es nicht anders sagen, Frau Esken. Es gab zahlreiche Reden, Herr Kollege Mützenich, in denen Sie hätten sagen können, dass Sie all das hundert-

prozentig unterstützen. Wir warten darauf. Bitte schön, machen Sie es!

Ich will etwas zum Thema Abschreckung sagen, Herr Kollege Mützenich, weil Sie sich – das haben Sie heute nicht wiederholt – in vergangener Zeit schon dazu eingelassen haben. Es ist nicht schön, aber Abschreckung ist leider notwendig, damit man nicht erst in diese moralischen

Wir alle hier in der Mitte des Hauses sind aufgefordert, zusammenzustehen.

Abwägungen hineinkommt, die Robert Habeck hinsichtlich der Waffenlieferungen heute sehr treffend umschrieben hat. Das Verrückte, das Perfide ist doch, dass die Ukraine jetzt dafür bestraft wird, dass sie 1994 Nuklearwaffen abgegeben hat. Diese Rechnung darf doch nicht aufgehen!

Herr Kollege Mützenich, ich möchte bei aller Freundschaft

zwischen uns, die wir den politischen Diskurs miteinander führen, sagen: Deswegen kann man sich doch nicht hinstellen und sagen: Nukleare Abschreckung funktioniert nicht. – Leider funktioniert sie doch, und deswegen brauchen wir Deutschen sie. Deswegen braucht auch die NATO die nukleare Abschreckung: damit wir den Russen nicht ausgeliefert sind. Da wird es jetzt sehr

konkret werden, und wir messen Sie daran, wie Sie sich dazu verhalten.

Wir sind der Meinung – das hat der Fraktionsvorsitzende für meine Fraktion angekündigt -: Über alles kann man reden, auch über Sonderfonds; natürlich. Aber dann muss es ein Gesamtkonzept geben, insbesondere was die Bundeswehr betrifft, in das wir auch eingebunden werden. Einen Blan-

koscheck der CDU/CSU-Fraktion, den Sie dann irgendwie verwenden, wird es nicht geben. Wir verlangen, in die Diskussion einbezogen zu werden.

Wenn wir gemeinsam so handeln, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann können wir dafür sorgen, dass ein möglicher militärischer Sieg, der Putin vielleicht gelingen könnte – wir hoffen es alle nicht -, in jedem

Fall ein Pyrrhussieg sein wird. Dieser Mann muss sich verantworten, nicht nur vor dem russischen Volk, Kolleginnen und Kollegen der AfD, sondern vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Da gehört er hin.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Rüdiger Lucassen, AfD:

Die Wehrpflicht in Deutschland muss reaktiviert werden



Rüdiger Lucassen (*1951)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Atommacht Russland hat die Ukraine angegriffen. Ein militärischer Sieg Putins ist sehr wahr-

scheinlich – zu einem enorm hohen Preis. Was kommt dann? Ein Land doppelt so groß wie Deutschland im Guerillakrieg, Repressionen, Terror, dauerhafte Destabilisierung an der Ostgrenze der EU – dramatische Aussichten.

Viele von Ihnen wünschen sich eine Niederlage Putins. Ich auch. Aber was käme dann? Einsicht? Rückkehr in die internationale Gemeinschaft? Übergabe der Macht an einen friedlichen Nachfolger? Unvorstellbar. Putin ist „all-in“ gegangen. Verliert er, kann es erst recht zu einem Albtraum werden: Aufstand des russischen Volkes, Aufstand des Militärs, Machtkampf im Staatsap-

arat. Eine Niederlage Putins ist unkalkulierbar, weil Russland Atommacht ist.

Meine Damen und Herren, wir haben eine historische Chance verpasst. Europa und wir Deutsche haben es nach dem Zweiten Weltkrieg nicht geschafft, eine Friedensordnung zu bauen, die Russland integriert. 1990 bekamen wir dazu eine zweite Chance; auch die haben wir nicht genutzt. Putin hat uns Angebote gemacht, wir sind aber nicht darauf eingegangen. Wir haben es nicht vermocht, das Sicherheitsinteresse der Russischen Föderation zu verstehen und zu akzeptieren. Wir haben denen geglaubt, die es bewusst nicht

verstehen wollten. Jetzt ist es dafür zu spät. Jetzt haben wir wieder Krieg mitten in Europa – einen Angriffskrieg, der durch nichts zu entschuldigen ist, auch nicht durch die Ignoranz des Westens in den letzten 25 Jahren.

Was heißt das für Deutschland? Wir sind hart auf dem Boden der Realität aufgeschlagen.

Die brutale Politik der Macht ist zurück und fegt die Gesinnungsethik aus der deutschen Politik. Deutschland hat keine Alternative. Die Bundesregierung muss nun auch das Steuer in Richtung Machtpolitik herumreißen. Macht heißt auch, militärische Fähigkeiten zu besitzen. Deutschland hat diese Fähigkeiten nicht mehr; jeder hier im Hause weiß das. Die Bundeswehr kann unser Land

Was wir jetzt brauchen, ist die größte Rüstungsoffensive nach dem Zweiten Weltkrieg.

nicht verteidigen, und sie kann Deutschlands Verpflichtungen im Bündnis nicht nachkommen. Was wir jetzt brauchen, ist die größte Rüstungsoffensive nach dem Zweiten Weltkrieg. Das lässt sich nicht in einem Jahr bewerkstelligen, auch nicht mit den tatsächlich erforderlichen 100 Milliarden Euro.

Die Bundesregierung ist aber auch dafür verantwortlich, das Bewusstsein für eine neue Wehrhaftigkeit in unserem Volk zu schärfen. Meine Damen und Herren, die Wehrpflicht in Deutschland muss reaktiviert werden! Wann, wenn nicht jetzt? Wehrhaftigkeit ist der Preis unserer Freiheit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Gabriela Heinrich, SPD:

Wir sind schockiert, aber nicht in Schockstarre



Gabriela Heinrich (*1963)
Landesliste Bayern

Lieber Kollege Wadephul, ich glaube, wir brauchen die Schärfe in der Diskussion nicht. Ich finde es immer schwierig, jemandem vorzuwerfen, was er in seiner Rede nicht gesagt hat; denn Sie haben an der Stelle natürlich eine andere Sensibilisierung. Wir werden miteinander

über den Haushalt diskutieren, und wir werden dahin kommen, was wir alle wollen, nämlich die Bundeswehr zu stärken.

Jetzt komme ich zum Thema zurück. Der Angriff auf die Ukraine ist eine historische Zäsur; es wurde heute schon häufig gesagt. Dieser Angriff hat die europäische Friedensordnung zerstört. Dieser Wahnsinn, diese von Präsident Putin vorangetriebene Eskalation der von ihm selbst geschaffenen Krise, macht fassungslos und schockiert. Wir sind schockiert, aber nicht in Schockstarre. Der Westen ist vorbereitet, und er ist mehr denn je geeint. Wir alle stehen in diesen dramatischen Tagen an der Seite der Ukraine. Das Streben der Ukrainer und Ukrainerinnen nach Demokratie, nach Freiheit, nach Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht, und das ist nicht vom Wohlwollen eines Prä-

sidenten Putin abhängig. Wir trauern um die Toten, die Verletzten, die Männer, Frauen und Kinder der Ukraine, die diesem sinnlosen Leid ausgesetzt sind und die so viel Angst haben. Die Menschen in der Ukraine brauchen jetzt unsere Hilfe – humanitär durch Aufnahme der Flüchtlinge, durch Druck gegen das russische Regime, die politischen Verantwortlichen und diejenigen, die diesen verbrecherischen Überfall ermöglichen. Auch die militärische Unterstützung der Ukraine ist nunmehr folgerichtig.

Meine Damen und Herren, Deutschland und seine Verbündeten haben lange den Weg der Diplomatie gewählt und Putin das

Gespräch und die Zusammenarbeit angeboten. Das wurde von vielen Seiten auch im Nachhinein als naiv kritisiert. Aber für den Versuch, über Gespräche und Diplomatie eine Eskalation zu vermeiden und zu beenden, werden wir uns niemals schämen, auch wenn der russische Präsident dieses Angebot auf brutale Weise ausgeschlagen hat. Allein er hat es jetzt in der Hand, diesen Irrweg zu verlassen, das Töten zu beenden.

Meine Damen und Herren, dieser brutale Überfall ist Auswuchs eines verqueren Weltbildes, einer absurden Interpretation der Geschichte und eines Imperialismus, den wir für überwunden hielten. Mit seinem Vorgehen und seiner Rhetorik knüpft Wladimir Putin an die dunklen Zeiten der russischen und sowjetischen Geschichte an. Sein Vorgehen reiht sich ein in seinen Kampf gegen all diejenigen, die eine echte Aufarbeitung der russisch-sowjetischen Geschichte und des Stalinismus wollen. Deshalb hat er die Men-

Wir alle stehen in diesen dramatischen Tagen an der Seite der Ukraine.

schenrechtsorganisation Memorial aufgelöst. Das war nur einer von so vielen Angriffen auf die lebendige humanistische Erinnerungskultur und die Menschenrechte in Russland.

Sein Vorgehen reiht sich ein in immer autoritärer werdende Tendenzen innerhalb Russlands und immer enger werdende Freiräume für Menschenrechtsaktivisten und die Zivilgesellschaft. Umso mehr beeindruckt die Proteste gegen den Krieg, die wir in vielen Städten Russlands sehen können. Der Mut dieser oft jungen Menschen, gegen Autokratie und für den Frieden aufzustehen, kann gar nicht genug bewundert werden. Das Risiko, verhaftet zu werden oder sogar zu verschwinden, ist immens gestiegen. Aber alle Mittel der Repression werden nichts nützen. Die Mittel des Krieges und der Unterdrückung, die der menschenverachtende Aggressor Wladimir Putin gewählt hat, werden sich auf Dauer nicht durchsetzen. Davon bin ich überzeugt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dirk Wiese, SPD:

Der Platz für Kriegsverbrecher ist und bleibt in Den Haag



Dirk Wiese (*1983)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Dieser Krieg ist Putins Krieg. Dieser Angriffskrieg gegen die Ukraine ist völkerrechtswidrig, eine Schande und in keiner Weise zu rechtfertigen, vor allem nicht historisch. Er ist real und findet in unserer Nachbarschaft statt.

Die Zeichen waren da, die Truppen standen bereit. Warum haben wir Putin dennoch unterschätzt? Weil wir vielleicht unsere Analyse zu sehr auf die vermeintliche Rationalität der Akteure gestützt haben, weil wir die Kaltblütigkeit und die imperialistischen und revisionistischen Großmachtgedanken Putins unterschätzt haben, weil wir es vielleicht auch nicht wahrhaben wollten. Dabei ist Putins Krieg

die Fortsetzung der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Er ist die Fortsetzung der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine; nicht zu vergessen: die Verletzung der territorialen Integrität von Georgien. Er ist auf das Schärfste zu verurteilen und eine Sackgasse jedweder Auseinandersetzung.

Putin bringt fürchterliches Leid über die Menschen in der Ukraine. Ihnen gilt unsere uneingeschränkte Solidarität – ihnen und den mutigen Russinnen und Russen, die in diesen Stunden gegen ein autoritäres und despotisches Regime aufbegehren, ihnen, die in Kenntnis von Polizeigewalt und Repressalien in Russland trotzdem für den Frieden auf die Straßen gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser russische Angriffskrieg wird auch massive Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland und auf Fluchtbewegungen in Europa haben. Hierauf bereiten wir uns vor, und wir werden denjenigen, die Schutz bei uns suchen, helfen.

Unsere Sicherheitsbehörden

haben sich bereits intensiv auf alle denkbaren Szenarien vorbereitet und Schutzmaßnahmen hochgefahren. Ich bin Bundesinnenministerin Nancy Faeser dankbar, dass sie bereits mit den Landesinnenministern in einem sehr engen Austausch steht und sich auf europäischer Ebene engmaschig mit unseren Verbündeten koordiniert, auch jetzt, in diesen Stunden.

Ich bin auch unseren Städten und Gemeinden dankbar – ich nenne stellvertretend für viele den Arnberger Bürgermeister Ralf Paul Bittner –, die bereits klar zum Ausdruck gebracht haben, dass sie Ukrainerinnen und Ukrainer aufnehmen wollen, die vor dem russischen Angriffskrieg aus ihrem Heimatland

fliehen müssen: Kinder, die sich unter Tränen von ihren Vätern verabschiedet haben, Frauen, die ihren Mann vielleicht zum letzten Mal in die Arme genommen haben. Dieses Leid kennt nur eine Adresse: Die Verantwortung dafür liegt im Kreml, ebenso – das sage ich sage auch sehr deutlich – wie die Verantwortung für die

Putins Krieg ist die Fortsetzung der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim.



Als Zeichen der Solidarität erstrahlten wie hier in London weltweit Wahrzeichen in den ukrainischen Farben. © picture alliance /ZUMAPRESS.com|Vuk Valcic

Trauer der russischen Mütter, die ihre jungen Söhne im Zinksarg nach Hause bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen zwar zuerst von Flucht- und Vertreibungsbewegungen innerhalb der Ukraine ausgehen, sie haben sich aber bereits in den vergangenen 72 Stunden auf die unmittelbaren Nachbarländer wie Polen oder die Republik Moldau ausgeweitet. Diese Menschen haben unsere Solidarität und erhalten unsere humanitäre Unterstützung; wir werden sie massiv unterstützen. Die Koordinations- und Unterstützungsmechanismen der Europäischen Union, insbesondere für humanitäre Hilfe, sind bereits angelaufen, damit ganz konkrete Unterstützung sehr schnell erfolgt. Dazu wird Deutschland einen erheblichen Beitrag leisten.

Wir wissen auch, dass Cyberangriffe mittlerweile ein häufig gewähltes Mittel in Konfliktsituatio-

nen sind. Wir gehen daher auch für deutsche Stellen von einer erhöhten Gefahr durch Cyberangriffe in der nächsten Zeit aus. Wir beobachten auch sehr genau, dass die russische Propaganda und Desinformation im Zuge des Ukraine Konflikts deutlich zunimmt: bei Russia Today, bei Telegram, bei Demonstrationen, aber auch auf sogenannten Spaziergängen. Wir müssen uns auf ein weiter zunehmendes Ausmaß an fortwährender russischer Desinformation einstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Antwort ist und bleibt: Freiheit, internationale Solidarität und Demokratie. Der Platz für Kriegsverbrecher ist und bleibt hingegen in Den Haag und nirgendwo sonst.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Johannes Huber, fraktionslos:

Putins Regime mit militärischer Abschreckung stoppen



Johannes Huber (*1987)
Landesliste Bayern

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg von Wladimir Putin gegen die souveräne Nation Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen, weder durch den ebenfalls völker-

rechtswidrigen Angriff der NATO auf Jugoslawien noch durch die NATO-Osterweiterung auf ehemalige Staaten des Warschauer Paktes, die dem Bündnis aus freier Selbstbestimmung beigetreten sind.

Der gewählte ukrainische Präsident Selenskyj hatte dem deutschen Bundeskanzler und dem französischen Präsidenten in den letzten Wochen fest zugesagt, dass er drei Gesetze im ukrainischen Parlament initiieren wird, um das Minsker Abkommen vollständig umzusetzen. Der diplomatische Korridor war also noch nicht ausgeschöpft; das wusste auch Putin. Er wollte aber die beiden Volksrepubliken nicht wieder in die Ukraine integrieren, sondern

diese Friedensordnung mit der einseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit der gesamten Gebiete Donezk und Luhansk bewusst aufkündigen. Das ist keine Rechtfertigung für den Überfall auf die gesamte Ukraine, sondern für Putin das Mittel zum Zweck, um die ukrainische Regierung gewaltsam und unter Inkaufnahme von zahlreichen Kriegstoten und Flüchtlingen zu stürzen und zur Sicherung seiner eigenen Autorität im eigenen Land durch eine kremlhörige Regierung zu ersetzen. Bis dieses Ziel erreicht ist

Eine Vermittlung von Deutschland und Frankreich sieht Putin mittlerweile eher als Einmischung.

– da dürfen wir uns nichts vormachen – werden die Kampfhandlungen nicht eingestellt und die Truppen, die später zur Sicherung der künftigen Regierung benötigt werden, nicht zurückgezogen.

Auch eine Vermittlung von Deutschland und Frankreich sieht Putin mittlerweile eher als Einmischung. Das Regime Putin muss daher nicht nur mit personenbezogenen Sanktionen gestoppt und isoliert werden, sondern auch mit einer militärischen Abschreckung. Das bedeutet, dass auch Deutschland nicht um eine schnelle und massive Ertüchtigung

der Bundeswehr sowie eine Wehrpflicht auch zur Verteidigung des eigenen Landes herkommt. Schließlich droht Putin offen mit einem Flächenbrand, indem er Manöver in Moldau und Georgien abhält, jegliche

ausländischen Truppen aus den 14 neuen Mitgliedstaaten der NATO vertreiben will, Schweden und Finnland droht, in Bosnien Einfluss zur Spaltung ausübt und sich als ehemaliger KGB-Offizier in der DDR das geopolitische Wiederaufleben der Sowjetunion wünscht.

Herr Präsident, ich schließe mit meiner Hoffnung, die jetzt bei den unschuldigen russischen Bürgern liegt, die mit der Politik Putins nicht einverstanden sind. Sie haben jetzt die Chance, dafür zu sorgen, dass Putin im Jahr 2024 nicht mehr als Präsident wiedergewählt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Sanae Abdi (SPD), Matthias Miersch (SPD), Nils Schmid (SPD), Wolfgang Hellmich (SPD), Frank Schwabe (SPD).

leicht
erklärt!

Russlands Überfall auf die Ukraine

Wie ist es dazu gekommen?



Einleitung

Seit dem Jahr 2014 gibt es im Land Ukraine einen Krieg.

Und Ende Februar hat Russland die Ukraine überfallen.

Das bedeutet: Russische Soldaten sind in die Ukraine gezogen.

Seitdem ist der Krieg dort so schlimm wie nie zuvor.

Im folgenden Text gibt es weitere Infos zu diesem Krieg.

Folgende Fragen werden unter anderem im Text beantwortet:

- Was ist die Ukraine?
- Welche Probleme gibt es seit 2014 in der Ukraine?
- Was passiert im Moment in der Ukraine?

Wichtige Wörter im Text: EU und Nato

Im Text kommen einige wichtige Wörter vor.

Hier werden 2 davon etwas genauer beschrieben.



Das eine Wort ist: EU.
Das ist die Abkürzung für Europäische Union.

Die EU ist eine Gruppe von 27 europäischen Ländern.

Sie haben sich zusammengetan. Denn sie wollen eine gemeinsame Politik machen.



Das andere Wort ist: Nato.

Auch die Nato ist eine Gruppe von mehreren Ländern.

Sie haben sich zusammengetan, um sich gegenseitig zu schützen. Zum Beispiel vor Angriffen.

Deutschland ist Mitglied in der EU und auch in der Nato.



Die Ukraine

Die Ukraine ist ein Land in Ost-Europa.

Auf einer Karte liegt sie also von Deutschland aus gesehen rechts.

In der Ukraine leben ungefähr 40 Millionen Menschen.

Die Haupt-Stadt heißt Kiew.

Das spricht man ungefähr so aus: Kie-eff.

EU und Nato oder Russland?



Im Osten grenzt die Ukraine an Russland.

Im Westen grenzt sie an Mitglieds-Länder der EU und der Nato.

Sehr viele Menschen in der Ukraine finden: Die Ukraine sollte enger mit der EU und der Nato zusammenarbeiten.

Manche finden sogar: Sie sollte Mitglied bei beiden werden.

Ein anderer Teil der Menschen findet: Die Ukraine sollte enger mit Russland zusammenarbeiten.



Russland ist dagegen, dass die Ukraine enger mit der EU und der Nato zusammenarbeitet.

Mehrere Nachbar-Länder von Russland gehören nämlich schon zur EU und zur Nato.

Deswegen fühlt sich Russland bedroht.

Es will nicht, dass die EU und die Nato so nah an Russland heranrücken.

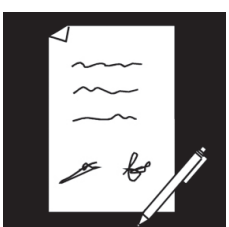


Es gibt also Streit zwischen der EU und der Nato auf der einen Seite. Und Russland auf der anderen Seite.

Und die Bürger der Ukraine sind sich nicht einig, mit wem sie lieber zusammenarbeiten wollen.

Das führte in den letzten Jahren zu immer größeren Problemen.

Demos in der Ukraine in den Jahren 2013 und 2014



Im Jahr 2013 sollte zwischen der EU und der Ukraine ein Vertrag unterschrieben werden.

Mit diesem Vertrag wollten die Ukraine und die EU abmachen, sehr eng zusammenzuarbeiten.



Im November 2013 erklärte die Regierung der Ukraine: Sie wird den Vertrag nicht unterschreiben.

Viele Menschen in der Ukraine waren damit nicht zufrieden.

Es kam zu Demos.

Das bedeutet:

Menschen gehen auf die Straße. Sie sagen laut, was ihnen nicht gefällt. Und was sie sich wünschen. Das schreiben sie zum Beispiel auf große Plakate.

Folgende Dinge wollten die Leute unter anderem:

- Sie wollten, dass der Vertrag zwischen der Ukraine und der EU unterschrieben wird.
- Sie wollten, dass ein neuer Präsident gewählt wird.
- Sie wollten eine neue Regierung.



Am Ende musste die Regierung der Ukraine gehen.

Es wurde eine neue Regierung gebildet.

Schließlich wurde der Vertrag im Jahr 2014 unterschrieben.

Übernahme der Halb-Insel Krim



Durch den Vertrag ist die Ukraine näher mit der EU zusammengedrückt.

Russland war damit nicht einverstanden.

Deswegen hat Russland Folgendes gemacht: Es hat die Halb-Insel Krim übernommen.

Was bedeutet das?

Die Krim ist ein Gebiet im Schwarzen Meer.

Sie gehört zur Ukraine.

Allerdings leben auf der Krim vor allem Russen.

Denn früher gehörten Russland und die Krim mal zum selben Land.



Im Jahr 2014 hat Russland die Krim übernommen.

Dabei bekam Russland Hilfe von Bürgern der Krim. Außerdem hat Russland Soldaten eingesetzt, um die Krim zu übernehmen.

Russland sagt seitdem: Die Krim gehört zu Russland.

Viele Länder auf der Welt waren gegen die Übernahme der Krim durch Russland.

Sie sagen: Was Russland da getan hat, war ein Verbrechen.

Bis heute sagen sie: Die Krim gehört nicht zu Russland.

Sie gehört noch immer zur Ukraine.

Auch die Ukraine selbst ist dieser Meinung.

Krieg in Ost-Ukraine

Viele Menschen finden: Die Übernahme der Halb-Insel Krim war der Beginn des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine.

Er findet aber nicht nur auf der Krim statt.

Sondern seit 2014 auch in der Ost-Ukraine.

Dort kämpfen 2 Gruppen gegeneinander.

Zur einen Gruppe gehören Bürger der Ukraine.

Und teilweise auch Soldaten aus Russland.

Sie wollen Folgendes:

Die Ost-Ukraine soll sich von der Ukraine abtrennen.

Sie soll ein eigenes Land werden. Oder zu Russland gehören.

Zur anderen Gruppe gehören die Soldaten der Ukraine.

Sie wollen dafür sorgen, dass die Ukraine nicht geteilt wird.

Da hier ukrainische Bürger gegen ukrainische Bürger kämpfen, nennt man das einen Bürger-Krieg.

Immer größere Gefahr

In den letzten Monaten wurde die Situation zwischen Russland und der Ukraine immer gefährlicher.

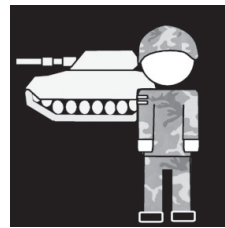
Russland hat Soldaten, Panzer und andere Kriegs-Geräte an die Grenze zur Ukraine geschickt.

Die Ukraine sah das als Bedrohung an.

Immer wieder wurde überlegt, warum Russland das macht.

Schon damals gab es Überlegungen, ob Russland die Ukraine überfallen will.

Russland hat aber immer wieder gesagt, dass es das nicht tun wird.



Überfall auf die Ukraine am 24.02.2022

Am 24. Februar hat Russland die Ukraine dann überfallen.

Und zwar ganz früh morgens.

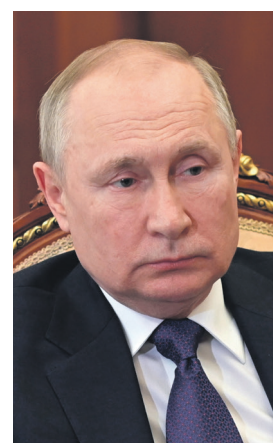
Die russischen Soldaten haben das Land von mehreren Seiten angegriffen.

Vom Boden aus und auch aus der Luft.

Vor allem Städte wurden angegriffen.

Russland sagt, dass es nur Soldaten und Kriegs-Gebäude angreifen will.

Inzwischen wurden aber auch viele Gebäude getroffen, die mit Krieg nichts zu tun haben.



Viele Menschen machen vor allem einen Mann für den Überfall auf die Ukraine verantwortlich.

Sein Name ist Wladimir Putin.

Er ist der Präsident von Russland.

Und er ist auch der Chef aller russischen Soldaten.

Niemand hat in Russland so viel zu sagen wie er.

Er hat den Befehl gegeben, die Ukraine zu überfallen.

Deswegen sagen im Moment viele Menschen:
Der Krieg in der Ukraine ist vor allem Putins Krieg.

Was haben andere Länder nach dem Überfall gemacht?



Auf der ganzen Welt haben sich Länder gegen Russland gestellt.
Zum Beispiel die Mitglieder der EU.
Und die Mitglieder der Nato.
Also auch Deutschland.
Diese Länder machen nun ganz unterschiedliche Dinge gegen Russland.
Das Ziel ist: Russland soll den Krieg beenden.
Hier ein paar Beispiele:



Viele Länder auf der Welt haben Strafen gegen Russland eingeführt.
Zum Beispiel dürfen russische Flugzeuge nicht mehr über diese Länder fliegen.
Und bestimmten Russen dürfen nicht mehr in die Länder reisen.



Es wurden Dinge getan, damit Russland nicht mehr so einfach Handel mit anderen Ländern treiben kann.



Deutschland und andere Länder haben beschlossen:
Die Ukraine soll Waffen bekommen.
Damit soll sie sich besser gegen die russischen Soldaten verteidigen können.



Die Länder Europas haben beschlossen, Flüchtlinge aufzunehmen.
Denn: Viele Menschen fliehen jetzt aus der Ukraine.
Vor allem in den Westen von Europa.



Kurz zusammengefasst

Am 24. Februar hat Russland die Ukraine überfallen.
Russischen Soldaten sind in die Ukraine gezogen.
Seitdem wird dort gekämpft.
Schon vor diesem Überfall gab es großen Streit zwischen Russland und der Ukraine.
Und seit dem Jahr 2014 herrscht im Osten der Ukraine schon ein Bürger-Krieg, an dem Russland auch beteiligt ist.
Nun versuchen die Menschen in der Ukraine, sich gegen die russischen Soldaten zu verteidigen.
Und andere Länder auf der Welt machen verschiedene Dinge, damit Russland den Krieg beendet.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance / EPA / SERGEY DOLZHENKO. Portrait Putin: © picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Alexei Nikolsky. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 10-11/2022
Die nächste Ausgabe erscheint am 21. März 2022.